



Beteiligungsbericht 2016 der Kreisstadt Unna

(Anlage 6 zum kommunalen Gesamtabchluss 2016)

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeiner Teil	2
1. Gesetzliche Grundlage des Beteiligungsberichtes	2
2. Aufbau des Beteiligungsberichtes	2
3. Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2016	3
3.1 Veränderungen im Berichtsjahr.....	3
3.2 Beteiligungsportfolio zum 31.12.2016	4
3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna	6
II. Unternehmensbezogener Teil.....	8
1. Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner	8
1.1 Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH	9
1.2 Stadtbetriebe Unna	21
1.3 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	71
2. Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	84
2.1 Stadtwerke Unna GmbH	85
2.2 Logistikzentrum RuhrOst GmbH	105
3. Beteiligungen auf Kreisebene	114
3.1 Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH.....	115
3.2 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH.....	127
3.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH.....	137
4. Sparkasse UnnaKamen	149
4.1 Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen und der Gemeinde Holzwickede	150
4.2 Sparkasse UnnaKamen	152
4.3 Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH i.L.	188

I. Allgemeiner Teil

1. Gesetzliche Grundlage des Beteiligungsberichtes

Auf Grundlage des Gesetzes zur „Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land NRW“ haben Gemeinden einen Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) aufzustellen.

Die Gemeinde hat im Beteiligungsbericht ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung unabhängig davon, ob verselbständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern. In den §§ 107 bis 115 GO NRW sind die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Betätigung sowie privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der Gemeinde festgelegt. Neben diesen Vorschriften finden für die wirtschaftliche Betätigung der Kommune die maßgeblichen Paragraphen der folgenden Gesetze Anwendung: EigVO NRW, HGB, GmbHG, AktG, SpkG NRW.

Der Beteiligungsbericht ist jährlich bezogen auf den Abschlusstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und gemäß § 49 GemHVO als Anlage dem Gesamtabchluss beizufügen. Dabei sind im Bericht die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

2. Aufbau des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in zwei Teile auf: einen allgemeinen und einen unternehmensbezogenen Teil.

Im allgemeinen Teil werden Hinweise zum Beteiligungsbericht gegeben sowie das gesamte Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna veranschaulicht und die jeweiligen Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen mit aufgezeigt.

Der zweite Teil des Beteiligungsberichtes befasst sich mit den unternehmensbezogenen Daten der jeweiligen Beteiligung. Dabei werden alle unmittelbaren Beteiligungen sowie die über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH beteiligten wesentlichen Unternehmen mit einbezogen. Zu den einzelnen Betrieben werden allgemeine Geschäftsangaben sowie die jeweiligen Lageberichte der Geschäftsführung, des Vorstandes bzw. der Betriebsleitung dargestellt.

Entsprechend den Anforderungen aus § 117 GO NRW in Verbindung mit § 52 GemHVO werden zu den wesentlichen Beteiligungen, d.h. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH, Stadtwerke Unna GmbH sowie Stadtbetriebe Unna (Sondervermögen), Kennzahlen unter der jeweiligen Rubrik angegeben.

3. Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2016

3.1 Veränderungen im Berichtsjahr

Das Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna umfasst insgesamt 28 unmittelbare und mittelbare Beteiligungen sowie eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung (Sondervermögen der Kreisstadt Unna). Seit der letzten Berichterstattung haben sich folgende Änderungen im Beteiligungsportfolio ergeben:

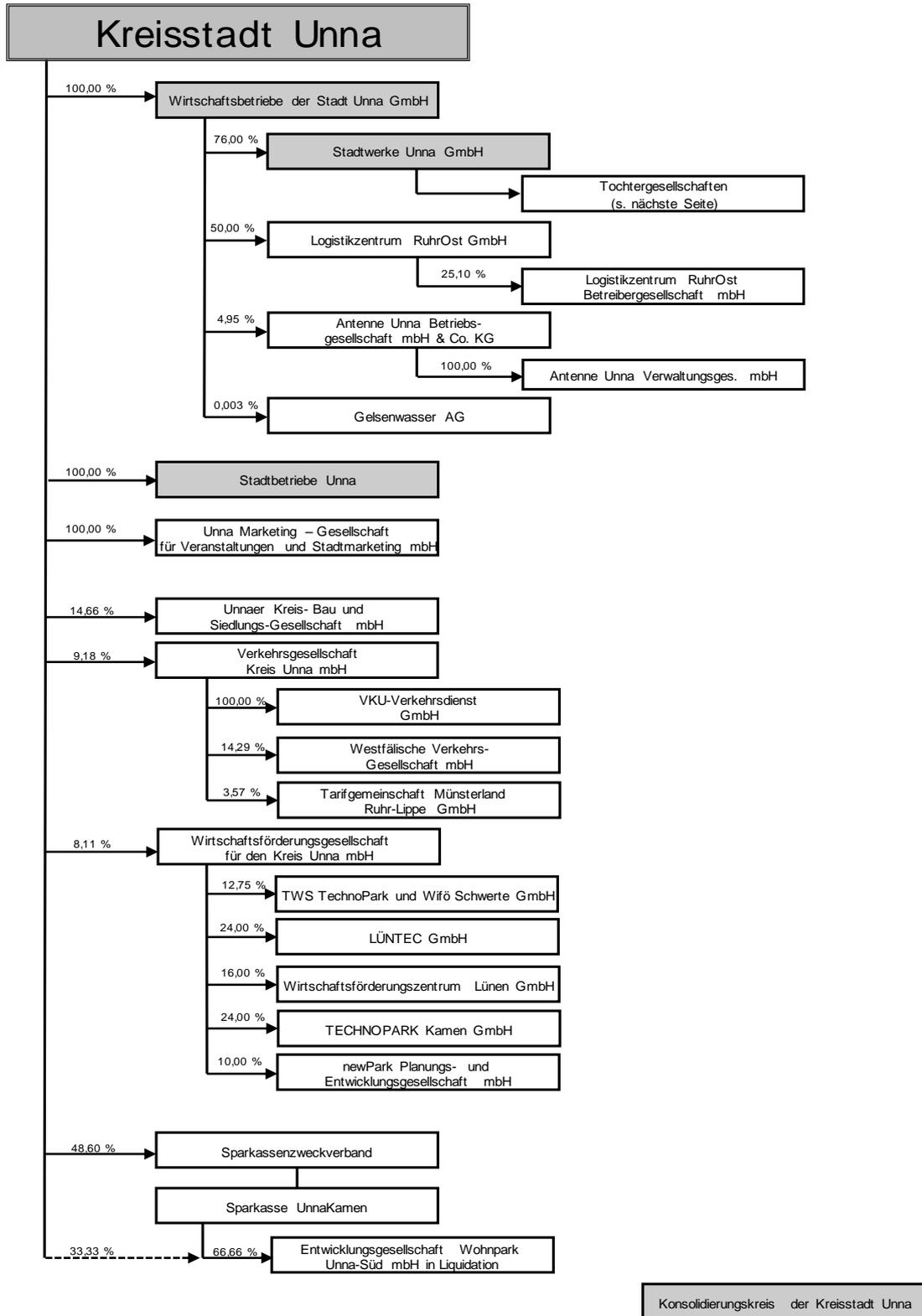
Der Rat der Kreisstadt Unna hat am 07.07.2016 der Beteiligung der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH an der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH sowie die Gründung der WestfalenTarif GmbH zugestimmt. Hintergrund der Beteiligungen ist die Einführung des neuen Westfalen-Tarifes.

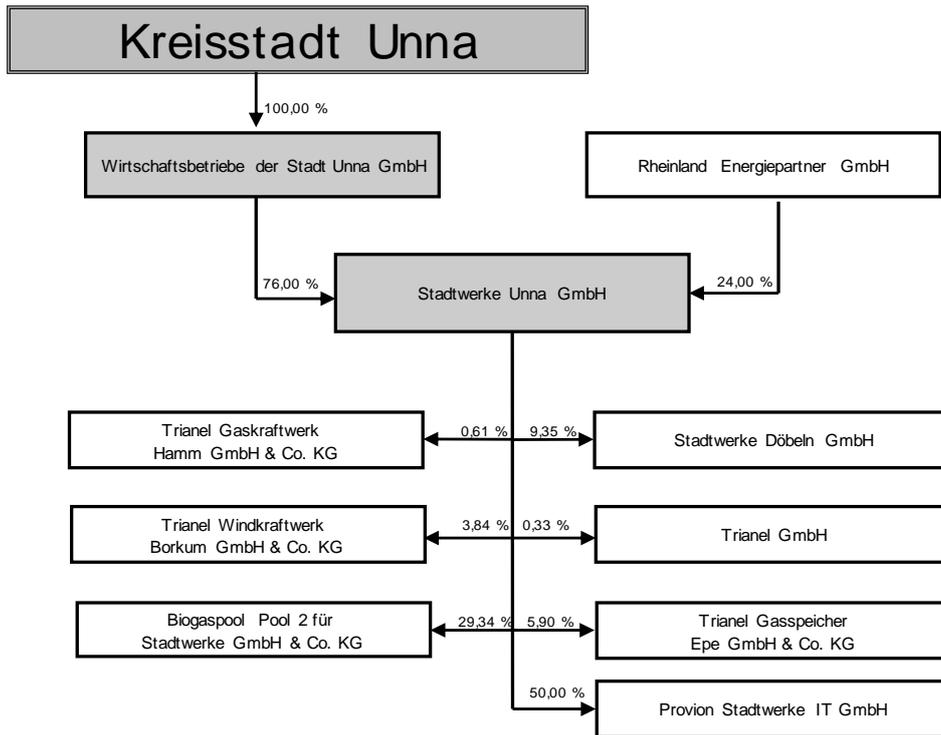
Zudem hat der Rat der Kreisstadt Unna am 27.10.2016 der Gründung der Provision Stadtwerke IT GmbH zugestimmt. Die Gesellschaft ist eine Kooperation der Stadtwerke Unna GmbH zusammen mit der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen, Bönen, Bergkamen GmbH. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen in kommunaler Trägerschaft im Rahmen einer gemeinsamen internen Servicegesellschaft im Bereich der Energiewirtschaft.

Darüber hinaus sind im Berichtsjahr keine neuen Aufgabenfelder durch Gründung, Erwerb von Beteiligungen oder Übernahme von Anteilen an Gesellschaften hinzugekommen.

Im Folgenden werden die mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen sowie das Sondervermögen (Stadtbetriebe Unna) der Kreisstadt Unna zum 31.12.2016 abgebildet und darüber hinaus die entsprechenden Anteile am gezeichneten Kapital dargestellt.

3.2 Beteiligungsportfolio zum 31.12.2016





Konsolidierungskreis der Kreisstadt Unna

3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna

3.3.1 Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Stadtbetriebe Unna	600.000,00	100,00	600.000,00
Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH	28.800,00	100,00	28.800,00
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	4.650.000,00	100,00	4.650.000,00

3.3.2 Beteiligungen über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Stadtwerke Unna GmbH	6.140.000,00	76,00	4.666.400,00
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	100.000,00	50,00	50.000,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	250.000,00	4,95	12.362,63
Gelsenwasser AG	103.125.000,00	0,003	3.000,00
Beteiligung der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG			
Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH	26.000,00	100,00	26.000,00
Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH			
Provision Stadtwerke IT GmbH	50.000,00	50,00	25.000,00
Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG	1.200.001,00	29,34	300.000,00
Stadtwerke Döbeln GmbH	2.219.650,00	9,35	207.600,00
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	14.000.000,00	5,90	826.000,00
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	18.324.382,31	3,84	704.428,04
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	42.299.003,00	0,61	258.741,00
Trianel GmbH	20.152.575,00	0,33	66.503,50
Beteiligung der Logistikzentrum RuhrOst GmbH			
Logistikzentrum RuhrOst Betreibergesellschaft mbH	50.000,00	25,10	207.600,00

Auf eine Ausführung der Beteiligungen der Gelsenwasser AG sowie der Enkelgesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

3.3.3 Beteiligungen auf Kreisebene

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	2.600.000,00	14,66	381.150,00
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	3.856.100,00	9,18	353.910,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	3.032.500,00	8,11	245.800,00
Beteiligungen der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH			
VKU-Verkehrsdienst GmbH	25.600,00	100,00	25.600,00
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	250.000,00	14,29	316.360,00
Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr Lippe GmbH	28.000,00	3,57	1.000,00
Beteiligungen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH			
Technopark Kamen GmbH	105.000,00 €	24,00	25.200,00 €
LÜNTEC Technologiezentrum Lünen GmbH	511.291,88 €	24,00	122.710,05 €
Wirtschaftsförderungszentrum Lünen	52.000,00 €	16,00	8.320,00 €
Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	1.600.000,00 €	12,75	204.000,00 €
newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	100.000,00 €	10,00	10.000,00 €

3.3.4 Beteiligung mit der Sparkasse UnnaKamen

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit dem Kreis Unna, der Stadt Kamen und der Gemeinde Holzwickede Mitglied in einem Sparkassenzweckverband. Dieser ist Träger der Sparkasse UnnaKamen.

Gemeinsam mit der Sparkasse UnnaKamen ist die Kreisstadt Unna an der Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH in Liquidation (EWG) beteiligt. Die Sparkasse UnnaKamen hält 66,66 % und die Kreisstadt Unna 33,33 % der Geschäftsanteile der EWG.

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH in Liquidation	375.000,00	33,33	125.000,00

Darüber hinaus ist die Sparkasse UnnaKamen am Sparkassenverband Westfalen-Lippe beteiligt. Auf eine Darstellung dieser Beteiligung wird nach der Gemeindeordnung NRW verzichtet.

II. Unternehmensbezogener Teil

1. Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner

Im ersten Kapitel werden die Unternehmen dargestellt, bei denen die Kreisstadt Unna alleiniger Gesellschafter ist. Hier zählen folgende Unternehmen:

- Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH
- Stadtbetriebe Unna
- Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

1.1 Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Parkstraße 44 59425 Unna	Telefon: 02303 96805-0 Fax: 02303 96805-21 E-Mail: info@stadthalle-unna.de Internet: www.stadthalle-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 29.10.1982 in der Fassung vom: 07.07.2016

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern.</p> <p>Die Gesellschaft organisiert und veranstaltet größere Ereignisse im Stadtgebiet von Unna. Diese sind derzeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Stadtfest, • Un(n)a Festa Italiana, • Weihnachtsmarkt, • Wochenmarkt, • Autobazar, • Kirmessen sowie • diverse Kulturveranstaltungen und Konzerte. <p>Zudem gehören gesellschaftliche Traditionspflege und Erhaltung des stadthistorischen Erbes zu ihren Aufgaben.</p> <p>Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft das Gebäudemanagement sowie die Verwaltung für das Gebäude der Erich-Göpfert Stadthalle im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>Weitere Veranstaltungen bzw. auch Märkte können zukünftig von der Gesellschaft durchgeführt werden, wenn dadurch der Gesellschaftszweck gefördert wird. Die Gesellschaft kann auch beratende und organisatorische Hilfestellungen bei Drittveranstaltern im Stadtgebiet Unna leisten.</p> <p>Der Gesellschaft obliegt die Aufgabe des Stadtmarketing mit den Schwerpunkten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerbung, • Tourismusförderung und • Umsetzung des Stadtmarketinghandbuchs.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	28.800,00
	100,00	28.800,00

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Horst Bresan

Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
8.350,00 €	0,00 €	127.782,78 €	136.132,78 €
Herr Bresan hat auf Grund seines Beamtenstatus einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Entsprechend führt die Kreisstadt Unna jährlich einen Betrag der Pensionsrückstellung zu. Für das Geschäftsjahr 2016 belaufen sich die Pensionsansprüche von Herrn Bresan auf 57.632,00 €. Darin inbegriffen ist eine einmalige Zuführung auf Grund einer Höhergruppierung.			

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2016	2015
Angestellte		
in Vollzeit	10	9
in Teilzeit	0	0
Auszubildende	4	4
Aushilfen	34	34
Gesamt	48	47

Gesellschafterversammlung		
Die Gesellschafterversammlung umfasst 14 Mitglieder. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	RM Volker König
2.	SPD	RM Susanne Herzog
3.	SPD	RM Ingrid Kroll
4.	SPD	RM Heike Gutzmerow
5.	SPD	RM Klaus Tibbe
6.	CDU	RM Jessika Tepe
7.	CDU	RM Christa Gosing
8.	CDU	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
9.	CDU	RM Rudolf Fröhlich
10.	GRÜNE	RM Michael Sacher
11.	GRÜNE	RM Ines-Carola Nieders-Mollik
12.	FLU	RM Klaus Göldner
13.	LINKE	RM Petra Ondrejka-Weber
14.		BM Werner Kolter

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.644	907	3.467
II. Sachanlagen	93.691	114.448	99.566
Summe Aktiva	95.335	115.355	103.033
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	8.430	9.059	9.359
II. Forderungen	222.906	151.173	121.573
III. Kassenbestand	72.095	157.460	244.328
Summe Umlaufvermögen	303.431	317.692	375.260
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	1.000
Summe Aktiva	398.766	433.047	479.293
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	28.800	28.800	28.800
II. Kapitalrücklage	31.518	31.518	-
III. Gewinnrücklage	-	-	-
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	46.779	46.779	46.779
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.237	-	-
Summe Eigenkapital	108.334	107.097	75.579
B. Rückstellungen	136.079	176.197	288.870
C. Verbindlichkeiten	154.353	149.753	114.844
D. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	398.766	433.047	479.293

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	1.179.187	1.206.004	898.095
sonstige betriebliche Erträge	436.724	145.181	220.460
Materialaufwand	- 37.336	- 8.110	- 13.882
Personalaufwand	- 856.629	- 763.263	- 739.302
Abschreibungen	- 53.856	- 67.994	- 37.301
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 671.251	- 1.002.616	- 898.039
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.989	2.670	3.004
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	- 8.000	-
Ergebnis nach Steuern	- 172	- 496.128	- 566.965
Sonstige Steuern	1.409	- 40.007	1
Erträge aus Verlustübernahme	-	536.135	566.964
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	1.237	0	0

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 wurde der Kreisstadt Unna ein Kassenkredit in Höhe von 105.000,00 € (Vorjahr: 105.000,00 €) zur Verfügung gestellt.

Zuschuss

Zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Rahmen der Daseinsfürsorge und insbesondere der Förderung des kulturellen Lebens hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 einen Zuschuss in Höhe von 420.000,00 € erhalten.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016

A. Wirtschaftsbericht



Geschäfts- und Rahmenbedingungen:

Die Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH gliedert erstmals mit dem Geschäftsjahr 2016 ihre Aufgaben in eine wirtschaftliche und eine kulturelle Sparte. Diese Darstellung erfolgt im Einklang mit den Ausführungsverordnungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Für die Durchführung ihrer kulturellen Aufgaben erhält die Gesellschaft ab dem Geschäftsjahr 2016 von der Kreisstadt Unna einen Zuschuss. Im Gesellschaftsvertrag haben die Gesellschafter den besonderen Auftrag und die öffentliche Zweck- und Zielsetzung der Gesellschaft insofern begründet, dass kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna insbesondere durch die Unterstützung der örtlichen Kulturträger zu fördern.

Bedingt durch die Großveranstaltung „Un(n)a Festa Italiana“, die im 2jährigen Rhythmus stattfindet sowie durch einige Sondereffekte wie Wiederholungsveranstaltungen mit höherem Umsatz- und Kostenanteil aber eben auch die im Berichtsjahr vorgenommenen Umstrukturierungen der Gesellschaft sind im Berichtsjahr teilweise erhebliche Abweichungen zum Vorjahr eingetreten.

Das Hallengeschäft verläuft auf gutem Niveau und erfreut sich einer stabilen Nachfrage. Mit jährlich rund 170-180 Veranstaltungsbelegungen verzeichnet die Stadthalle weiterhin in der Region eine Spitzenstellung.

Die Vermietung erfolgt seit Beginn des Jahres 2016 im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Kreisstadt Unna. Mieterlöse aus der Hallenvermietung stellt der vorliegende Jahresabschluss daher nicht dar. Bei den mit der Vermietung verbundenen Erlösen aus Zusatzleistungen für Technik und Personal sowie für die Vermarktung des Gebäudes und das Gebäudemanagement im Auftrag der Kreisstadt Unna konnte die Gesellschaft einen spürbaren Zuwachs erzielen.

Das Messegeschäft in der Halle tendiert auch im Berichtsjahr schwächer. Die gute allgemeine konjunkturelle Lage führt bei Ausstellern eher zu einem Verzicht auf eine Messteilnahme.

Die Erlöse aus den Großveranstaltungen konnten gegenüber dem starken Referenzjahr 2014 erneut um 9% gesteigert werden. Insbesondere das Stadtfest und der Weihnachtsmarkt, im Geschäftsjahr hat die 50. Veranstaltung stattgefunden, tragen hieran besonderen Anteil.

Der Wochenmarkt Mitte konnte sein ohnehin hohes Niveau steigern. Das bedingt durch Geschäftsübernahmen verjüngte Alter der Händler wirkte sich auch positiv auf die Angebotsstruktur, die Darbietung der Waren sowie das Marketing für den Wochenmarkt aus. Der Markt in Königsborn findet aufgrund fehlender Nachfrage auf Kunden- wie Anbieterseite nicht mehr statt.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben beschäftigt die Gesellschaft am 31.12.2016 insgesamt 49 Mitarbeiter/innen, von denen 34 als geringfügig oder kurzfristig Beschäftigte eingesetzt werden. Als aktiver Ausbildungsbetrieb werden weiterhin junge Menschen über Praktikum und Ausbildung an das Berufsleben herangeführt.

Ertragslage der Gesellschaft:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2016 ein Jahresergebnis von TEUR 1, im Vorjahr TEUR 0.

Die Umsatzerlöse sanken im Verhältnis zum Vorjahr um TEUR 27 auf TEUR 1.179. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um TEUR 292 auf TEUR 438. Der Personalaufwand liegt bei TEUR 857. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 331 auf TEUR 671 gesunken. Die Veränderungen der GuV-Posten bzw. Verschiebung innerhalb der GuV-Posten resultieren im Wesentlichen aus der in 2016 nicht durchgeführten Veranstaltung Festa Italiana, aus dem Wegfall der Raum- und Betriebskosten für Gebäudeunterhaltung sowie der Umstrukturierung der Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang entfällt der bisherige Zuschuss in Höhe der Verlustübernahme. Für die kulturelle Arbeit der Gesellschaft zahlt die Kreisstadt Unna einen Zuschuss, dieser wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Finanzlage der Gesellschaft:

Zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Rahmen der Daseinsfürsorge und insbesondere der Förderung des kulturellen Lebens hat sich die Gesellschafterin Kreisstadt Unna per Ratsbeschluss verpflichtet, der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 einen Zuschuss in Höhe von TEUR 420 zu zahlen. Der Gesamtaufwand der Gesellschaft beläuft sich auf TEUR 1.619. Die Gesellschaft erzielt somit eine Umsatzquote von 75,3 % aus eigener betrieblicher Aktivität.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wird mit TEUR 108, im Vorjahr TEUR 107, ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote beträgt im Verhältnis zur Bilanzsumme 27 %, im Vorjahr 25 %.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR-50 (i.Vj. TEUR -572) erwirtschaftet. Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit TEUR -34 (i.Vj. TEUR -80) und aus Finanzierungstätigkeit TEUR -1 (i.Vj. TEUR +565).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war, wie in den Vorjahren, jederzeit und in vollem Umfang gegeben. Kredite für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit wurden im Geschäftsjahr, wie bereits in den Vorjahren, nicht in Anspruch genommen.

Vermögenslage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr von TEUR 433 auf TEUR 399 gesunken.

Die Aktiva bestehen zum Stichtag hauptsächlich aus TEUR 304 Umlaufvermögen (i.Vj. TEUR 318) und TEUR 94 Sachanlagen (i.Vj. TEUR 114). Die wesentlichen Positionen im Umlaufvermögen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit TEUR 86 (i.Vj. TEUR 57), Forderungen gegen die Kreisstadt Unna mit TEUR 125 (i.Vj. TEUR 71) sowie Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten mit TEUR 72 (i. Vj. TEUR 157).

Die Passivseite besteht mit TEUR 108 (i.Vj. TEUR 107) aus Eigenkapital, TEUR 136 (i.Vj. TEUR 176) aus Rückstellungen und TEUR 126 (i.Vj. TEUR 113) aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Veränderungen in den Bilanzpositionen begründen sich im Wesentlichen durch Verkäufe aus dem Anlagevermögen, in der Verringerung der Rückzahlungsverpflichtung für die bishe-

rige Verlustübernahme sowie in den Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen durch die Stichtagsbetrachtung der Bilanz.

Fazit:

Aufgrund der guten Geschäftsentwicklung und der Eckpunkte der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die Gesellschafterin Kreisstadt Unna durch Beschluss des Rates verpflichtet hat, der Gesellschaft zur Wahrnehmung ihres kulturellen Auftrages einen Zuschuss zu zahlen, ist die Geschäftssituation der Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH als gesichert zu bewerten.

Ausgesprochen positiv ist die von der Gesellschaft beeinflusste Wertschöpfungskette zu sehen. Bei einem durchschnittlichen Umsatz von ca. 28 Euro pro Kopf bei rund 600.000 Besuchern bei allen Veranstaltungen der Gesellschaft summiert sich der durch die Arbeit der Gesellschaft initiierte **Gesamtumsatz Dritter in Unna auf über 15 Mio Euro** für das Berichtsjahr.

Diese Umsätze werden in der Kreisstadt Unna direkt vor Ort unmittelbar bei den Leistungsträgern und Dienstleistern wie Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie und Verkehrsdienstleistungen etc. erzielt, stärken somit deren Umsatzquote und sichern Arbeitsplätze.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ereignet.

C. Prognose- Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht:

Der Wirtschaftsplan 2017, den die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 06.12.2016 einstimmig festgestellt hat, weist ein Ergebnis von TEUR 0 aus.

Für das Geschäftsjahr 2017 wurde eine Planung unter Berücksichtigung der zu erwartenden aktuellen Entwicklungen vorgenommen. Auf der Umsatzseite wurden Erlöse weitestgehend linear um 2% angehoben sowie die Un(n)a Festa Italiana berücksichtigt.

Die Aufwandsseite berücksichtigt neben der Un(n)a Festa Italiana die allgemeine Teuerungsrate sowie die Tarifsteigerungen und Stellenanpassungen bei den Löhnen und Gehältern.

Chancen- und Risikobericht

EU-beihilferechtlich gesicherte Sparte (AGVO EU)

- Förderung des kulturellen Angebotes und des kulturellen Potenzials
- Stärkung des Theaterspielortes Unna
- „Ganzjahresliebling Unna“ als regionales Zeichen der Wiedererkennung durch Entwicklung der kulturtouristischen Stärken Unnas
- Bewahrung von Traditionsveranstaltungen als historisches Erbe
- Sicherheit bei Großveranstaltungen als Qualitätskriterium
- Förderung eines stadtgeschichtlichen Bewusstseins

Aufgrund der Schwerpunktbildung der Gesellschaft, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu stärken, ist die Förderung der kulturellen Sparte der Gesellschaft auf Basis der AGVO EU vom Beihilfeverbot des Artikels 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) freigestellt.

Besondere Veranstaltungen mit inhaltlicher und organisatorischer Qualität tragen das positive Image unserer Stadt in die Region.

Für die Programmplanung der großen wie auch kleineren Veranstaltungen der Gesellschaft gilt als zentraler Ansatz neben dem inhaltlichen Anspruch die spartenübergreifende Einbindung möglichst vieler kulturschaffender Bürgerinnen und Bürger Unnas.

Das Kulturangebot der Großveranstaltungen begeistert Gäste aus der gesamten Region. Kirmessen und der Unnaer Weihnachtsmarkt bewahren hingegen lieb gewonnene Traditionen in der sonstigen nach Aufmerksamkeit heischenden Angebotsvielfalt.

Die Langzeitwirkungen positiver Erlebnisse auf den Unnaer Festen und die damit verbundenen hohen Sympathiewerte Unnas bei den Besucherinnen und Besuchern sind überdurchschnittlich hoch. Für alle Veranstaltungen gilt, diese speziellen Unnaer Qualitäten als Angebotsgrundlage zu erhalten.

Die Sicherheit auf Veranstaltungen mit einer zeitgleichen Anwesenheit von mehr als 5.000 Menschen ist ein wichtiger und kostenintensiver Planungsteil von Veranstaltungen.

Immer neue Nachrichten über Anschläge bei Veranstaltungen fordern auch eine permanente Überprüfung der bislang getroffenen Maßnahmen. Allerdings spiegelt ein sorgfältig erarbeitetes und abgestimmtes Sicherheitskonzept auch die Professionalität und den Anspruch einer Veranstaltung wider. In der Besuchsentscheidung für Gäste ist die Sicherheit auf Veranstaltungen von zunehmender Bedeutung.

Die Wahrung des historischen Bewusstseins für die Geschichte und die Geschichten Unnas ist eine weitere wichtige Aufgabe der Gesellschaft, die beispielsweise in Zusammenarbeit mit den Gästeführerinnen und Gästeführer der Stadt Unna fortentwickelt wird oder auf interkommunaler Ebene in Projekten wie die Salzroute am Hellweg mündet. Auch der künftige Radschnellweg 1 wird als wichtiges Infrastrukturprojekt der NRW-Landesregierung regional identitätsstiftend wirken.

Die kulturelle Sparte der Gesellschaft wird von der Kreisstadt Unna durch einen Zuschuss unterstützt.

Wirtschaftliche Sparte

- *Betrieb des multifunktionalen Kultur- und Veranstaltungszentrums*
- *Verstärkte Einbuchung von Gästen der Tagungs- und Kongresswirtschaft*
- *Beratung und Dienstleistungen für externe Veranstalter*
- *Wertschöpfungskette für den lokalen Handel und Gewerbe*
- *Unnaer Wochenmärkte: Nahversorger und „Szene-Treff“*
- *Ausbau stadttouristischer Angebote*

Die Kreisstadt Unna hat die Gesellschaft durch einen Dienstleistungsvertrag mit der Bewirtschaftung, Pflege und Vermarktung der Erich Göpfert Stadthalle nebst Außenanlagen beauftragt. Die Halle ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung in der Region und trägt ein überaus positives Image als multifunktionales modernes Kultur-, Kongress- und Veranstaltungszentrum. Sie stärkt somit Unnas überdurchschnittliches Gesamtimage als lebenswertes attraktives Mittelzentrum in der Region Östliches Ruhrgebiet. Die Durchführung eigenverantwortlicher Veranstaltungen und Veranstaltungsbeteiligungen mit gewinnorientierter Zielsetzung ist für die wirtschaftliche Sparte der Gesellschaft von Bedeutung. Auf die bereits eingesetzte schwächere Nachfragetendenz bei den Messen wird die Gesellschaft mit der Entwicklung neuer Themen und andere Veranstaltungszyklen reagieren.

Ab 2017 unterzieht die Kreisstadt Unna das Gebäude umfassenden baulichen Ertüchtigungen, die bis in das Jahr 2019 andauern werden. Um den Anforderungen an ein modernes und sicheres Veranstaltungszentrum auch künftig gerecht zu werden, müssen für die Bauphasen Einschränkungen im Betrieb und bei den Umsatzerwartungen akzeptiert werden. Die Ausführungsplanung ist bemüht, die Beeinträchtigungen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die Unnaer Großveranstaltungen erfreuen sich seit vielen Jahren einer außerordentlichen Besuchergunst und sind somit der wichtigste Frequenzbringer für die Unnaer Innenstadt. Als Wirtschaftsfaktor sind sie unverzichtbarer Bestandteil einer attraktiven und intakten City. Aufgrund der hohen Emotionalisierung sind gleiche Ergebnisse mit normalen Werbekampagnen kaum erreichbar. Das Einwerben vielfältiger Aussteller mit möglichst attraktiven Angeboten hingegen gestaltet sich, wie sich in den Vorjahren bereits abzeichnete, fortlaufend schwieriger. Die Platzmieten zur Finanzierung der Veranstaltungen liegen bereits heute im obersten Bereich und sind häufig auf Ausstellerseite Anlass zu Preisverhandlungen um Nachlässe.

Der Anspruch an wichtige Qualitätskriterien von Veranstalterseite trifft dabei jedoch oftmals auf Unverständnis beim mobilen Handel.

Die im Vorjahr vollzogenen Baumaßnahmen (Eckbebauung Klosterstraße/Bahnhofstraße und Erneuerung Kundenhalle Sparkasse) erhöhten an diesen attraktiven Standorten die Vermarktungschancen.

Die positive Fortentwicklung der Unnaer Innenstadt und die unaufgeregte aber stetige Positionierung des Ganzjahreslieblings Unna als attraktive Destination in der östlichen Metropolregion Ruhr wird auch weiterhin die dominierende Vermarktungsstrategie für die Gesellschaft sein.

Die Unnaer Wochenmärkte mit ihrem umfassenden Angebot an Frische, Vielfalt und Qualität und sind innerstädtischer und generationenübergreifender Treffpunkt der Unnaer und ihrer Gäste. Dabei verbinden eine ganz besondere Marktatmosphäre, die Individualität und Freundlichkeit der Händler Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlecht und Herkunft. Der Imagewandel der Unnaer Wochenmärkte als Einrichtung der Lebensmittelversorgung zum Imagerträger der Innenstadt ist voll gelungen. Diese Entwicklung wird trotz geringer finanzieller Spielräume gefestigt und mit geeigneten Marketinginstrumenten unterstützt.

Die Entwicklung von Nachmittagsmärkten muss aufmerksam verfolgt werden. In diesem Zusammenhang ist der häufigste Grund zur Einrichtung eines Nachmittagsmarktes allerdings

die gesunkene Kaufkraft während der etablierten Öffnungszeiten. Davon ist der Markt in Unna Mitte bislang nicht wirklich betroffen.

Der Markt Königsborn hingegen wird aufgrund fehlenden Kunden- und Anbieterinteresses nicht mehr durchgeführt.

Im Städtetourismus liegen weiterhin enorme Wachstumspotentiale, die mittel- und langfristig für das Ruhrgebiet und damit auch für Unna gehoben werden müssen. Sie führen jedoch nicht zu direkten wirtschaftlichen Effekten bei der Gesellschaft, sind aber für Dienstleister der ersten und zweiten Umsatzstufe und den Ausbau von Arbeitsplätzen in der lokalen Tourismuswirtschaft, vor allem in der Hotellerie und Gastronomie. Zudem steigern sie auch das Binnenimage in der eigenen Bevölkerung. Erlebnisberichte von Besuchern und dementsprechende Medienberichte verstärken diesen Imagewandel. Der Ausbau der touristischen Angebote erhöht überdies unmittelbar auch den Freizeitwert vor Ort. Das so gewonnene Plus an Lebensqualität wird die Wettbewerbsfähigkeit Unnas im interkommunalen Vergleich und Wettstreit um die besten Fachkräfte stärken und Impulsgeber für den Zuzug junger Familien sein.

Die wirtschaftliche Sparte der Gesellschaft wird ausschließlich aus eigenen betrieblichen Aktivitäten finanziert.

Allgemeine Chancen und Risiken

Die Gesellschaft führt ein aktives Risikomanagementsystem, welches regelmäßig überarbeitet und den zu erwarteten Ereignissen angepasst wird.

Mit diesem System kann die Eintrittswahrscheinlichkeit von über 60 Einzelrisiken für die Gesellschaft bewertet, ihre Auswirkungen beurteilt und die möglichen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Gesellschaft führte im Geschäftsjahr 2016 eine von den Vorjahren abweichende Kostenrechnung/Spartenrechnung ein, die zwischen den Aufgabenkreisen von begünstigten und somit im Sinne der EU beihilfefähigen Aufgaben (kulturelle Sparte) und der wirtschaftlichen Betätigung der Gesellschaft unterscheidet.

Die Vermietung und Vermarktung der Erich-Göpfert-Stadthalle erfolgt durch die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Kreisstadt Unna. Die Gesellschaft erzielt in diesem Zusammenhang ausschließlich aus den unterschiedlichen Dienstleistungsangeboten rund um den Betrieb des Hauses Umsätze, die somit in einer Abhängigkeit von einer erfolgreichen Vermarktung der Halle stehen.

Ein sich veränderndes, zunehmend trendorientiertes Ausgeh-, Freizeit- und Konsumverhalten beeinflusst hingegen die gesamte Veranstaltungswirtschaft und somit die wirtschaftliche Betätigung der Gesellschaft. Der Wandel hat verschiedene Ursachen: Die Bevölkerungszahl geht zurück, plurale Lebensstile nehmen zu, die Digitalisierung findet zunehmend im Lebensalltag statt, das Durchschnittsalter steigt, die Konsumbereitschaft verändert sich („Luxese“), Gesundheitstrends fördern andere Lebenseinstellungen, die Tendenz zum Social-Cocooning nimmt zu.

Konkrete Prognosen zum Konsumverhalten der Endverbraucher werden zudem durch instabile politische Lagen sowie immer kurzweiligere Entwicklungszyklen erschwert. In der Veranstaltungsbranche tritt nach einigen positiven Entwicklungsjahren vereinzelt Sorge um

Stagnation auf (regelmäßige Befragung des Branchenverbandes EVVC). Aufgrund der zentralen räumlichen Lage Unnas sind die Möglichkeiten als Standort für mehrtägige Kongress- und Tagungsveranstaltungen vorhanden. Im Bereich der Bettenanzahl ab der 3-Sterne-Kategorie besteht insbesondere nach der Schließung eines größeren Beherbergungsbetriebes ein für die Größe Unnas zu geringes Übernachtungsangebot. Die Marktchancen entsprechender Projektierungen und die hiervon ausgehenden Auswirkungen für den lokalen Markt sollten soliden und belastbaren Fachanalysen unterzogen werden.

Die großen Außenveranstaltungen stehen regelmäßig in enger Abhängigkeit zu einer gemäßigten Witterungslage und einem ordentlichen Konsumverhalten der Besucherinnen und Besucher. Lokale Unwetter können zum sofortigen Abbruch von Veranstaltungen führen.

Auch haben Nachrichten über Anschläge auf Veranstaltungen Einfluss auf das Ausgeh- und Freizeitverhalten von Menschen. Hierin liegt ein gewisses Umsatzrisiko für die Gesellschaft, welches jedoch bei der finanziellen Veranstaltungsplanung eine vertretbare Berücksichtigung findet. Bedingt durch die in 2017 stattfindende Großveranstaltung Un(n)a Festa Italiana steigt dieses Umsatzrisiko.

Die Sicherheitsrisiken von Großveranstaltungen werden in abgestimmten Konzepten behandelt und bewertet. Festgelegte Standards sind aber kaum von den Veranstaltern beeinflussbar, verursachen aber zusätzliche Kosten und drücken somit auf die Ertragsquote. So sind nach den Ereignissen auf dem Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 zusätzliche Maßnahmen in das zentrale Sicherheitskonzept eingeflossen.

Die Umsätze aus Eigenveranstaltungen in der Stadthalle bergen ein weiteres von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusstes Umsatzrisiko für die Gesellschaft.

Der Kreisstadt Unna wird in den Jahren 2017-19 ein umfassendes Brandschutzkonzept für die Erich-Göpfert-Stadthalle umsetzen. Angestrebt wird damit die Erhaltung des bisherigen Nutzungs- und Angebotsumfangs. Die Umsetzung der Maßnahmen im laufenden Betrieb, es steht über längere Zeiträume nur eine Veranstaltungsfläche zur Verfügung, wird Einfluss auf die zu erwartenden Umsätze sowohl für die Eigentümerin wie auch die Gesellschaft haben.

Häufigere Umbauanforderungen für die verschiedenen Veranstaltungsformate werden zu einer erheblichen Arbeitsbelastung der Gesellschaft führen.

Für die Gesellschaft existiert ein umfassendes IT-Sicherheitskonzept, das auch die rotierende Erneuerung von Hard- und Software erfasst. Ein betriebsinterner Ausschuss für Arbeitsschutz befasst sich mit den Themenfeldern Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft.

Zusammenfassend sind für die Gesellschaft als größte Risiken zu nennen:

- die künftige gesamtkonjunkturelle Lage
- die baulichen Maßnahmen in der Erich Göpfert Stadthalle- lokale Unwetterlagen für die Außenveranstaltungen
- die sicherheitsrelevanten Auflagen für Großveranstaltungen
- das durch zunehmende Eigenveranstaltungen in der Stadthalle bedingte Geschäftsrisiko,
- das durch die Dichte der vorhandenen Veranstaltungsflächen bedingte rege Veranstaltungsangebot in der gesamten Region Dortmund/Unna/Hamm,
- die Folgen einer zunehmend schwierigeren Finanzierbarkeit kommunaler Haushalte,
- das Einwerben von Zuwendungen Dritter.

Unna, 29.05.2017

gez. Horst Bresan

1.2 Stadtbetriebe Unna

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Viktoriastraße 12 59425 Unna	Telefon: 02303 2003-0 Fax: 02303 2003-74 E-Mail: info@stadtbetriebe-unna.de Internet: www.stadtbetriebe-unna.de	Grundsatzbeschluss des Rates der Kreisstadt Unna vom: 21.12.1994 in der Fassung vom: 26.10.2014

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Stadtbetriebe Unna werden nach Maßgabe der Satzung, den Vorschriften der GO NRW und in entsprechender Anwendung der EigVO NRW als organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt.</p> <p>Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist die Durchführung der Aufgaben für folgende Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abwasserwirtschaft • Gewässer (einschließlich Hochwasserschutzanlagen) • Straßenunterhaltung • Abfallwirtschaft • Duale Systeme • Straßenreinigung • Grünflächenpflege • Städtische Friedhöfe

Organe der Gesellschaft
<p>Betriebsleitung Betriebsausschuss Rat der Kreisstadt Unna</p> <p>Die Zuständigkeiten richten sich nach der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung, der Hauptsatzung, der Zuständigkeitsordnung des Rates und der Betriebssatzung.</p>

Betriebsleitung
<p>für den kaufmännischen Bereich: Frank Peters für den technischen Bereich: Ferdinand Blex</p>

Vergütung der Geschäftsführung															
<p>Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.</p>															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Mitglied</th> <th>Erfolgsabhängige Bezüge</th> <th>Sachleistungen</th> <th>Erfolgsunabhängige Bezüge</th> <th>Gesamtbezüge</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Peters</td> <td>0,00 €</td> <td>0,00 €</td> <td>81.935,43 €</td> <td>81.935,43 €</td> </tr> <tr> <td>Blex</td> <td>0,00 €</td> <td>0,00 €</td> <td>97.784,22 €</td> <td>97.784,22 €</td> </tr> </tbody> </table>	Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge	Peters	0,00 €	0,00 €	81.935,43 €	81.935,43 €	Blex	0,00 €	0,00 €	97.784,22 €	97.784,22 €
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge											
Peters	0,00 €	0,00 €	81.935,43 €	81.935,43 €											
Blex	0,00 €	0,00 €	97.784,22 €	97.784,22 €											
<p>Herr Peters hat auf Grund seines Beamtenstatus einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Entsprechend führt die Kreisstadt Unna jährlich einen Betrag der Pensionsrückstellung zu. Für das Geschäftsjahr 2016 belaufen sich die Pensionsansprüche von Herrn Peters auf 24.300,00 €.</p>															

Betriebsausschuss			
Der Betriebsausschuss besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren im Betriebsausschuss vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Heike Gutzmerow
2.	SPD	RM Bernd Dreisbusch	RM Wolfgang Ahlers
3.	SPD	RM Renate Nick	RM Peter Glowalla
4.	SPD	RM Karl Römer	RM Brigitte Wass
5.	SPD	sB Heinz Steffen	sB Klaus-Jürgen Sievert
6.	SPD	RM Djawad Tadayyon	RM Anja Kolar
7.	SPD	RM Michael Tietze	RM Volker König
8.	CDU	RM Bernhard Albers	RM Frank-Holger Weber
9.	CDU	RM Rolf-Dieter Beyersdorf	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
10.	CDU	RM Werner Clodt	RM Gabriele Meyer
11.	CDU	RM Erich Kreß	RM Gerhard Heckmann
12.	CDU	sB Dominik Mickler	sB Fabian Ziencyk
13.	GRÜNE	sB Michael Griesohn-Kluth	RM Michael Sacher
14.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Karl Dittrich
15.	FDP	sB Günter Schmidt	sB Michael Baumhoff
16.	LINKE	sB Axel Weber	N.N.
17.	Fraktionslos	RM Christian Roß	RM Christoph Tetzner
18.	Fraktionslos	RM Jörg Hißnauer	RM Franz-Josef Klems (FLU)

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 26.02.2016	RM Renate Nick	N.N.
ab 26.02.2016	RM Renate Nick	RM Peter Glowalla

Vergütung des Betriebsausschusses
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates/ Betriebsausschusses und die Vergütungssätze der Aufsichts-/ Betriebsausschussmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.
Die Ratsmitglieder erhalten für die Ausübung ihres Mandates eine monatliche Pauschale. Mit dieser Pauschale sind die Tätigkeiten im Betriebsausschuss abgegolten.
Die sachkundigen Bürger erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines Sitzungsgeldes.

Anzahl der Mitarbeiter	2016	2015
Angestellte		
in Vollzeit	69	71
in Teilzeit	17	18
Beamte		
in Vollzeit	5	5
in Teilzeit	0	0
Auszubildende	0	0
Aushilfen	0	0
Gesamt	91	94

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21.768	32.992	44.216
II. Sachanlagen	90.143.558	88.341.096	80.630.674
III. Finanzanlagen	351	673	1.152
Summe Aktiva	90.165.677	88.374.761	80.676.042
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	78.374	75.874	59.813
II. Forderungen	1.396.330	4.643.048	959.890
III. Kassenbestand	510.607	664.342	600.013
Summe Umlaufvermögen	1.985.311	5.383.264	1.619.716
C. Rechnungsabgrenzungsposten	55.456	42.960	76.238
Summe Aktiva	92.206.444	93.800.985	82.371.996
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	600.000	600.000	600.000
II. Kapitalrücklage	7.003.594	6.170.955	4.908.885
III. Bilanzgewinn	1.906.678	1.770.321	2.805.826
Summe Eigenkapital	9.510.272	8.541.276	8.314.711
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	10.287.427	9.567.453	5.016.114
C. Empfangene Ertragszuschüsse	3.213.388	3.485.384	3.761.239
D. Rückstellungen	5.342.248	5.900.686	6.143.391
E. Verbindlichkeiten	59.618.223	62.195.516	55.241.153
F. Rechnungsabgrenzungsposten	4.234.886	4.110.670	3.895.388
Summe Passiva	92.206.444	93.800.985	82.371.996

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2016	2015	2014
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	97,8	94,2	97,9
Eigenkapitalquote	10,3	9,1	10,1
Fremdkapitalquote	89,7	90,9	89,9
Anlagendeckungsgrad	10,5	9,7	10,3
Investitionen	2016	2015	2014
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	5.339	11.106	4.316

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	28.353.822	28.621.248	28.813.944
Andere aktivierte Eigenleistungen	321.638	368.027	349.832
sonstige betriebliche Erträge	2.010.886	604.291	540.560
Materialaufwand	- 15.587.245	- 14.949.678	- 14.868.553
Personalaufwand	- 4.874.048	- 5.368.953	- 5.498.919
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 3.476.175	- 3.404.515	- 3.405.508
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.361.583	- 2.101.120	- 2.115.117
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	287	760	- 37
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28.778	14.326	1.788
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.886.890	- 1.957.083	- 1.987.488
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-	333	2.761
Ergebnis nach Steuern	2.529.470	1.827.636	1.833.263
Sonstige Steuern	- 10.474	- 11.487	- 12.224
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.518.996	1.816.149	1.821.039
Gewinnvortrag	163.807	226.657	1.185.039
Einstellung in Rücklagen	- 776.125	- 272.485	- 200.252
Bilanzgewinn	1.906.678	1.770.321	2.805.826

Verwendung des Jahresergebnisses 2015

Der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 22.12.2016 den Jahresabschluss 2015 der Stadtbetriebe Unna mit einem Bilanzgewinn in Höhe von 1.770.321,26 € festgestellt und beschlossen, aus dem Bilanzgewinn einen Betrag in Höhe von 1.606.514,34 € an den städtischen Haushalt im Jahr 2016 abzuführen. Der übrige Bilanzgewinn in Höhe von 163.806,92 € wird auf neue Rechnung vorgetragen. Darüber hinaus hat der Rat der Kreisstadt Unna beschlossen, im Jahr 2016 den Stadtbetrieben Unna einen Managementenerfolg in Höhe von 512.669,05 € für das Geschäftsjahr 2015 zu gewähren.

Jahresergebnis 2016

Der Rat der Kreisstadt Unna hat den Jahresabschluss 2016 der Stadtbetriebe Unna am 06.07.2017 festgestellt und beschlossen, vom Jahresüberschuss (2.518.995,74 €) einen Betrag in Höhe von 642.596,47 € der zweckgebundenen Rücklage sowie einen Betrag in Höhe von 133.528,27 € der allgemeinen Rücklage zuzuführen. Zusammen mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 163.806,92 € ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 1.906.677,92 €. Darüber hinaus hat der Rat beschlossen, eine Gewinnausschüttung in Höhe von 1.725.697,38 € an den städtischen Haushalt vorzunehmen und den Restbetrag in Höhe von 180.980,54 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 wurde der Kreisstadt Unna ein Kassenkredit in Höhe von 700.000,00 € (Vorjahr: 3.200.000,00 €) zur Verfügung gestellt.

Lagebericht der Betriebsleitung

I Grundlagen des Unternehmens

I.1 Gründung des Eigenbetriebes

Der Rat der Stadt Unna hat am 16.06.1994 die Umgründung des Regiebetriebes Stadtbetriebe in eine entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW geführte eigenbetriebsähnliche Einrichtung (im Folgenden kurz Eigenbetrieb) zum 01.01.1995 beschlossen.

I.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebes

I.2.1 Gegenstand

Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist in zwei grundsätzliche Kategorien zu gliedern. In einen originären Aufgabenkreis, in dem die Aufgaben durch die Stadtbetriebe Unna eigenverantwortlich abgewickelt und im Wesentlichen über Gebühreneinnahmen finanziert werden und einen Auftragsbereich, wo Dezernate der Stadtverwaltung Unna als Auftraggeber Leistungen der Stadtbetriebe Unna in Anspruch nehmen und dafür grundsätzlich kostendeckende Entgelte erbringen. Darüber hinaus nimmt der Betrieb Aufgaben im steuerpflichtigen Drittbereich wahr.

Mit der Änderung der Betriebssatzung der Stadtbetriebe Unna (Vorlage Nr. 0072/04, Ratsbeschluss vom 16.12.2004) wurden der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Stadtbetriebe Unna die gesamten Aufgaben der Abwasserwirtschaft, Abfallentsorgung, Duales System, Straßenreinigung, Friedhöfe und Hochwasserschutz übertragen. Seitdem gliedern sich die Aufgabenbereiche wie folgt:

Originärer Bereich

- Abwasserwirtschaft
- Abfallwirtschaft
- Straßenreinigung (seit 01.01.2012 ohne Winterdienst)
- Städtische Friedhöfe
- Gewässerunterhaltung
- Hochwasserschutz

Steuerpflichtiger Drittbereich

- Leistungen im Rahmen Duale Systeme
- Grabpflege
- Sonstige Leistungen an Dritte

Auftragsbereich

- Straßenunterhaltung
- Grünflächenunterhaltung
- Winterdienst (seit 01.01.2012)
- Sonstige diverse Einzelaufträge

I.2.2 Organisation

Organe der Stadtbetriebe Unna sind die Betriebsleitung, der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna und der Rat der Kreisstadt Unna.

Die Aufbauorganisation sieht seit 1995 eine Gliederung in Hilfsbetriebe und Leistungsbereiche vor. Entsprechend ist die Kostenrechnung gegliedert.

Verwaltung	Allg. Dienste	Originärer Bereich	Auftragsbereich Stadt	Drittbereich
Kfm. Bereich	Werkstatt	Abwasserwirtschaft	Straßenunterhaltung	Duale Systeme
		Abfallwirtschaft Straßenreinigung	Grünflächenpflege Winterdienst	Grabpflege Sonstige Leistungen an Dritte
		Städtische Friedhöfe	Sonstige Auftragsleitungen	
		Gewässerunterhaltung		
		Hochwasserschutz		

II. **Wirtschaftsbericht**

II.1 **Geschäftsverlauf**

II.1.1 **Allgemeines zur Erfolgsrechnung**

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 27. November 2014 beschlossen wurde, ging seinerzeit davon aus, dass unter Berücksichtigung der bisherigen Erfolgsplanungen sowie der in der Vergangenheit erzielten Verbesserungen in den Jahren 2015 und 2016 von einer gemittelten Ergebnisabführung in Höhe von 600 T€ ausgegangen werden könne.

Die Produktpalette der Stadtbetriebe Unna sei breit und gut aufgestellt. Angesichts der in den einzelnen Teilsegmenten zu erbringenden Leistungen stelle sich die Frage nach Wettbewerbsvorteilen durch Größenwachstum. Im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit könnten sich durch größere Verbünde Vorteile ergeben, die es auszuloten gelte. Darüber hinaus seien die künftigen Investitionsnotwendigkeiten im Gebäudebereich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu wägen. In Analogie der Rückführung von Teilen der Straßenverwaltung in den Kernbereich der Verwaltung könne geprüft werden, ob nicht auch andere Bereiche der heutigen Auftragsverwaltung in den Kernhaushalt zurückgeführt werden könnten.

Es werde damit gerechnet, dass personelle und sachliche Synergien – vor allem in der Binnenstruktur – gehoben werden könnten, z. B. geringere Prüfungsgebühren, Ersparnisse in der Verwaltung oder in der räumlichen Unterbringung.

Zunächst sollten im Jahr 2015 Untersuchungsaufträge erteilt werden, mit deren Ergebnissen 2016 zu rechnen sei. Auf der Basis einer anschließenden Beschlussfassung im Rat könnten

im Anschluss die daraus resultierenden praktischen Prozesse angestoßen werden. Aus der Umsetzung werde ab 2017 mit Verbesserungen gerechnet, die eine Stabilisierung der veranschlagten Ergebnisabführung von 600 T€ ermöglichen.

Darüber hinaus sollten durch eine Neubewertung des Anlagevermögens und eine Anpassung der handelsrechtlichen Abschreibungssätze an die gebührenrechtlichen Sätze ab 2017 weitere Verbesserungen von jährlich 400 T€ erzielt werden können.

Damit ergaben sich für die Jahre 2015 bis 2020 nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ergebnisabführung	600 T€	600 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€

Der am 22. Oktober 2015 im Rat der Kreisstadt Unna eingebrachte Nachtragsplanentwurf zum Doppelhaushalt 2015 / 2016 (Vorl.-Nr. 0430/15) mit der Fortschreibung des Haushalts-sicherungskonzeptes 2015 – 2020, der vom Rat der Kreisstadt Unna in seinen Sitzungen am 26. November 2015 und 17. Dezember 2015 beschlossen wurde, ging in seinem Haushalts-sicherungsvorschlag 1 davon aus, dass aufgrund der Ausweisung eines Gewinns von rd. 954 T€ im testierten Jahresergebnis der Stadtbetriebe Unna für das Jahr 2013 und der Ausweisung eines Gewinns von über 1.600 T€ im Entwurf des vorliegenden Jahresabschlusses 2014 es durchaus realistisch sei, mit einer dauerhaften Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ pro Jahr zu rechnen.

Damit ergaben sich gemäß den Veranschlagungen im Nachtrag 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020 nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ergebnisabführung alt	600 T€	600 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€
Ergebnisabführung neu	1.580 T€	1.200 T€				

Dabei ist folgende Veränderung zu beachten: Bis einschließlich der Veranschlagung im Haushaltsplan 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna bezog sich die veranschlagte Ergebnisabführung der Stadtbetriebe Unna des jeweiligen Haushaltsjahres auf das gleichlautende Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Mit dem beschlossenen 1. Nachtrag 2015 / 2016 wurde dieser Gleichklang aufgegeben.

Die Veranschlagung im Haushaltsjahr 2015 der Kreisstadt Unna bezieht sich auf die Ergebnisabführungen der Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 der Stadtbetriebe Unna und ab dem Haushaltsjahr 2016 der Kreisstadt Unna jeweils auf das vorangegangene Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Damit erhöhte sich die Ergebnisabführung gegenüber den Festsetzungen im Doppelhaushalt 2015 / 2016 in den Jahren 2015 und 2016 von jeweils 600 T€ auf jeweils 1.200 T€ und in den Jahren 2017 bis 2019 von jeweils 1.000 T€ auf jeweils 1.200 T€.

Der am 17. Dezember 2015 vom Rat der Kreisstadt Unna beschlossene Wirtschaftsplan 2016 wies einen Planüberschuss in Höhe von 1.231 T€ (davon Saldo Gewinn Originärer Bereich in Höhe von 4.185 T€ abzüglich Verlust Auftragsbereich in Höhe von 2.955 T€ in Höhe

von 1.230 T€) aus und erfüllt damit die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für 2016.

Wesentliche Ursachen für die Zielerreichung in 2016 waren die Ausweitung des bilanziellen Überschusses im Bereich Abwasserwirtschaft auf 4.630 T€ sowie die personalwirtschaftlichen Konsequenzen, die sich aus der Nicht-Verlängerung von Zeitarbeitsverträgen und der Nicht-Besetzung von Stellen nach dem Eintritt der bisherigen Stelleninhaber in den Ruhestand ergaben.

Mittelfristig muss weiterhin davon ausgegangen werden, dass die Verluste im Bereich Hochwasserschutz in den kommenden Jahren deutlich ansteigen werden, da weitere Abschreibungen, Zinsen und Betriebskosten aufgrund von Anlagen, die in den kommenden Jahren durch die Stadtbetriebe Unna neu errichtet wurden bzw. werden (Hochwasserrückhaltebecken Bimberghof und Hochwasserrückhaltebecken Massener Heide) zusätzlich zu berücksichtigen sein werden.

Der Förderantrag für den Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Bimberghof wurde am 23. April 2012 beim Land Nordrhein-Westfalen gestellt, der Bewilligungsbescheid mit einer Gesamtförderung in Höhe von 3.456 T€ wurde am 19. Dezember 2012 erteilt. Aufgrund des Ergebnisses der Ausschreibung für die Lose 1 – Tiefbau – und 2 – Stahlwasserbau –, die zu einer Reduzierung der Baukosten führte, wurde am 23. Dezember 2014 ein Änderungsantrag beim Land Nordrhein-Westfalen gestellt, in dem auch die erhöhten Kosten für die vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen einfließen; der Bewilligungsbescheid mit einer Gesamtförderung in Höhe von 3.352,5 T€ wurde am 20. März 2015 erteilt.

Aufgrund des für 2015 zu erwartenden Baufortschritts und der damit verbundenen Zahlungsverpflichtungen war nach dem derzeitigen Kenntnisstand davon auszugehen, dass in 2015 insgesamt ca. 3.300 T€ kassenwirksam werden. Der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna hatte in seiner Sitzung am 24. Juni 2015 daher die Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 1.000 T€ und damit die Bereitstellung einer Ausgabeermächtigung für 2015 von insgesamt 3.300 T€ beschlossen.

In derselben Sitzung und in der Sitzung am 09. Dezember 2015 (Vorlage Nr. 0327/15) wurde der Ausschuss darüber informiert, dass sich Mehrkosten aufgrund der Erteilung von Nachträgen ergeben werden.

Zur Sicherstellung der Finanzierung der Maßnahme wurde ein zweiter Änderungsantrag beim Land Nordrhein-Westfalen gestellt werden, der am 30. Juni 2016 beschieden wurde und die bewilligte Landeszuweisung um 217,8 T€ auf insgesamt 3.570,3 T€ erhöhte.

Hinzu kommen jährlich steigende Belastungen aus der Zahlungsübernahme für die Kreisstadt Unna für die Niederschlagswassergebühren Straßen.

Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde insgesamt ein vorläufiger Jahresüberschuss lt. Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 2.518.995,74 € erwirtschaftet.

Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2016	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Originärer Bereich	+ 4.185.000,00 €	+ 4.772.933,38 €	+ 4.445.850,50 €
Auftragsbereich	- 2.955.000,00 €	- 2.271.111,26 €	- 2.566.850,74 €
Drittbereich	+ 1.000,00 €	+ 17.173,62 €	- 62.850,04 €
Gesamt	+ 1.231.000,00 €	2.518.995,74 €	1.816.149,72 €

Von diesem vorläufigen Jahresüberschuss sollen der Allgemeinen Rücklage die Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof in Höhe von 133.528,27 € und der zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst 87.468,42 € zugeführt werden. Ohne Berücksichtigung des Gewinns des steuerlichen Drittbereichs in Höhe von 17.173,62 €, der nach 2017 vorgetragen werden soll, verbliebe so ein Jahresgewinn in Höhe von 2.280.825,43 €.

Zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes wäre eine Zuführung zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 2.280.825,43 € angezeigt.

Aufgrund der Ratsbeschlüsse zum Kernhaushalt der Kreisstadt Unna, dem genehmigten Haushaltssicherungskonzept sowie der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes ist es jedoch erforderlich, – wie zu den Jahresabschlüssen 2013, 2014 und 2015 – einen möglichst hohen Betrag als Gewinn an den Kernhaushalt der Kreisstadt Unna abzuführen.

Wegen der bestehenden besonderen Problematiken des Ententeiches im Bornekamp (Undichtigkeiten, Verschlammung, Teich im Hauptschluss, Änderung der Rechtslage) und des Teiches des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II (Verschlammung) schlägt die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vor, für die Sanierung des Ententeiches im Bornekamp 400 T€ und als Ansparung für die Entschlammung des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II 155 T€ in Sonderrücklagen einzustellen.

In Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde (Kreis Unna) und ggf. unter Inanspruchnahme von Fördermitteln sollte der Ententeich zukunftsfähig umgestaltet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der Umgestaltung Vorgaben einzuhalten sind:

- Eine Teichanlage ist naturnah zu gestalten, das heißt zum Beispiel, dass naturfremde Baustoffe entfernt werden müssen und Laich- und Tiefwasserzonen angelegt werden.
- Teichanlagen, die im Hauptschluss betrieben werden, d.h. die vom Gewässer komplett durchflossen werden, sind aufgrund der Gesetzeslage **nicht mehr genehmigungsfähig**.
- Teichanlagen, die im Nebenschluss betrieben werden, d.h. die über eine Entnahme aus einem vorbeifließenden Gewässer gespeist werden und deren Überlauf wieder in ein Gewässer mündet, sind genehmigungsfähig, wenn:
 - ✓ keine Belange des Wasser – und des Landschaftsschutzes entgegenstehen,
 - ✓ eine ausreichende Wassermenge vorhanden ist und die gesetzlich vorgegebene Mindestwasserführung im Gewässer verbleibt.

Der Teich des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II ist stark verschlammte und muss in den kommenden Jahren entschlammt werden. Aufgrund der Schadstoffbelastung des Schlammes ist davon auszugehen, dass erhöhte Entsorgungskosten anfallen werden. Zurzeit ist von Kosten in Höhe von ca. 750 T€ für das Ausbaggern, Trocknen, Transportieren und Entsorgen von ca. 8.000 t Schlamm auszugehen. Mit der Einstellung von 155 T€ in die

Sonderrücklage soll ein erster Teilbetrag der erforderliche Gesamtkosten, die in den nächsten zwei Jahren konkretisiert werden müssen, bereitgestellt werden.

Ausgehend vom o. g. verbleibenden Jahresgewinn in Höhe von 2.280.825,43 € und den weiteren Zuführungen zu den zweckgebundenen Rücklagen für den Ententeich Bornekamp und das Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II in Höhe von insgesamt 555.128,05 € soll ein Betrag in Höhe von 1.725.697,38 € an den Haushalt die Kreisstadt Unna abgeführt werden. Gegenüber den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes wird damit ein überplanmäßiger Betrag in Höhe von 525.697,38 € abgeführt, der neben der veranschlagten Gewinnabführung in Höhe von 1.200.000,00 € auch die Überdeckungen der Bereiche laufende Straßenunterhaltung in Höhe von 231.598,66 € und laufende Grünpflege in Höhe von 294.097,72 € umfasst.

Passt man das Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 um die Zuführung der Passiven Rechnungsabgrenzung Friedhof zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 133.528,27 € und die Zuführung zur Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 87.468,42 € an, um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu ermöglichen, ergibt sich folgender Vergleich zum Erfolgsplan 2016 und zum Ergebnis 2015:

Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2016	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Originärer Bereich	+ 4.185.000,00 €	+ 4.639.405,11 €	+ 4.312.322,23 €
Auftragsbereich	- 2.955.000,00 €	- 2.358.579,68 €	- 2.705.807,89 €
Drittbereich	+ 1.000,00 €	+ 17.173,62 €	- 62.850,04 €
Gesamt	+ 1.231.000,00 €	+ 2.297.999,05 €	+ 1.543.664,30 €

Das obige Ergebnis des Gesamtbetriebes hat sich gegenüber der Planung um 1.067,0 T€ und gegenüber dem Jahresergebnis 2015 um 754,3 T€ verbessert. Gegenüber der Planung ergaben sich Verbesserungen im Originären Bereich um 454,4 T€, im Auftragsbereich um 596,4 T€ und im Drittbereich um 16,2 T€. Gegenüber 2015 ergaben sich Verbesserungen im Originären Bereich um 327,1 T€, während sich im Auftragsbereich Verbesserungen um 347,2 T€ und im Drittbereich um 80,0 T€ ergaben.

Das laut Wirtschaftsplan 2016 mit einem Gesamtüberschuss von 1.231 T€ prognostizierte Ergebnis konnte damit deutlich übertroffen werden. Begründet ist dies im Wesentlichen in den gegenüber der Planung erzielten Verbesserungen von insgesamt 1.067,0 T€ in den Bereichen Grünflächenpflege (+ 295,2 T€) – davon 294,1 T€ lfd. Grünflächenpflege –, Straßenunterhaltung (+ 259,8 T€) – davon 231,6 T€ lfd. Straßenunterhaltung –, Hochwasserschutz (+ 132,7 T€), städtische Friedhöfe (+ 100,8 T€), Abfallwirtschaft (+ 89,0 T€), Gewässerunterhaltung (+ 58,1 T€), Sonstige Auftragsleistungen Stadt (+ 41,4 T€), Straßenreinigung (+ 40,2 T€), Abwasserwirtschaft (+ 33,6 T€), und steuerpflichtiger Drittbereich (+ 16,2 T€). Verschlechterungen gegenüber der Planung haben sich nicht ergeben.

Begründet liegt die deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses 2016 im Wesentlichen in den Einmaleffekten Auflösung der Rückstellung für Versorgungskassenbeiträge in Höhe von 956 T€, die zum einen mit 509 T€ dem Gebührenhaushalt Abwasserwirtschaft und zum anderen mit 467 T€ dem Bereich Verwaltung zu Gute kam, sowie Erstattung von VBL-Sanierungsgeldern.

Für die Jahre 2008 bis 2015 wurden Rückstellungen für erwartete Versorgungskassenbeiträge für die Beamt/inn/en in Höhe von 956 T€ gebildet. Gemäß einer abschließenden Verein-

barung wird keine Erhebung dieser Beiträge erfolgen. Der Rückstellungsbetrag wurde daher erfolgswirksam aufgelöst.

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist eine vom Bund und den Ländern getragene Versorgungseinrichtung für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die Leistungen der betrieblichen Altersvorsorge gewährt. Der Verwaltungsrat der VBL hat in seiner Sitzung am 12. November 2015 beschlossen, von den beteiligten Kommunen für die Jahre 2013 bis 2015 gezahlte Sanierungsgelder einschließlich Kapitalerträgen zu erstatten. Auf die Stadtbetriebe entfiel ein Erstattungsbetrag in Höhe von insgesamt 189 T€, der als periodenfremder Ertrag erfasst wurde.

Im Einzelnen haben sich die Ergebnisse in den Sparten wie folgt entwickelt:

Bereich	Planung	Ergebnis	Ergebnis	Veränderungen	
	2016	2016	2015	Ergebnis 2016 zu	Ergebnis
	€	€	€	Planung	2015
	€	€	€	2016	€
Winterdienst *	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0
Gleichstand	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0
Abwasserwirtschaft	+ 4.630.000	+ 4.663.560	+ 4.442.996	+ 33.560	+ 220.564
Abfallwirtschaft	+ 18.000	+ 107.047	+ 69.784	+ 89.047	+ 37.263
Straßenreinigung	+ 15.000	+ 55.245	+ 87.160	+ 40.245	- 31.915
Städtische Friedhöfe *	- 83.000	+ 17.763	- 85.487	+ 100.763	+ 103.250
Gewässerunterhaltung	- 125.000	- 66.912	- 75.408	+ 58.088	+ 8.496
Hochwasserschutz	- 270.000	- 137.298	- 126.723	+ 132.702	- 10.575
Straßenunterhaltung	+ 0	+ 231.599	+ 3.103	+ 231.599	+ 228.496
Komm. Anteil					
Straßenunterhaltung	- 2.842.200	- 2.813.994	- 2.707.197	+ 28.206	- 106.797
Grünflächenpflege	+ 0	+ 294.099	+ 49.552	+ 294.099	+ 244.547
Komm. Anteil					
Grünflächenpflege	- 112.800	- 111.653	- 112.524	+ 1.147	+ 871
Sonstige Auftragsleistungen Stadt	+ 0	+ 41.369	+ 61.258	+ 41.369	- 19.889
Drittbereich	+ 1.000	+ 17.174	- 62.850	+ 16.174	+ 80.024
Verbesserungen	+ 1.231.000	+ 2.297.999	+ 1.543.664	+ 1.066.999	+ 754.335
Gesamt	+ 1.231.000	+ 2.297.999	+ 1.543.664	+ 1.066.999	+ 754.335

* nach Rücklagenzuführung

II.1.2 Verwaltung und Dienste (vor Verrechnung)

Bereich	Plan 2016	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Verwaltung, Rechnungswesen, Controlling	- 1.575.000,00 €	- 877.326,68 €	- 1.359.267,38 €
Zentrale Dienste	- 408.000,00 €	- 270.813,52 €	- 401.227,54 €
Gesamt	- 1.983.000,00 €	- 1.148.140,20 €	- 1.760.494,92 €

Bereich Verwaltung

Das Ergebnis des Bereiches Verwaltung vor Verrechnung hat sich gegenüber der Planung um 697,7 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2015 um 481,9 T€ verbessert.

Wesentliche Verbesserungen gegenüber der Wirtschaftsplanung ergeben sich bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 497,7 T€), dem Personalaufwand (– 256,6 T€), den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 16,9 T€), den Abschreibungen (– 7,1 T€), dem Materialaufwand einschließl. innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 4,3 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 2,3 T€), dem Zinsaufwand (– 0,9 T€), den Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (+ 0,3 T€) und den sonstigen Steuern (– 0,1 T€), die durch Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 88,5 T€) entsprechend reduziert werden.

Die Verbesserungen gegenüber 2015 resultieren im Wesentlichen aus gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 419,7 T€), gesunkenem Personalaufwand (– 118,3 T€), gesunkenem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 3,7 T€), gestiegenen sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 3,5 T€), gesunkenem Zinsaufwand (– 3,2 T€), gestiegenen Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (+ 0,3 T€) und gesunkenen sonstigen Steuern (– 0,1 T€), die durch Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 59,8 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 4,7 T€) und den Abschreibungen (+ 2,4 T€) entsprechend reduziert werden.

Bereich Zentrale Dienste

Das Ergebnis des Bereiches Zentrale Dienste vor Verrechnung hat sich gegenüber der Planung um 137,2 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2015 um 130,4 T€ verbessert.

Verbesserungen gegenüber der Wirtschaftsplanung ergeben sich beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 47,9 T€), bei sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 27,9 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 16,8 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 16,1 T€), bei den Abschreibungen (– 14,7 T€), beim Personalaufwand (– 12,8 T€), den sonstigen Steuern (– 0,7 T€) und den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 0,5 T€), die durch Verschlechterungen bei den Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (– 0,2 T€) geringfügig reduziert werden.

Die Verbesserungen gegenüber 2015 resultieren im Wesentlichen aus gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 358,5 T€), gesunkenem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 16,9 T€), gestiegenen Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 9,7 T€), gesunkenen Abschreibungen (– 3,1 T€), gesunkenem Personalaufwand (– 2,0 T€) und gesunkenen sonstigen Steuern (– 0,6 T€), gestiegenen sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 0,5 T€), die durch Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 260,1 T€) und den Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (– 0,8 T€) entsprechend reduziert werden.

II.1.3 Originärer Bereich

Bereich	Plan 2016	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Abwasserwirtschaft	+ 4.630.000,00 €	+ 4.663.559,88 €	+ 4.442.995,72 €
Abfallwirtschaft	+ 18.000,00 €	+ 107.047,25 €	+ 69.784,13 €
Straßenreinigung	+ 15.000,00 €	+ 55.245,43 €	+ 87.160,15 €
Städtische Friedhöfe *	- 83.000,00 €	+ 17.763,47 €	- 85.487,03 €
Gewässerunterhaltung	- 125.000,00 €	- 66.912,50 €	- 75.407,96 €
Hochwasserschutz	- 270.000,00 €	- 137.298,42 €	- 126.722,78 €
Gesamt	+ 4.185.000,00 €	+ 4.639.405,11 €	+ 4.312.322,23 €

* nach Rücklagenzuführung

Bereich Abwasserwirtschaft

Die vom Rat am 17. Dezember 2015 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2016 ein jahresbezogen ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 4.630 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2016 in Höhe von 741.546,26 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abwasser zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen 2018, 2019 und 2020 aufgelöst werden.

Die Ausweisung eines bilanziellen Überschusses von 4.663,6 T€ (+ 33,6 T€ gegenüber der Planung) ist im Wesentlichen auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Auflösungen aus Investitionszuschüssen (76,8 T€), den Zinsen (59,7 T€) und sonstiger Art (40,3 T€) – hauptsächlich aufgrund periodenfremder Erträge und der Teilauflösung von Rückstellungen – zurückzuführen, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Abschreibungen (136,9 T€), den Umlagen (3,3 T€), und den Auflösungen von Kanalanschlussbeiträgen (3,0 T€) gegenüberstehen.

Im Vergleich mit dem bilanziellen Ergebnis 2015 in Höhe von 4.443,0 T€ ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von 220,6 T€, die sich im Wesentlichen aus zusätzlichen Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) sonstiger Art (76,8 T€) – hauptsächlich aufgrund periodenfremder Erträge, der Teilauflösung von Rückstellungen sowie des Wegfalls von Pauschalwertberichtigungen – bei den Auflösungen aus Investitionszuschüssen (66,1 T€), den Abschreibungen (66,0 T€), den Zinsen (8,6 T€) und Umlagen (6,9 T€) ergibt, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Auflösungen von Kanalanschlussbeiträgen (3,8 T€) gegenüberstehen.

Bereich Abfallwirtschaft

Die vom Rat am 17. Dezember 2015 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2016 ein jahresbezogen ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 18 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2016 in Höhe von 605.131,68 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abfall zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen 2018, 2019 und 2020 aufgelöst werden.

Die Ausweisung eines bilanziellen Überschusses von 107,0 T€ (+ 89,0 T€ gegenüber der Planung) ist auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) sonstiger Art (72,1 T€) – hauptsächlich aufgrund periodenfremder Erträge

und der Teilauflösung von Rückstellungen –, bei den Umlagen (23,8 T€) und den Abschreibungen (3,3 T€), denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Zinsen (10,2 T€) gegenüberstehen.

Die Verbesserung des bilanziellen Ergebnisses um 37,2 T€ gegenüber dem Vorjahr (von + 69,8 T€ in 2015 auf + 107,0 T€ in 2016) ist auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) sonstiger Art (59,1 T€) – hauptsächlich aufgrund periodenfremder Erträge und der Teilauflösung von Rückstellungen –, und den Umlagen (6,7 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verschlechterungen beim Anlagenabgang über Buchwert (23,7 T€), beim Zinsaufwand (3,2 T€), den Abschreibungen (1,7 T€) gegenüberstehen.

Bereich Straßenreinigung

Die vom Rat am 17. Dezember 2015 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2016 ein jahresbezogen ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 15 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2016 in Höhe von 148.021,20 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen 2018, 2019 und 2020 aufgelöst werden.

Der bilanzielle Überschuss 2016 erhöht sich gegenüber der Planung um 40,2 T€ (von 15 T€ auf 55,2 T€); die Verbesserung des bilanziellen Ergebnisses ist auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) sonstiger Art (24 T€) – hauptsächlich aufgrund periodenfremder Erträge und der Teilauflösung von Rückstellungen –, bei den Zinsen (13,1 T€) und den Umlagen (6,9 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Abschreibungen (3,8 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses um 31,9 T€ gegenüber dem Vorjahr (von + 87,1 T€ in 2015 auf + 55,2 T€ in 2016) ist auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Erlösen aus Anlagenabgang über Buchwert (59,6 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verbesserungen sonstiger Art (17,8 T€) – hauptsächlich aufgrund periodenfremder Erträge und der Teilauflösung von Rückstellungen –, bei den Zinsen (7,2 T€), den Umlagen (2,4 T€) und den Abschreibungen (0,3 T€) gegenüberstehen.

Bereich Friedhof

Im Bereich Friedhofswesen hatten sich in den vergangenen Jahren aufgrund des sich verändernden Bestattungsverhaltens erhebliche Unterdeckungen ergeben. Der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna hatte sich in seiner Sitzung am 29. April 2008 intensiv mit den Perspektiven der Friedhofskultur (Bestattungskultur im Wandel, neue Grabarten, Bestattungszahlen, Verhältnis von Erd- zu Urnenbestattungen) auseinandergesetzt und die Einrichtung eines interfraktionellen Arbeitskreises Friedhöfe beschlossen.

Die neue Friedhofssatzung und die neue Friedhofsgebührensatzung (Vorlage Nr. 0011/09 und 0012/09) sind in den Sitzungen des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 19. Mai 2010 und des Rates der Kreisstadt Unna am 20. Mai 2010 ohne Gegenstimmen empfohlen bzw. beschlossen worden. Die neuen Gebührenstrukturen sind damit nach ihrer Bekanntmachung am 01. Juni 2010 in Kraft getreten.

Die Fortschreibung erfolgte durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2011 durch den Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 16. Dezember 2010, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2012 in der Ratssitzung am 15. Dezember 2011, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2013 in der Ratssitzung am 29. November 2012, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2014 in der Ratssitzung am 19. Dezember 2013, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2015 in der Ratssitzung am 18. Dezember 2014 sowie durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2016 in der Ratssitzung am 17. Dezember 2015.

Der Wirtschaftsplan 2016 berücksichtigte – ausgehend von den Ergebnissen der Vorjahre und unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses – eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. sowie einen grünpolitischen Anteil von 110 T€ und prognostizierte ein bilanzielles Plandefizit in Höhe von 83 T€.

Aufgrund der gegenüber der Planung niedrigeren Bestattungszahlen und Graberwerbe ging die Berichterstattung im Rahmen des Finanzberichts zum 30. Juni 2016 (Vorlage Nr. 0713/16) davon, dass sich zum Jahresende eine gebührenrechtliche Unterdeckung in Höhe von 20 T€ bis 30 T€ ergeben könnte, die dann im Rahmen der Gebührenkalkulation 2018 abzudecken wäre. Aufgrund der verfügbaren Gebührenausgleichsverbindlichkeit Friedhöfe würde dies nicht zu einer Gebührenerhöhung in 2018 führen.

Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass sich das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2016 auf – 83 T€ belaufe und sich aufgrund der gebührenrechtlichen Unterdeckung um 20 T€ bis 30 T€ verschlechtern könne.

Dem Finanzbericht zum 30. Juni 2016 lag die Annahme zugrunde, dass sich die Zahl der Bestattungen von geplant 515 auf 496 verringern, die Zahl der Graberwerbe von geplant 273 auf 290 erhöhen und die Zahl der Verlängerungen von geplant 2.305 Jahre auf 2.064 Jahre verringern würde.

Nach den Daten zum 31. Oktober 2016 – Erstellung Wirtschaftsplanentwurf 2017 – war davon auszugehen, dass sich die Zahl der Bestattungen auf ca. 462, die Zahl der Graberwerbe auf ca. 268 und die Zahl der Verlängerungsjahre auf ca. 2.058 Jahre verringert würde.

Die gebührenrechtliche Unterdeckung könnte sich damit im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 auf ca. 65 T€ erhöhen. Wie bereits erwähnt, würde dies aufgrund der verfügbaren Gebührenausgleichsverbindlichkeit Friedhöfe nicht zu einer Gebührenerhöhung in 2018 führen.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2016 könnte sich aufgrund der gebührenrechtlichen Unterdeckung um ca. 65 T€ verschlechtern.

Das tatsächliche gebührenrechtliche Ergebnis 2016 im Bereich Friedhofswesen beläuft sich auf 129.568,00 € und verbessert sich damit gegenüber der Planung (0 T€) um 129,6 T€, was im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den Umlagen (– 75,9 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 44,0 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 26,6 T€), Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 18,1 T€), beim Personalaufwand (– 10,5 T€), den kalkulatorischen Zinsen (– 8,3 T€) und den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 3,2 T€) zurückzuführen ist, denen Verschlechterungen bei Umsatzerlösen (– 40,2 T€), den kalkulatorischen Abschreibungen (+ 16,0 T€) und den aktivierten Eigenleistungen (– 0,8 T€) gegenüberstehen.

Die Zahlen der Bestattungen haben sich gegenüber den Erwartungen zum 31. Oktober 2016 zwar verbessert, jedoch sind im Vergleich zu den Planzahlen die Bestattungen rückläufig, während die Planzahlen der Graberwerbe, Verlängerungen und Trauerfeiern geringfügig überschritten wurden – Bestattungen (481 statt 515), Graberwerbe (274 statt 273), Verlängerungen (2.313 Jahre statt 2.305 Jahre) und Trauerfeiern (271 statt 270) –, insgesamt beliefen sich die Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen auf 40,2 T€.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2016 in Höhe von 129.568,00 € wurde der Gebührenausschleichsverbindlichkeit Friedhöfe zugeführt und wird im Rahmen der Gebührekalkulationen 2018, 2019 und 2020 aufgelöst werden.

Das bilanzielle Ergebnis 2016 im Bereich Friedhofswesen (einschließlich der Sparte Ehrengräber und jüdischer Friedhof) beläuft sich auf + 17,8 T€ und verbessert sich damit gegenüber der Planung (– 83,0 T€) um 100,8 T€. Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den Umlagen (– 85,0 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 47,2 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 30,7 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 26,5 T€), den Erlösen aus innerbetriebl. Leistungsverrechnung (+ 18,1 T€), dem Personalaufwand (– 10,5 T€), bei den Umsatzerlösen (– 9,9 T€), dem Zinsaufwand (– 9,0 T€), den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 1,4 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen beim Gebührenabschluss (– 129,6 T€), den Abschreibungen (– 7,1 T€) und den aktivierten Eigenleistungen (– 0,8 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterungen im Gebührenabschluss 2016 in Höhe von 129,6 T€ ergeben sich daraus, dass die Wirtschaftsplanung eine Entnahme aus der Gebührenausschleichsverbindlichkeit in Höhe von 102.686,26 T€ vorsah, im Rahmen des Gebührenabschlusses 2016 der Gebührenausschleichsverbindlichkeit sowohl planmäßig ein Betrag in Höhe von 102.686,26 € entnommen, als auch der gebührenrechtliche Überschuss 2016 in Höhe von 129.568,00 € zugeführt wurde, saldiert also 26.881,74 €.

Gegenüber dem bilanziellen Ergebnis 2015 in Höhe von – 85,5 T€ verbessert sich das bilanzielle Ergebnis 2016 um 103,3 T€ auf + 17,8 T€. Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen beim Gebührenabschluss (+ 108,3 T€), bei den Umlagen (– 55,6 T€), dem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 51,3 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 9,8 T€), den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 1,4 T€) und dem Zinsaufwand (– 1,0 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen (– 61,3 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 36,3 T€), den Abschreibungen (+ 12,5 T€), dem Personalaufwand (+ 10,2 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 3,6 T€) und den aktivierten Eigenleistungen (– 0,2 T€) gegenüberstehen.

Die Verbesserungen beim Gebührenabschluss in Höhe von 108,3 T€ ergeben sich daraus, dass im Rahmen des Gebührenabschlusses 2015 der Gebührenausschleichsverbindlichkeit der gebührenrechtliche Überschuss 2015 in Höhe von 135.219,13 € zugeführt wurde, während im Rahmen des Gebührenabschlusses 2016 der Gebührenausschleichsverbindlichkeit sowohl planmäßig ein Betrag in Höhe von 102.686,26 € entnommen, als auch der gebührenrechtliche Überschuss 2016 in Höhe von 129.568,00 € zugeführt wurde, saldiert also 26.881,74 €.

Bereich Gewässerunterhaltung

Ausgehend von einer Planunterdeckung für den Bereich Gewässerunterhaltung in Höhe von 125 T€ beläuft sich das Jahresergebnis 2016 auf – 66,9 T€ und verbessert sich damit um 58,1 T€. Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 42,1 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 5,0 T€), den Umlagen (– 3,6 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 2,7 T€), den sonstigen betriebl. Aufwendungen (– 2,5 T€), beim Personalaufwand (– 2,0 T€) sowie bei den Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 0,2 T€) zurückzuführen.

Gegenüber dem Jahresergebnis 2015 in Höhe von – 75,4 T€ ergibt sich eine Verbesserung von insgesamt 8,5 T€, die im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 4,5 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 2,9 T€), den Umlagen (– 1,3 T€) beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 1,0 T€), den sonstigen betriebl. Aufwendungen (– 0,3 T€) zurückzuführen ist, denen Verschlechterungen beim Personalaufwand (+ 1,7 T€) gegenüberstehen.

Bereich Hochwasserschutz

Ausgehend von einer Planunterdeckung für den Bereich Hochwasserschutz in Höhe von 270 T€ beläuft sich das Jahresergebnis auf – 137,3 T€ und verbessert sich damit um 132,7 T€. Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den Abschreibungen (– 92,4 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 61,8 T€), bei den Zinsen (– 26,0 T€), den Umlagen (– 6,9 T€) und beim Personalaufwand (– 0,4 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (– 51,0 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 3,7 T€) und den sonstigen Steuern (+ 0,1 T€) gegenüberstehen.

Gegenüber dem Jahresergebnis 2015 in Höhe von – 126,7 T€ ergibt sich eine Verschlechterung von 10,6 T€, die auf Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 8,7 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 3,7 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (– 1,2 T€), den sonstigen Steuern (+ 0,1 T€) und beim Personalaufwand (+ 0,1 T€) zurückzuführen ist, denen Verbesserungen bei den Zinsen (– 2,6 T€) und den Umlagen (– 0,6 T€) gegenüberstehen.

Zusammengefasst beläuft sich das Ergebnis für die Bereiche Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz auf – 204,2 T€ und bedeutet damit eine Verbesserung um 190,8 T€ gegenüber den Planzahlen 2016 bzw. um 2,1 T€ gegenüber dem Ergebnis 2015 in Höhe von 202,1 T€.

II.1.4 Auftragsbereich Stadt

Bereich	Plan 2016	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Straßenunterhaltung	+ 0,00 €	+ 231.598,66 €	+ 3.102,72 €
Anteile Kreisstadt Unna	- 2.842.200,00 €	- 2.813.993,59 €	- 2.707.196,47 €
Straßenunterhaltung gesamt	- 2.842.200,00 €	- 2.582.394,93 €	- 2.704.093,75 €
Grünflächenpflege	+ 0,00 €	+ 294.098,72 €	+ 49.552,58 €
Anteil Kreisstadt Unna	- 112.800,00 €	- 111.652,69 €	- 112.524,36 €
Grünflächenpflege gesamt	- 112.800,00 €	+ 182.446,03 €	- 62.971,78 €
Winterdienst *	+ 0,00 €	+ 0,00 €	+ 0,00 €
Sonstige Auftragsleistungen	+ 0,00 €	+ 41.369,22 €	+ 61.257,64 €
Gesamt	- 2.955.000,00 €	- 2.358.579,68 €	- 2.705.807,89 €

* nach Rücklagenzuführung

Bereich Straßenunterhaltung

Das beeinflussbare Ergebnis im Bereich der Straßenunterhaltung konnte gegenüber der Planung verbessert werden. Ausgehend von einem Plandefizit 2016 in Höhe von 0 T€ konnten bei einem Ergebnis in Höhe von + 231,6 T€ Verbesserungen in gleicher Höhe erzielt werden. Die Verbesserungen ergaben sich bei den Umlagen (- 91,7 T€), den Erlösen aus innerbetriebl. Leistungsverrechnung (+ 41,9 T€), den Abschreibungen (- 36,6 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 15,2 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 13,4 T€), bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 12,7 T€), dem Personalaufwand (- 10,5 T€), den Umsatzerlösen (+ 4,4 T€), den aktivierten Eigenleistungen (+ 2,1 T€), dem Zinsaufwand (- 2,0 T€), den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 0,7 T€) und den sonstigen Steuern (- 0,4 T€).

	Plan 2016	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Straßenunterhaltung	+ 0,00 €	+ 231.598,66 €	+ 3.102,72 €

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verbesserung von insgesamt 228,5 T€, davon entfallen auf Verbesserungen bei den Umsatzerlösen 104,4 T€, den Umlagen 75,9 T€, beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung 65,9 T€, den sonstigen betrieblichen Erträgen 5,5 T€, den aktivierten Eigenleistungen 1,4 T€, den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen 0,7 T€ und dem Zinsaufwand 0,1 T€, denen Verschlechterungen beim Personalaufwand von 10,8 T€, den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 5,7 T€, den Abschreibungen von 5,0 T€ und bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung von 3,9 T€ gegenüberstehen.

Der Wirtschaftsplan 2016 weist im Bereich Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna) ein Defizit in Höhe von 2.842,2 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Zahlungen für die Niederschlagswassergebühren Straße in Höhe von 2.713,0 T€ (2.646,3 T€ Niederschlagswassergebühren zuzüglich 66,7 T€ Umlagen) und den kommunalen Anteil Straßenreinigung in Höhe von 129,2 T€ (126 T€ Anteil Straßenreinigung zuzüglich 3,2 T€ Umlagen).

Das Ergebnis im Bereich Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna) für 2016 beläuft sich auf 2.814,0 T€ und verbessert sich gegenüber der Planung um 28,6 T€, was auf Verbesse-

rungen bei den Umlagen zurückzuführen ist. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verschlechterung um 106,8 T€ – während sich die Niederschlagswassergebühren um 125,9 T€ erhöhen, sinken die Umlagen gegenüber dem Vorjahr um 19,1 T€.

	Plan 2016	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Niederschlagswassergebühren Kreisstadt Unna	- 2.646.300,00 €	- 2.646.340,52 €	- 2.520.463,66 €
Kommunaler Anteil Straßenreinigung Kreisstadt Unna	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €
Umlagen Verwaltung / Dienste	- 69.900,00 €	- 41.653,07 €	- 60.732,81 €
Anteile Kreisstadt Unna gesamt	- 2.842.200,00 €	- 2.813.993,59 €	- 2.707.196,47 €

Bereich Grünflächenpflege

Das beeinflussbare Ergebnis im Bereich der Grünflächenpflege konnte gegenüber der Planung verbessert werden. Ausgehend von einem Plandefizit 2016 in Höhe von 0 T€ konnten bei einem Ergebnis in Höhe von + 294,1 T€ Verbesserungen in gleicher Höhe erzielt werden. Diese Verbesserungen ergeben sich aus gestiegenen Umsatzerlösen (+ 332,2 T€), gestiegenen Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 113,9 T€), gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 88,0 T€), gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 49,4 T€), gesunkenem Zinsaufwand (– 16,2 T€), gesunkenen Umlagen (– 13,4 T€), gestiegenen sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 2,4 T€), gestiegenen aktivierten Eigenleistungen (+ 0,5 T€) und gesunkenen sonstigen Steuern (– 0,2 T€), denen Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 240,5 T€), dem Personalaufwand (+ 75,4 T€) und den Abschreibungen (– 6,2 T€) gegenüberstehen.

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verbesserung von 244,5 T€; diese entfällt im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den Umsatzerlösen (+ 260,9 T€), den sonstigen betriebl. Erträgen (+ 79,7 T€), den sonstigen betriebl. Aufwendungen (– 70,4 T€), den Umlagen (– 58,8 T€), dem Personalaufwand (– 28,7 T€), den Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 2,4 T€), dem Zinsaufwand (– 1,4 T€) und den sonstigen Steuern (– 0,1 T€), denen Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 143,2 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 83,1 T€), den Abschreibungen (+ 30,9 T€) und den aktivierten Eigenleistungen (– 0,7 T€) gegenüberstehen.

Das Ergebnis im Bereich Grünflächenpflege (Anteil Kreisstadt Unna), in dem die Stadtbetriebe Unna die Kostenanteile der Kreisstadt Unna für die Nutzung des Süd- und Westfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlage finanzieren, beläuft sich auf 111,7 T€ und verbessert sich gegenüber der Planung (112,8 T€) um 1,1 T€; gegenüber dem Vorjahr (112,5 T€) ergibt sich eine Verbesserung um 0,9 T€. Die Verbesserungen ergeben sich jeweils aus gesunkenen Umlagen.

Bereich Winterdienst

Aufgrund deutlich erhöhter Aufwendungen für den Winterdienst im Wirtschaftsjahr 2010 ergab sich im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 trotz der Auflösung einer 2007 gebildeten Winterdienstrückstellung eine Unterdeckung in Höhe von 290.834,02 €.

Im Rahmen der Umstellung der Finanzierung des Winterdienstes von der Gebührenfinanzierung auf eine Grundsteuerfinanzierung im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2012 wurde diese Unterdeckung in die Kalkulation einbezogen und sollte durch eine jeweils hälftige Berücksichtigung in den Wirtschaftsjahren 2012 und 2013 abgebaut werden; darüber hinaus hatte sich der Rat der Kreisstadt Unna seinerzeit dafür ausgesprochen, eine Risikovorsorge für zukünftige Starkwinter anzusparen.

Der gebührenrechtliche Abschluss 2011 wies einen Überschuss im Bereich Winterdienst in Höhe von 52.817,24 € aus. Aufgrund der Beschlüsse des Rates der Kreisstadt Unna vom 10. November 2011, die Finanzierung des Winterdienstes ab dem Wirtschaftsjahr 2012 von einer Gebührenfinanzierung auf eine Grundsteuerfinanzierung umzustellen (Vorlage Nr. 0381/11 und Vorlage Nr. 0381/11E1), konnte dieser Überschuss nicht mehr der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung (bis 2010: Rückstellung Straßenreinigung) zugeführt werden. Der Überschuss in Höhe von 52.817,24 € wurde daher zweckgebunden in die Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst eingestellt.

Der Bereich Winterdienst wies für 2012 unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 120,2 T€ einen Überschuss in Höhe von 145,4 T€ aus. Dieser Überschuss wurde aufgrund des Beschlusses des Rates der Kreisstadt Unna vom 15. Juni 2014 (Vorlage Nr. 0914/14) ebenfalls der Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst zugeführt.

Die Veranschlagung 2013 sah vor, den zweiten Teil des Defizits 2010 in Höhe von 145 T€ abzudecken. Bereits nach Auswertung der Daten des 1. Halbjahres 2013 war nicht mehr davon auszugehen, dass dieses Ziel erreicht werden könnte. Aufgrund der zahlreichen Winterdiensteinsätze war allenfalls eine geringe Überdeckung zu erwarten, die der Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst zugeführt werden sollte.

Der Bereich Winterdienst wies für 2013 unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 30.322,58 € ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2013 bedeutete dies eine Verschlechterung um 145 T€.

Die Veranschlagungen des Wirtschaftsplanes 2014 sahen daher die Abdeckung des Restdefizits 2010 in Höhe von 145 T€ vor.

Im Wirtschaftsjahr 2014 konnte unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 66.724,07 € einen Überschuss von 145.417,01 € erzielt werden; damit war der Verlustvortrag aus 2010 vollständig ausgeglichen.

Die Veranschlagungen des Wirtschaftsplanes 2015 sahen folglich keine Defizitabdeckung vor; der Grundsteueranteil von 25 v. H. – Punkten des Hebesatzes der Grundsteuer B konnte ab 2015 auf 18 v. H. – Punkte reduziert werden. Unter Veranschlagung von Entgelten in Höhe von 375 T€ sah der Wirtschaftsplan 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Der Bereich Winterdienst wies für 2015 - unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 138.957,15 € - ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Für 2016 weist der Bereich Winterdienst - ohne Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 87.468,42 € - einen Überschuss in Höhe von 87,5 T€ aus.

Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2016 bedeutet dies eine Verbesserung um 87,5 T€ und ist auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 87,5 T€), den Umlagen (- 53,6 T€), den Umsatzerlösen (+ 22,0 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 19,9 T€), dem Zinsaufwand (- 14,3 T€) und den Abschreibungen (- 8,6 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 118,5 T€) gegenüberstehen.

Die Überdeckung in Höhe von 87.468,42 € wurde der zweckgebundenen Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst zugeführt, so dass der Bereich Winterdienst insgesamt ein ausgeglichenes Ergebnis ausweist.

Vergleicht man das Ergebnis Winterdienst 2016 – vor Sonderrücklagenzuführung – in Höhe von 87,5 T€ mit dem Ergebnis Winterdienst 2015 – vor Sonderrücklagenzuführung – in Höhe von 139,0 T€, ergibt sich eine Verschlechterung um 51,5 T€. Diese Verschlechterung ist auf Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 70,9 T€), bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 3,2 T€) und bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (- 1,7 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen bei den Umsatzerlösen (+ 14,5 T€), den Umlagen (- 7,7 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 0,9 T€), dem Zinsaufwand (- 0,9 T€) und den Abschreibungen (- 0,3 T€) gegenüberstehen.

Bereich Sonstige Auftragsleistungen

Der Bereich Sonstige Auftragsleistungen weist für 2016 eine Überdeckung in Höhe von 41,4 T€ aus. Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2016 bedeutet dies eine Verbesserung um 41,4 T€ und ist auf Verbesserungen bei den Umsatzerlösen (+ 31,0 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 6,4 T€) und den Umlagen (- 4,2 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 0,2 T€) gegenüberstehen.

Verglichen mit dem Ergebnis 2015 in Höhe von 61,3 T€ ergibt sich im Wesentlichen aufgrund von Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen (- 38,0 T€), denen Verbesserungen bei den Umlagen (- 11,1 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 6,9 T€) und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 0,1 T€) gegenüberstehen, insgesamt eine Verschlechterung um 19,9 T€.

II.1.5 Drittbereich

Bereich	Plan 2016	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Duale Systeme	- 5.000,00 €	+ 8.407,81 €	- 66.485,28 €
Grabpflege	+ 4.000,00 €	+ 8.281,37 €	+ 1.573,91 €
Sonstige Leistungen an Dritte	+ 2.000,00 €	+ 484,44 €	+ 2.061,33 €
Gesamt	+ 1.000,00 €	+ 17.173,62 €	- 62.850,04 €

Bereich Duale Systeme

Der Jahresabschluss 2016 weist für den Bereich Duale Systeme eine Überdeckung in Höhe von 8,4 T€ aus; dies bedeutet gegenüber der Planung 2016 eine Verbesserung von 13,4 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2015 eine Verbesserung von 74,9 T€. Die Verbesserung gegenüber der Planung ist im Wesentlichen auf gesunkene Umlagen (– 15,7 T€), gestiegene Umsatzerlöse (+ 12,2 T€), gestiegene Erlöse aus innerbetriebl. Leistungsverrechnung (+ 4,6 T€), gesunkene sonstige betrieblichen Aufwendungen (– 3,5 T€), gesunkene Steuern vom Einkommen und Ertrag (– 3,0 T€), gestiegene sonstige betriebliche Erträge (+ 2,5 T€), gesunkenen Zinsaufwand (– 0,8 T€), gesunkene Abschreibungen (– 0,6 T€), gesunkene sonstigen Steuern (– 0,4 T€) und gestiegene Zinsen und ähnliche Erträge (+ 0,1 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 27,3 T€) und beim Personalaufwand (+ 2,7 T€) gegenüberstehen.

Die Verbesserung gegenüber dem Jahresergebnis 2015 ist auf gesunkenen Personalaufwand (– 67,5 T€), gesunkene Umlagen (– 10,2 T€), gestiegene Umsatzerlöse (+ 3,6 T€), gesunkenen Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 1,4 T€), gesunkenen Zinsaufwand (– 0,7 T€), gestiegene Erlöse aus innerbetriebl. Leistungsverrechnung (+ 0,5 T€), gesunkene Abschreibungen (– 0,4 T€) und gestiegene Zinsen und ähnliche Erträge (+ 0,1 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den sonstige betriebliche Erträgen (– 7,7 T€), den sonstige betrieblichen Aufwendungen (+ 1,7 T€) und den sonstigen Steuern (+ 0,1 T€) gegenüberstehen.

Die Verbesserung im Personalaufwand liegt im Wesentlichen in den Auswirkungen der Altersteilzeit eines Mitarbeiters begründet. Aus steuerlichen Gründen konnten die finanziellen Belastungen der Altersteilzeit in Höhe von 75,1 T€ erst im Jahresabschluss 2015 berücksichtigt werden und führten insgesamt zu einer Verschlechterung beim Personalaufwand 2015 in Höhe von 73,0 T€.

Bereich Grabpflege

Aufgrund der negativen Entwicklung der vergangenen Jahre (2007: – 39 T€, 2008: – 29 T€) hatte der in der Sitzung des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 29. April 2008 gebildete interfraktionelle Arbeitskreis Friedhof in seiner Sitzung am 02. September 2008 zugestimmt, im Bereich der Grabpflege keine neuen Dauergrabpflegeverträge abzuschließen und die bestehenden Jahrespflegeverträge zum 31. Dezember 2008 zu kündigen. Hiermit sollte versucht werden, die in den vergangenen Jahren deutlich angestiegenen Verluste zu reduzieren oder ganz abzubauen. Die Ergebnisse haben sich seitdem wie folgt entwickelt: 2009: – 14 T€, 2010: – 1 T€, 2011: + 10 T€, 2012: + 8,4 T€, 2013: + 5,6 T€, 2014: + 3,5 T€, 2015: + 1,6 T€, 2016: + 8,3 T€. Damit wird gegenüber dem Planansatz (+ 4 T€) eine Verbesserung um 4,3 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2015 eine Verbesserung um 6,7 T€ erzielt.

Die Verbesserungen gegenüber der Planung sind auf gesunkene Umlagen (– 6,0 T€), gesunkenen Personalaufwand (– 2,8 T€), gestiegene sonstigen betriebliche Erträgen (+ 2,3 T€), gestiegene Erlöse aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 1,9 T€), gesunkene Abschreibungen (– 0,2 T€) und gestiegene Zinsen und ähnliche Erträge (+ 0,1 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen (– 7,6 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 1,3 T€) und beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 0,1 T) gegenüberstehen.

Die Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus gesunkenen Umlagen (– 4,6 T€), gestiegenen Umsatzerlösen (+ 3,2 T€), gesunkenem Materialaufwand einschließlich innerbetriebl. Leistungsverrechnung (– 1,5 T€), gestiegenen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 0,1 T€), denen Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 1,1 T€), den sonstigen betriebliche Erträgen (– 0,9 T€), dem Personalaufwand (+ 0,4 T€), und bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 0,3 T€) gegenüberstehen.

Die Entwicklung dieses Bereiches ist in den kommenden Wirtschaftsjahren verstärkt zu beobachten, um eine Stabilisierung zu erreichen.

Bereich Sonstige Leistungen an Dritte

Der Bereich Sonstige Leistungen an Dritte weist für 2016 eine Überdeckung in Höhe von 0,5 T€ aus und verschlechtert sich damit gegenüber der Planung 2016 (+ 2 T€) um 1,5 T€. Gegenüber dem Ergebnis 2015 (+ 2,1 T€) bedeutet dies eine Verschlechterung um 1,6 T€.

Die Verschlechterungen gegenüber der Planung sind im Wesentlichen auf gesunkene Umsatzerlöse (– 10,9 T€) und gestiegene sonstige betrieblichen Aufwendungen (+ 1,0 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 8,8 T€) und bei den Umlagen (– 1,6 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus gesunkenen Umsatzerlösen (– 8,8 T€), gestiegenen sonstige betrieblichen Aufwendungen (+ 1,0 T€) und Verschlechterungen bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag (2015 Erstattung 0,3 T€, 2016 Erstattung 0,0 T€), denen Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 8,0 T€) und bei den Umlagen (– 0,5 T€) gegenüberstehen.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Umsatzerlöse im Bereich Sonstige Leistungen an Dritte in den letzten Jahren erheblich reduziert haben. Beliefen sie sich im Wirtschaftsjahr 2008 noch auf 121 T€, sanken sie in 2009 auf 88 T€ und in 2010 auf 58 T€. Nach einer kurzfristigen Verbesserung in 2011 auf 72 T€ sanken sie in 2012 auf 51 T€, in 2013 auf 49,7 T€, in 2014 auf 37,2 T€, in 2015 auf 13,8 T€ und in 2016 auf 5,1 T€.

II.2 Lage

II.2.1 Ertragslage

a) Aufwendungen und Erträge

Die Aufwendungen und Erträge im Wirtschaftsjahr 2016 stellen sich wie folgt dar:

	Verwaltung / Dienste €	Originärer Bereich €	Auftrags- bereich €	Dritt- bereich €
Umsatzerlöse	40,00	25.489.036,99	3.321.399,17	254.186,60
Umsatzerlöse ILV	265.258,16	2.888.900,17	1.389.825,05	139.030,24
Gebührenabschluss	0,00	- 844.369,02	0,00	0,00
Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
aktivierte Eigenleistungen	0,00	319.048,60	2.589,75	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	880.197,84	1.017.815,52	108.156,44	4.715,75
Beteiligungserträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Erträge Ausleihungen	287,26	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Erträge	18.387,64	6.972,56	3.155,89	261,75
Erträge gesamt	1.164.170,90	28.877.404,82	4.825.126,30	398.194,34
Materialaufwand Lieferungen	14.481,78	274.698,44	178.476,93	29.869,84
Materialaufwand Leistungen	9.154,21	11.196.083,17	3.948.547,05	23.402,49
Materialaufwand Leistungen ILV	86.495,71	3.010.287,75	1.408.443,55	177.786,61
Personalaufwand Lohn/Gehalt	780.897,38	2.147.123,78	782.690,05	71.719,45
Personalaufwand Soz. Auf- wand	130.018,66	443.707,13	162.061,30	17.449,06
Personalaufwand Altersversorgung	100.011,45	182.358,53	51.501,27	4.509,82
Abschreibungen	33.234,00	3.223.296,13	200.062,00	19.582,87
Sonstiger betrieblicher Auf- wand	1.155.582,00	1.060.771,32	132.733,78	12.496,28
Zinsen und ähnlicher Aufwand	100,53	1.876.099,25	9.526,39	1.163,49
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	2.335,38	4.092,67	3.783,69	262,12
Aufwendungen gesamt	2.312.311,10	23.418.518,17	6.877.826,01	358.242,03
Zwischensumme	-	5.458.886,65	- 2.052.699,71	39.952,31
Umlagen	1.148.140,20	- 819.481,54	- 305.879,97	- 22.778,69
Jahresergebnis 2016 *	0,00	+ 4.639.405,11	- 2.358.579,68	17.173,62

* nach Rücklagenzuführung Friedhöfe und Winterdienst

b) Entwicklung der Ergebnisse

	Ergebnis 2015 nach Rücklagen- zuführung ¹ €	Ergebnis 2015 nach Gewinn- abführung ² €	Ergebnis 2016 nach Rücklagen- zuführung ³ €	Ergebnis 2016 nach Gewinn- abführung ⁴ €
Abwasserwirtschaft	+ 4.442.995,72	+ 4.442.995,72	+ 4.663.559,88	+ 4.663.559,88
Abfallwirtschaft	+ 69.784,13	+ 69.784,13	+ 107.047,25	+ 107.047,25
Straßenreinigung	+ 87.160,15	+ 87.160,15	+ 55.245,43	+ 55.245,43
Städtische Friedhöfe	- 85.487,03	- 85.487,03	+ 17.763,47	+ 17.763,47
Gewässerunterhaltung	- 75.407,96	- 75.407,96	- 66.912,50	- 66.912,50
Hochwasserschutz	- 126.722,78	- 126.722,78	- 137.298,42	- 137.298,42
Summe Originärer Bereich	+ 4.312.322,23	+ 4.312.322,23	+ 4.639.405,11	+ 4.639.405,11
Straßenunterhaltung	+ 3.102,72	+ 3.102,72	+ 231.598,66	+ 231.598,66
Kommunale Anteile	- 2.707.196,47	- 2.707.196,47	- 2.813.993,59	- 2.813.993,59
Grünflächenpflege	+ 49.552,58	+ 49.552,58	+ 294.098,72	+ 294.098,72
Kommunaler Anteil	- 112.524,36	- 112.524,36	- 111.652,69	- 111.652,69
Winterdienst	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00
Sonstige Auftragsleistungen	+ 61.257,64	+ 61.257,64	+ 41.369,22	+ 41.369,22
Summe Auftragsbereich	- 2.705.807,89	- 2.705.807,89	- 2.358.579,68	- 2.358.579,68
Duale Systeme	- 66.485,28	- 66.485,28	+ 8.407,81	+ 8.407,81
Grabpflege	+ 1.573,91	+ 1.573,91	+ 8.281,37	+ 8.281,37
Sonstige Drittleistungen	+ 2.061,33	+ 2.061,33	+ 484,44	+ 484,44
Summe Drittbereich	- 62.850,04	- 62.850,04	+ 17.173,62	+ 17.173,62
Gesamt	+ 1.543.664,30	+ 1.543.664,30	+ 2.297.999,05	+ 2.297.999,05
Verlustabdeckung		0,00		0,00
Einstellung in die Allgemeine Rücklage zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung		0,00		0,00
Zuführung zur Rücklage Ententeich Bornekamp				- 400.000,00
Zuführung zur Rücklage HRB Bornekamp II				- 155.128,05
Gewinnabführung		- 1.606.514,34		- 1.725.697,38
Gesamtergebnis		- 62.850,04		+ 17.173,62

¹ nach Einstellung in die Rücklagen in Höhe von 134 T€ (Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof) und 139 T€ (Winterdienst)

² nach zusätzlicher Gewinnabführung

³ nach Einstellung in die Rücklagen in Höhe von 134 T€ (Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof) und 87 T€ (Winterdienst)

⁴ nach zusätzlicher Gewinnabführung und Einstellung in Rücklagen in Höhe von 400 T€ (Ententeich Bornekamp) und 155 T€ (Teich Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II)

Siehe auch Erläuterungen unter Punkt II.1.1 Allgemeines zur Erfolgsrechnung.

c) Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und Personalkosten

Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

	2015	2016
Tarifbeschäftigte	86	86
Beamtinnen / Beamte	5	5
Gesamt	91	91

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist damit im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben.

Die Personalkosten haben sich wie folgt entwickelt:

	Wirtschaftsjahr 2016 €	Wirtschaftsjahr 2015 €	Veränderung €
• Löhne	2.179.035,60	2.281.591,50	- 102.555,90
• Gehälter	1.203.499,84	1.105.900,01	+ 97.599,83
• Beamtenbesoldung	313.654,82	322.562,01	- 8.907,19
• Rückstellung für Altersteilzeit	30.458,61	- 21.498,96	+ 51.957,57
• Rückstellung für Lebensar-	10.577,36	26.058,99	- 15.481,63
• Aushilfsvergütungen	11.281,28	11.100,57	+ 180,71
• Übrige	1.415,15	14.228,68	- 12.813,53
• Alimentationsrückstellungen	11.644,00	11.414,00	+ 230,00
• Urlaubs- / Gleitzeitrückstellung	20.864,00	- 1.788,00	+ 22.652,00
• Soziale Abgaben	1.091.617,22	1.619.384,03	- 527.766,81
<u>davon</u>			
Sozialer Aufwand gesamt	(753.236,15)	(805.651,69)	(- 52.415,54)
Altersversorgung gesamt	(338.381,07)	(813.732,34)	(- 475.351,27)
Beihilferückstellungen	(33.822,00)	(84.256,00)	(- 50.434,00)
Pensionsrückstellung	(81.461,00)	(325.963,00)	(- 244.502,00)
Summe Personalkosten	<u>4.874.047,88</u>	<u>5.368.952,83</u>	<u>- 494.904,95</u>

II.2.1 Ertragslage

a) Strukturbilanz

Aktiva	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	+ / – Vj.
	T€	T€	T€	T€
<u>Langfristig gebundenes Vermögen</u>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	44	33	22	- 11
Sachanlagen	80.631	88.341	90.144	+ 1.803
Finanzanlagen	1	1	0	-1
Anlagevermögen	80.676	88.375	90.166	+ 1.791
Langfristige Kundenforderungen	47	46	46	+0
	80.723	88.421	90.212	+ 1.791
<u>Kurzfristig gebundenes Vermögen</u>				
Vorräte	60	76	78	+ 2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	205	166	189	+ 23
Forderungen gegen die Kreisstadt Unna	668	3.928	1.088	- 2.840
Sonstige Vermögensgegenstände	40	503	73	- 430
Geldmittel	600	664	511	- 153
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	76	43	55	+ 12
	1.649	5.380	1.994	- 3.386
Gesamtvermögen	82.372	93.801	92.206	- 1.595

Passiva	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	+ / – Vj.
	T€	T€	T€	T€
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
Stammkapital	600	600	600	+ 0
Allgemeine Rücklagen	4.223	5.346	5.536	+ 190
Zweckgebundene Rücklagen	686	825	1.467	+ 642
Bilanzgewinn	227	164	181	+ 17
bilanzielles Eigenkapital	5.736	6.935	7.784	+ 849
Sonderposten für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	5.016	9.567	10.287	+ 720
Empfangene Ertragszuschüsse	3.761	3.485	3.213	- 272
	15.513	19.987	21.284	+ 1.297
<u>Langfristiges Fremdkapital (> 5 Jahre)</u>				
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	37.202	43.075	40.723	- 2.352
Sonstige Verbindlichkeiten	398	393	229	- 164
Passiver Rechnungsangrenzungsposten	3.895	4.111	4.235	+ 124
	41.495	47.579	45.187	- 2.392
<u>Mittelfristiges Fremdkapital (1 < Jahre > 5)</u>				
Sonstige Verbindlichkeiten – Gebührenausschlag	2.031	1.956	2.639	+ 683
Sonstige Rückstellungen	1.820	1.738	1.783	+ 45
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	11.078	10.684	10.116	- 568
Sonstige Verbindlichkeiten	148	127	215	+ 88
	15.077	14.505	14.753	+ 248
<u>Kurzfristiges Fremdkapital (< 1 Jahr)</u>				
Steuerrückstellungen	0	0	0	+ 0
Sonstige Rückstellungen	4.324	4.163	3.559	- 604
Sonstige Verbindlichkeiten - Gebührenausschlag	357	780	941	+ 161
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	3.097	3.168	3.068	- 100
Erhaltene Anzahlungen	135	210	190	- 20
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	261	1.210	1.317	+ 107
Verbindlichkeiten gegenüber der Kreisstadt Unna	358	487	153	-334
Sonstige Verbindlichkeiten	176	106	28	- 78
Gewinnausschüttung an die Kreisstadt Unna	2.579	1.606	1.726	+ 120
	11.287	11.730	10.982	- 748
Gesamtkapital	82.372	93.801	92.206	- 1.595

b) Kapitalflussrechnung gemäß DRS 21

	2015		2016	
	T€	T€	T€	T€
Periodenergebnis	+ 1.544		+ 1.743	
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 3.405		+ 3.476	
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 243		- 558	
+/- Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen/Erträge	- 517		- 580	
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 466		+ 733	
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+ 1.720		+ 566	
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 0		+ 72	
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	+ 1.942		+ 1.858	
-/+ Ertragsteuerzahlungen	0		0	
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		+ 7.385		+ 7.310
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	+ 3		+ 0	
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 7.837		- 5.339	
+ Erhaltene Zinsen	+ 15		+ 29	
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit		- 7.819		- 5.310
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	+ 1.262		+ 832	
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	- 2.579		- 1.606	
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	+ 8.500		+ 0	
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	- 2.946		- 3.016	
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	+ 1.523		+ 1.028	
- Gezahlte Zinsen	- 1.962		- 1.891	
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		+ 3.798		- 4.653
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds		+ 3.364		- 2.653
(Summe Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit)				
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		+ 500		+ 3.864
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode		+ 3.864		+ 1.211

Der Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 „DRS 21“, welcher im Rahmen der Erstellung von Konzernabschlüssen zu beachten ist, wurde bereits am 8. April 2014 bekannt gemacht. Die erstmalige Anwendung ist verpflichtend für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2014 beginnen.

c) Investitionen

Folgende Neuinvestitionen (einschließlich Anlagen im Bau) wurden 2016 getätigt:

Entwicklung des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände

€

Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 01.01.2016

88.374.088,00

Zugang 2016

• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
• Grundstücke	146.088,00
• Technische Anlagen und Maschi-	318.459,00
• Abwassersammlungsanlagen	1.466.351,00
• Spezialfahrzeuge	371,00
• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	282.605,00
• Anlagen im Bau	<u>3.125.600,00</u>
Summe Zugänge	<u>5.339.474,00</u>

Umbuchungen

• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
• Grundstücke	33.684,00
• Technische Anlagen und Maschi-	0,00
• Abwassersammlungsanlagen	1.969.171,00
• Spezialfahrzeuge	184.259,00
• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00
• Anlagen im Bau	<u>- 2.187.114,00</u>
Summe Umbuchungen	<u>0,00</u>

Abgang 2016

• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
• Grundstücke	0,00
• Technische Anlagen und Maschi-	0,00
• Abwassersammlungsanlagen	0,00
• Spezialfahrzeuge	- 32.905,00
• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	- 119.715,00
• Anlagen im Bau	- 71.934,00
Summe Abgänge	<u>- 224.554,00</u>

Buchwert vor Abschreibungen 2016

93.489.008,00

Abschreibungen 2016

- 3.476.175,00

Abschreibungen Abgang 2016

152.493,00

Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 31.12.2016

90.165.326,00

Im Wirtschaftsjahr 2017 sind Investitionen in Höhe von 11.425 T€ geplant.

II.2.3 Vermögenlage

a) Eigenkapital

Ermittlung der Eigenkapitalquote:

Bilanzsumme 31.12.2016	92.206.444,58 €
Stammkapital	600.000,00 €
Allgemeine Rücklage	5.536.495,46 €
abzgl. Verlustvortrag	0,00 €
Bilanzgewinn Drittbereich	180.980,54 €
Zweckgebundene Rücklagen	1.467.098,75 €
Kanalanschlussbeiträge	3.213.387,43 €
Investitionszuschüsse	10.287.427,00 €

wirtschaftliches Eigenkapital ¹ 21.285.389,18 €

¹nach Gewinnabführung in Höhe von 1.725,7 T€

Eigenkapitalquote somit 23,1 v. H.

Jahresbezogen konnte die Liquidität im Wirtschaftsjahr 2016 durch die Inanspruchnahme von Kassenkrediten der Kreisstadt Unna jederzeit sicher gestellt werden. An 5 Tagen wurden Kassenkredite der Kreisstadt Unna in Anspruch genommen, während an 361 Tagen Kassenkredite an die Kreisstadt Unna gewährt wurden.

Es wurden im abgelaufenen Wirtschaftsjahr keine Kredite aufgenommen. Damit betragen die gesamten Darlehensverbindlichkeiten (ohne Zinsabgrenzung) per 31.12.2016 53.764 T€. Der Schuldenstand hat sich damit gegenüber dem 31.12.2015 (56.779 T€) um 3.015 T€ vermindert, während er sich gegenüber dem 31.12.2014 (51.226 T€) um 2.538 T€, gegenüber dem 31.12.2013 (49.207 T€) um 4.557 T€ und gegenüber dem 31.12.2012 (51.910 T€) um 1.854 T€ erhöhte. Gegenüber dem 31.12.2011 (54.645 T€) verringerte sich der Schuldenstand um 881 T€, gegenüber dem 31.12.2010 (57.490 T€) um 3.726 T€, gegenüber dem 31.12.2009 (59.094 T€) um 5.330 T€ und gegenüber dem 31.12.2008 (61.725 T€) um 7.961 T€.

b) Rücklagen/Rückstellungen/Gebührenausschleissverbindlichkeiten

Die Bestände haben sich seit 2008 wie folgt entwickelt:

Abwasserwirtschaft	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2008	89.067,41 €	371.259,17 €	
planmäßiger Verbrauch 2009	0,00 €	- 26.131,00 €	
Zuführung 2009	0,00 €	+ 14.132,24 €	
Stand 31.12.2009	89.067,41 €	359.260,41 €	
planmäßiger Verbrauch 2010	0,00 €	- 172.564,00 €	
Zuführung 2010	0,00 €	+ 361.349,38 €	
Stand 31.12.2010	89.067,41 €	548.045,79 €	
Umbuchung	0,00 €	- 548.045,79 €	+ 548.045,79 €
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €	0,00 €	- 172.565,00 €
Zuführung 2011	0,00 €	0,00 €	+ 772.741,93 €
Stand 31.12.2011	89.067,41 €	0,00 €	1.148.222,72 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €	0,00 €	- 187.740,00 €
Zuführung 2012	0,00 €	0,00 €	+ 222.229,14 €
Stand 31.12.2012	89.067,41 €	0,00 €	1.182.711,86 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	- 320.160,00 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 388.364,13 €
Stand 31.12.2013	89.067,41 €	0,00 €	1.250.915,99 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	- 320.160,00 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	+ 426.767,32 €
Stand 31.12.2014	89.067,41 €	0,00 €	1.357.523,31 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	- 320.816,00 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 134.379,26 €
Stand 31.12.2015	89.067,41 €	0,00 €	1.171.086,57 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 320.759,44 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 741.546,26 €
Stand 31.12.2016	89.067,41 €	0,00 €	1.591.873,39 €

Abfallwirtschaft	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2008	180.997,76 €	421.614,83 €	
planmäßiger Verbrauch 2009	0,00 €	- 350.000,00 €	
Zuführung 2009	0,00 €	0,00 €	
Stand 31.12.2009	180.997,76 €	71.614,83 €	
planmäßiger Verbrauch 2010	0,00 €	- 71.614,83 €	
Zuführung 2010	0,00 €	+ 3.627,64 €	
Stand 31.12.2010	180.997,76 €	3.627,64 €	
Umbuchung	0,00 €	- 3.627,64 €	+ 3.627,64 €
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2011	0,00 €	0,00 €	+ 40.347,40 €
Stand 31.12.2011	180.997,76 €	0,00 €	43.975,04 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2012	0,00 €	0,00 €	+ 40.253,16 €
Stand 31.12.2012	180.997,76 €	0,00 €	84.228,20 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	- 43.975,04 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 583.962,63 €
Stand 31.12.2013	180.997,76 €	0,00 €	624.215,79 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	- 19.927,37 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	+ 36.867,78 €
Stand 31.12.2014	180.997,76 €	0,00 €	641.156,20 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	- 20.325,79 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 275.872,67 €
Stand 31.12.2015	180.997,76 €	0,00 €	896.703,08 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 290.000,00 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 605.131,68 €
Stand 31.12.2016	180.997,76 €	0,00 €	1.211.834,76 €

Straßenreinigung	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2008	0,00 €	0,00 €	
planmäßiger Verbrauch 2009	0,00 €	0,00 €	
Zuführung 2009	0,00 €	0,00 €	
Stand 31.12.2009	0,00 €	0,00 €	
planmäßiger Verbrauch 2010	0,00 €	0,00 €	
Zuführung 2010	0,00 €	0,00 €	
Stand 31.12.2010	0,00 €	0,00 €	
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stand 31.12.2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2012	0,00 €	0,00 €	+ 50.203,58 €
Stand 31.12.2012	0,00 €	0,00 €	50.203,58 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 116.326,47 €
Stand 31.12.2013	0,00 €	0,00 €	166.530,05 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	- 17.045,00 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	+ 34.856,49 €
Stand 31.12.2014	0,00 €	0,00 €	184.341,54 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	- 16.579,00 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 159.787,33 €
Stand 31.12.2015	0,00 €	0,00 €	327.549,87 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 66.453,02 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 148.021,80 €
Stand 31.12.2016	0,00 €	0,00 €	409.118,65 €

Friedhofswesen	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 257.066,13 €
Stand 31.12.2013	0,00 €	0,00 €	257.066,13 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	- 51.693,61 €
Stand 31.12.2014	0,00 €	0,00 €	205.372,52 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 135.219,13 €
Stand 31.12.2015	0,00 €	0,00 €	340.591,65 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	102.686,26 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 129.568,00 €
Stand 31.12.2016	0,00 €	0,00 €	367.473,39 €

Winterdienst	Sonderrücklage
Stand 31.12.2010	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €
Zuführung 2011	+ 52.817,24 €
Stand 31.12.2011	52.817,24 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €
Zuführung 2012	+ 265.616,07 €
Stand 31.12.2012	318.433,31 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €
Zuführung 2013	+ 30.322,58 €
Stand 31.12.2013	348.755,89 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €
Zuführung 2014	+ 66.724,07 €
Stand 31.12.2014	415.479,96 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €
Zuführung 2015	+ 138.957,15 €
Stand 31.12.2015	554.437,11 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €
Zuführung 2016	+ 87.468,42 €
Stand 31.12.2016	641.905,53 €

Ententeich Bornekamp	Sonderrücklage
Stand 31.12.2015	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €
Zuführung 2016	+ 400.000,00 €
Stand 31.12.2016	400.000,00 €

Teich HRB Bornekamp II	Sonderrücklage
Stand 31.12.2015	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €
Zuführung 2016	+ 155.128,05 €
Stand 31.12.2016	155.128,05 €

Bei den Gebühren-Rücklagen handelt es sich um die satzungsmäßigen Rücklagen für die Bereiche Abwasser- und Abfallwirtschaft sowie Straßenreinigung, die vor dem 01. Januar 1999 gebildet wurden.

In den Rückstellungen Gebühren wurden in den Vorjahren Rückstellungen für die Vorwegnahme zukünftiger Mindererlöse in den Gebührenbereichen ausgewiesen. Aufgrund einer Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer sind diese Rückstellungen im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ auszuweisen. Die Bestände der Rückstellung Abwasser in Höhe von 548.045,79 € und Abfall in Höhe von 3.627,64 € wurden daher im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 in den Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ umgebucht und werden seitdem dort nachgewiesen.

In der Sparte Abwasserwirtschaft ergab sich – unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 320.759,44 € – eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 741.546,26 €, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abwasser zugeführt wurde. Zum

31. Dezember 2016 beläuft sich die Gebührenaussgleichsverbindlichkeit Abwasser auf insgesamt 1.591.873,39 €.

In der Sparte Abfallwirtschaft ergab sich – unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 290.000,00 € – eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 605.131,68 €, die der Gebührenaussgleichsverbindlichkeit Abfall zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2016 beläuft sich die Gebührenaussgleichsverbindlichkeit Abfall auf insgesamt 1.211.834,76 €.

In der Sparte Straßenreinigung ergab sich – unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 66.453,02 € – eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 148.021,80 €, die der Gebührenaussgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2016 beläuft sich die Gebührenaussgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung auf insgesamt 409.118,65 €.

In der Sparte Friedhofswesen ergab sich – unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 102.686,26 € – eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 129.568,00 €, die der Gebührenaussgleichsverbindlichkeit Friedhofswesen zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2016 beläuft sich die Gebührenaussgleichsverbindlichkeit Friedhofswesen auf insgesamt 367.473,39 €.

Der gebührenrechtliche Abschluss 2011 im Bereich Winterdienst wies eine Überdeckung in Höhe von 52.817,24 € aus. Aufgrund der Beschlüsse des Rates der Kreisstadt Unna vom 10. November 2011, die Finanzierung des Winterdienstes ab dem Wirtschaftsjahr 2012 von einer Gebührenfinanzierung auf eine Grundsteuerfinanzierung umzustellen (Vorlage Nr. 0381/11 und Vorlage Nr. 0381/11E1) konnte dieser Überschuss nicht mehr der Gebührenaussgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung zugeführt werden. Der Überschuss in Höhe von 52.817,24 € wurde daher zweckgebunden in die Sonderrücklage Risikovorsorge Winterdienst eingestellt.

Aufgrund deutlich erhöhter Aufwendungen für den Winterdienst im Wirtschaftsjahr 2010 hatte sich im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 trotz der Auflösung einer 2007 gebildeten Winterdienstrückstellung eine Unterdeckung in Höhe von 290.834,02 € ergeben.

Im Rahmen der Umstellung der Finanzierung des Winterdienstes auf eine Grundsteuerfinanzierung im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2012 wurde diese Unterdeckung in die Kalkulation einbezogen und sollte durch eine jeweils hälftige Berücksichtigung in den Wirtschaftsjahren 2012 und 2013 abgebaut werden; darüber hinaus hatte sich der Rat der Kreisstadt Unna seinerzeit dafür ausgesprochen, eine Risikovorsorge für zukünftige Starkwinter anzusparen.

In der Sparte Winterdienst ergab sich im Jahresabschluss 2016 eine Überdeckung in Höhe von 87.468,42 €, die zweckgebunden in die Sonderrücklage Winterdienst eingestellt werden soll. Zum 31. Dezember 2016 beläuft sich die Sonderrücklage Winterdienst auf insgesamt 641.905,53 €.

Wie bereits unter Punkt II.1.1 Allgemeines zur Erfolgsrechnung ausgeführt, schlägt die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vor, wegen der bestehenden besonderen Problematiken des Ententeiches im Bornekamp (Undichtigkeiten, Verschlammung, Teich im Hauptschluss, Änderung der Rechtslage) und des Teiches des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II (Verschlammung), für die Sanierung des Ententeiches im Bornekamp

400 T€ und als Ansparung für die Entschlammung des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II 155 T€ in Sonderrücklagen einzustellen.

Nach der Einstellung belaufen sich die Bestände zum 31.12.2016 bei der Sonderrücklage Ententeich Bornekamp auf 400.000,00 € und bei der Sonderrücklage Teich Hochwasserrückhaltebecken (HRB) Bornekamp II auf 155.128,05 €.

II.3 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

II.3.1 Kennzahlen

	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2016</u>	<u>Veränderung</u>
<u>Anlagevermögen</u>				
Gesamtvermögen				
Anlagenintensität in %	97,9 %	94,2 %	97,8 %	+ 3,6%-Punkte
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
Gesamtkapital				
Eigenkapitalquote in %	17,6 %	21,3 %	23,1 %	+ 1,8%-Punkte
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital und Lang- und Mittelfristiges Fremdkapital</u>				
Anlagevermögen				
Anlagendeckungsgrad II in %	88,1 %	92,9 %	90,1 %	- 2,8%-Punkte
<u>Liquidität zum Bilanzstichtag</u>	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2016</u>	<u>Veränderung</u>
	T€	T€	T€	T€
Kurzfristige Fremdkapital	- 11.287	- 11.730	- 10.982	- 748
Liquide Mittel I. und II. Ordnung	1.589	5.304	1.916	- 3.388
Unterdeckung (-)/Überdeckung I	- 9.698	- 6.426	- 9.066	- 2.640
Liquide Mittel III. Ordnung	60	76	78	+2
Unterdeckung (-)/Überdeckung II	- 9.638	- 6.350	- 8.988	+ 2.638

II.3.2 Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein

Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung in allen Sparten stehen Verantwortung und Nachhaltigkeit gegenüber den Kundinnen und Kunden, den Bürgerinnen und Bürgern, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Umweltschutz im Mittelpunkt unseres Handelns.

Wichtige Stichwörter in diesem Zusammenhang sind Kundenzufriedenheit, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsschutz (Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), Weiterbildung und Qualifizierung sowie das Qualitäts- und Umweltmanagement im Bereich Abwasserwirtschaft.

Die Stadtbetriebe Unna sind seit 2003 im Bereich Abwasserwirtschaft nach der Qualitätsmanagement-Norm DIN EN ISO 9001 sowie der Umweltmanagement-Norm DIN EN ISO 14001 zertifiziert.

Die Qualitätsmanagement-Zertifizierung dient

- der nachhaltigen Qualitätssicherung
- dem Aufspüren von Verbesserungs- und Einsparungspotenzialen
- der höheren Zufriedenheit von Kundinnen und Kunden sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- der Risikominimierung
- der höheren Wirtschaftlichkeit durch Prozessverbesserung
- der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie
- der Erfüllung spezifischer Kundenanforderungen.

Eine Umweltmanagement-Zertifizierung dient

- der Reduzierung von Emissionen
- dem gezielten und sparsamen Umgang mit Ressourcen
- der Verringerung von Umweltauswirkungen
- der Verbesserung der Rechtssicherheit
- der Sicherung der Erfüllung der Anforderungen von Kundinnen und Kunden und Behörden
- der Förderung des umweltbewussten Verhaltens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- dem Erreichen selbst gesetzter Umweltziele
- der kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistungen
- dem frühzeitigen Erkennen von Fehlerquellen und deren Beseitigung
- der Verbesserung des Images bei Kundinnen und Kunden und in der Öffentlichkeit.

Die aktuelle Zertifizierung basiert auf der DIN EN ISO 9001, Stand 2008 bzw. der DIN EN ISO 14001, Stand 2008.

Die Internationale Organisation für Normung (ISO - International Organization for Standardization, Genf) hat im September 2015 die aktuelle Version der ISO 9001 und der ISO 14001 veröffentlicht. Sie sind das Resultat einer dreijährigen Revision von Experten und Beobachtern aus 95 bzw. 63 Ländern. Dabei wurden die Normen inhaltlich überarbeitet und den weltweiten gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst.

Eine bedeutende Änderung der DIN EN ISO 9001, Stand 2015 ist die Stärkung des risikobasierten Ansatzes. So fordert die Norm, dass die Organisation auf Basis der Untersuchung ihres Kontexts, also ihres internen und externen Umfelds, Risiken und Chancen bestimmt und entsprechende Maßnahmen plant. Der risikobasierte Ansatz zieht sich jetzt durch das gesamte Dokument.

In der neuen DIN EN ISO 14001, Stand 2015 kommt im Vergleich zur Vorgängerversion dem Umweltmanagement innerhalb eines Unternehmens eine höhere Bedeutung zu. So werden Organisationen jetzt aufgefordert, den Kontext der Organisation und das darin befindliche Umweltmanagementsystem strategisch zu betrachten und zu verstehen. Dabei richtet sich der Blick nicht nur auf die Organisation selbst, sondern geht über deren Grenzen hinaus: zum Beispiel durch die Einbeziehung der Kunden, der Mitarbeiter, der Lieferanten, Kooperationspartner und Kostenträger.

Darüber hinaus wird die Rolle der Führungskräfte eines Unternehmens stärker betont, ebenso wie pro-aktive Initiativen zum Schutz der Umwelt, zum Beispiel durch den Einsatz nach-

haltiger Ressourcen und die Vermeidung von Klimarisiken. Die revidierte Norm hebt zudem die Bedeutung effektiver Kommunikation hervor und die Betrachtung der Lebenszyklen eines Produktes, von der Entwicklung über die Produktion bis zur Wiederverwertung oder endgültigen Entsorgung.

Unternehmen oder Organisationen, die nach DIN EN ISO 9001, Stand 2008 bzw. DIN EN ISO 14001, Stand 2008 zertifiziert sind, haben jetzt drei Jahre Zeit, sich nach der aktuellen Version der Norm zertifizieren zu lassen. Das Internationale Akkreditierungsforum (IAF) hat wie auch bei der Fassung aus dem Jahr 2008 eine dreijährige Übergangsfrist beschlossen. Damit verlieren bestehende Zertifikate spätestens im September 2018 ihre Gültigkeit.

Die Stadtbetriebe Unna haben sich dafür entschieden, sich nach den neuen Normen zertifizieren zu lassen und eine entsprechende Anpassung der Regelwerke und Arbeitsweisen durchzuführen.

III. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) wird als Erweiterung im Rahmen der Jahresabschlussprüfung vorgenommen. Dabei wird der vom IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.) nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichte IDW PS 720 - Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG - beachtet. Die erforderlichen Feststellungen werden im Prüfungsbericht dargestellt.

Die Prüfung hat keine Feststellungen oder Besonderheiten ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung waren.

IV. Risikomanagement

Gemäß § 10, I Eigenbetriebsverordnung NRW ist für die dauernde technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu sorgen. Hierzu ist u. a. ein Überwachungssystem einzurichten, das es ermöglicht, etwaige bestandsgefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Risikofrüherkennung gehören insbesondere

- die Risikoidentifikation,
- die Risikobewertung,
- Maßnahmen der Risikobewältigung einschließlich der Risikokommunikation,
- die Risikoüberwachung / Risikofortschreibung und
- die Dokumentation.

Die Kommunalagentur NRW (bis 2012: Kommunal- und Abwasserberatung NRW) hatte im Auftrag der Stadtbetriebe Unna eine Risikobewertung durchgeführt. Hierbei hatten sich keine wesentlichen entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken und keine konkreten bestandsgefährdenden Risiken für die Stadtbetriebe Unna ergeben.

Die Stadtbetriebe Unna haben zu diesem Thema in der Sitzung des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 06. Dezember 2010 umfassend berichtet (siehe Vorlage-Nr. 0057/10).

Durch das Risikomanagement soll sichergestellt werden, dass Risiken umfassend und zeitnah erkannt und somit frühzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikominimierung eingeleitet werden können. Ziel ist dabei nicht die Vermeidung aller potenziellen Risiken, sondern der be-

wusste und verantwortungsvolle Umgang mit denselben aufgrund einer umfassenden Kenntnis der Risiken und der zugrunde liegenden Risikozusammenhänge.

Die Fortschreibungen der Risikobewertung 2011, 2012, 2013, 2014, 2015 und 2016 bestätigen die seinerzeit getroffenen Feststellungen.

Im Jahr 2013 wurden in Folge des Defektes des Festplattenverbundes im Datenverarbeitungssystem der Stadtbetriebe Unna und dem damit verbundenen Datenverlust im Buchungssystem KIRP im Zeitraum Dezember 2012 bis Anfang Mai 2013 umfangreiche Untersuchungen wesentlicher Teile des gesamten IT-Systems durch ein externes Fachunternehmen durchgeführt. Auf Grundlage des im August 2013 vorgelegten Untersuchungsberichts wurde ein nach Prioritäten gestuftes Maßnahmenpapier erarbeitet, wodurch das gesamte IT-System sukzessive optimiert wurde. Die letzten Maßnahmen wurden im Wirtschaftsjahr 2016 umgesetzt.

Im Oktober 2015 wurde bei Luftmessungen festgestellt, dass einige Räumlichkeiten der Stadtbetriebe Unna mit Aluminiumsilikatfasern belastet sind. Diese Belastung kam durch den unsachgemäßen Umgang mit Aluminiumsilikatfasern in den angrenzenden Betrieben und Undichtigkeiten in den Gebäuden zustande. Bei Aluminiumsilikatfasern handelt es sich um Fasern, die bezüglich ihrer gesundheitlichen Gefährdung zwischen Asbestfasern und künstlichen Mineralfasern (KMF-Fasern) einzustufen sind. Aluminiumsilikatfasern wurden nach der Richtlinie 67/548/EWG der europäischen Gemeinschaft als karzinogen der Kategorie 2 klassifiziert: „Stoffe, die anzusehen sind, als wären sie für Menschen karzinogen“. Dies wurde durch die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (IARC) bestätigt. Die Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) 558 – Tätigkeiten mit Hochtemperaturwolle – definieren Faserstäube, die bei Tätigkeiten mit Aluminiumsilikatwollen freigesetzt werden als Faserstäube mit krebserzeugendem Wirkprinzip.

Die Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) geben den Stand der Technik, Arbeitsmedizin und Arbeitshygiene sowie sonstige gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, einschließlich deren Einstufung und Kennzeichnung, wieder.

Sie werden vom **Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS)** ermittelt bzw. angepasst und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales nach § 21 Abs. 4 der Gefahrstoffverordnung im Gemeinsamen Ministerialblatt bekannt gegeben.

Aufgrund der festgestellten Belastungen wurden einige Räumlichkeiten entmietet und die verbleibenden Räumlichkeiten einer Feinreinigung unterzogen, bei der die angefallenen keramikfaserhaltigen Stäube entfernt wurden. Nach Abschluss der Reinigungsmaßnahme wurden sämtliche Räume mit Raumluftmessungen auf ihre Belastungen beprobt; dabei wurden keine Keramikfasern mehr nachgewiesen.

Im März 2017 wurden Kontrollmessungen durchgeführt, die nach Nachreinigung eines Raumes aufgrund einer minimalen Belastung, keine Keramikfasern nachwiesen.

Um für die Zukunft eine Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Besucherinnen und Besucher auszuschließen, enthält der Vermögensplan 2017 einen Planungskostenansatz in Höhe von 140 T€, um eine alternative Unterbringung auf dem Betriebsgelände planen zu können.

Mittlerweile wurde ein Architekt mit der Grundlagenermittlung, der Vorplanung, der Entwurfsplanung und einer Kostenschätzung für die Verlagerung der Verwaltung auf das Betriebsgelände beauftragt; die ersten Ergebnisse sollen dem Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna in seiner Sitzung am 05. Juli 2017 vorgestellt werden.

Für die Zukunft sind die Risiko- und Gefährdungspotentiale weiterhin regelmäßig zu überprüfen und an sich ergebende aktuelle Notwendigkeiten anzupassen.

Die Chancen, die sich für den Betrieb im Hinblick auf die Eröffnung und Positionierung zu neuen Geschäftsfeldern ergeben könnten, werden seitens der Betriebsleitung in einem kontinuierlichen Prozess unterjährig überprüft.

V. Prognosebericht

V.1 Ausblick auf das Geschäftsjahr 2017

Als rechtlich unselbstständiges Sondervermögen der Kreisstadt Unna sind die Stadtbetriebe Unna nicht insolvenzgefährdet.

Die am 17. Dezember 2009 beschlossene Haushaltssatzung 2010 der Kreisstadt Unna ging seinerzeit davon aus, dass ausgehend von einem Höchstbetrag der Verlustabdeckung in Höhe von 800 T€ für 2009 durch Betriebsoptimierungen (z. B. in der Grünpflege oder im Friedhofswesen) durch die Stadtbetriebe Unna perspektivisch weitere Verbesserungen in Höhe von 400 T€ erzielt werden könnten. Die konkrete Umsetzung der Haushaltssicherungsbeiträge sei in den Wirtschaftsplänen der Stadtbetriebe Unna darzustellen.

Die Höchstbeträge der Verlustabdeckungen sollten sich in den folgenden Jahren wie folgt entwickeln:

	2010	2011	2012	2013	2014
Verlustabdeckung	750 T€	700 T€	600 T€	500 T€	400 T€

Die am 16. Dezember 2010 beschlossenen Haushaltssatzungen 2011 / 2012 der Kreisstadt Unna schrieben diese Zahlen bis 2015 unverändert fort:

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Verlustabdeckung	750 T€	700 T€	600 T€	500 T€	400 T€	400 T€

Der Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2013 bis 2020 ging davon aus, dass bei den Stadtbetrieben Unna durch Veränderung der bilanziellen Abschreibungen kurzfristig weitere 400 T€ an Verbesserungen erzielt werden könnten.

Damit veränderten sich die Höchstbeträge für Verlustabdeckungen gegenüber der bisherigen Planung wie folgt:

	2013	2014	2015	2016	2017	2018ff.
Verlustabdeckung alt	500 T€	400 T€	400 T€			
Verlustabdeckung neu	100 T€	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€

Der am 29. November 2012 beschlossene Haushaltsplan 2013/2014 der Kreisstadt Unna legte für das Wirtschaftsjahr 2013 eine Obergrenze der Verlustabdeckung der Stadtbetriebe Unna in Höhe von 50 T€ und für das Wirtschaftsjahr 2014 eine Obergrenze der Verlustabdeckung der Stadtbetriebe Unna in Höhe von 0 T€ fest.

Damit veränderten sich die Höchstbeträge für Verlustabdeckungen gegenüber der bisherigen Planung wie folgt:

	2013	2014	2015	2016	2017	2018ff.
Verlustabdeckung alt	500 T€	400 T€	400 T€			
Verlustabdeckung neu	50 T€	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 27. November 2014 beschlossen wurde, ging davon aus, dass unter Berücksichtigung der bisherigen Erfolgsplanungen sowie der in der Vergangenheit erzielten Verbesserungen in den Jahren 2015 und 2016 von einer gemittelten Ergebnisabführung in Höhe von 600 T€ ausgegangen werden könne.

Die Produktpalette der Stadtbetriebe Unna sei breit und gut aufgestellt. Angesichts der in den einzelnen Teilsegmenten zu erbringenden Leistungen stelle sich die Frage nach Wettbewerbsvorteilen durch Größenwachstum. Im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit könnten sich durch größere Verbünde Vorteile ergeben, die es auszuloten gelte. Darüber hinaus seien die künftigen Investitionsnotwendigkeiten im Gebäudebereich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu wägen. In Analogie der Rückführung von Teilen der Straßenverwaltung in den Kernbereich der Verwaltung könne geprüft werden, ob nicht auch andere Bereiche der heutigen Auftragsverwaltung in den Kernhaushalt zurückgeführt werden könnten.

Es werde damit gerechnet, dass personelle und sachliche Synergien – vor allem in der Binnenstruktur – gehoben werden könnten, z. B. geringere Prüfungsgebühren, Ersparnisse in der Verwaltung oder in der räumlichen Unterbringung.

Zunächst sollten im Jahr 2015 Untersuchungsaufträge erteilt werden, mit deren Ergebnissen 2016 zu rechnen sei. Auf der Basis einer anschließenden Beschlussfassung im Rat könnten im Anschluss die daraus resultierenden praktischen Prozesse angestoßen werden. Aus der Umsetzung werde ab 2017 mit Verbesserungen gerechnet, die eine Stabilisierung der veranschlagten Ergebnisabführung von 600 T€ ermöglichen.

Darüber hinaus sollten durch eine Neubewertung des Anlagevermögens und eine Anpassung der handelsrechtlichen Abschreibungssätze an die gebührenrechtlichen Sätze ab 2017 weitere Verbesserungen von jährlich 400 T€ erzielt werden können.

Damit ergaben sich für die Jahre 2015 bis 2020 nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ergebnisabführung	600 T€	600 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€

Der am 17. Dezember 2015 vom Rat der Kreisstadt Unna beschlossene Nachtragsplan zum Doppelhaushalt 2015 / 2016 (Vorlage Nr. 0430/15/3) mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2015 – 2020 ging in seinem Haushaltssicherungsvorschlag 1 davon aus, dass aufgrund der Ausweisung eines Gewinns von rd. 954 T€ im testierten Jahresergebnis der Stadtbetriebe Unna für das Jahr 2013 und der Ausweisung eines Gewinns von über 1.600 T€ im Entwurf des vorliegenden Jahresabschlusses 2014 es durchaus realistisch sei, mit einer dauerhaften Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ pro Jahr zu rechnen.

Damit ergaben sich gemäß den Veranschlagungen des Nachtrags 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020 nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ergebnisabführung alt	600 T€	600 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€
Ergebnisabführung neu	1.580 T€	1.200 T€				

Dabei ist folgende Veränderung zu beachten: Bis einschließlich der Veranschlagung im Ursprungs-Haushaltsplan 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna bezog sich die veranschlagte Ergebnisabführung der Stadtbetriebe Unna des jeweiligen Haushaltsjahres auf das gleichlaufende Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Mit dem 1. Nachtrags-Haushaltsplan 2015 / 2016 wurde dieser Gleichklang aufgegeben.

Die Veranschlagung im Haushaltsjahr 2015 der Kreisstadt Unna bezieht sich auf die Ergebnisabführungen der Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 der Stadtbetriebe Unna und ab dem Haushaltsjahr 2016 der Kreisstadt Unna jeweils auf das vorangegangene Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Damit erhöhten sich die Ergebnisabführungen für das Wirtschaftsjahr 2015 und für das Wirtschaftsjahr 2016 der Stadtbetriebe Unna gegenüber den Festsetzungen im Ursprungshaushalt 2015 / 2016 von 600 T€ auf 1.200 T€.

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2017 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 01. Dezember 2016 beschlossen wurde, ging davon aus, dass unter Berücksichtigung der bisherigen Erfolgsplanungen sowie der in der Vergangenheit erzielten Verbesserungen in den Jahren 2015 und 2016 von einer gemittelten Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ ausgegangen werden kann.

Damit ergaben sich für die Wirtschaftsplanjahre 2016 bis 2021 der Stadtbetriebe Unna nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Ergebnisabführung	1.200 T€					

Der Wirtschaftsplan 2017 wies einen Planüberschuss in Höhe von 1.229 T€ (davon Saldo Gewinn Originärer Bereich in Höhe von 4.344 T€ abzüglich Verlust Auftragsbereich in Höhe von 3.122 T€ in Höhe von 1.222 T€) aus und erfüllte damit die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für 2017.

Wesentliche Ursachen für die Zielerreichung in 2017 waren:

- Die Ausweitung des bilanziellen Überschusses im Bereich Abwasserwirtschaft auf 4.860 T€
- sowie die personalwirtschaftlichen Konsequenzen, die sich aus der Nicht-Verlängerung von Zeitverträgen und der Nicht-Besetzung von Stellen nach dem Eintritt der bisherigen Stelleninhaber in den Ruhestand ergeben.

Mittelfristig muss weiterhin davon ausgegangen werden, dass die Verluste im Bereich Hochwasserschutz in den kommenden Jahren deutlich ansteigen werden, da weitere Abschreibungen, Zinsen und Betriebskosten aufgrund von Anlagen, die in den kommenden Jahren durch die Stadtbetriebe Unna neu errichtet wurden bzw. werden (Hochwasserrückhaltebecken Bimberghof und Hochwasserrückhaltebecken Massener Heide) zusätzlich zu berücksichtigen sein werden.

Der Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Bimberghof, dessen Baukosten in den Jahren 2013 bis 2017 des Vermögens- und Finanzplans veranschlagt waren bzw. sind, ist Ende April 2017 (nach der Trockenabnahme durch die Bezirksregierung Arnsberg) in Betrieb genommen worden; die endgültige Fertigstellung der Maßnahme wird mit den Ersatzpflanzungen im Herbst 2017 erfolgen.

Mit der Inbetriebnahme in 2017 fallen auch die entsprechenden Finanzierungs- und Betriebskosten an. Die Wirtschaftsplanung geht davon aus, dass für das neue Hochwasserrückhaltebecken zusätzliche Abschreibungen in Höhe von ca. 150 T€, zusätzliche Zinsen in Höhe von ca. 29 T€ und zusätzliche Betriebskosten in Höhe von ca. 80 T€ anfallen werden, denen zusätzliche sonstige betriebliche Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen bzw. Kostenbeteiligungen in Höhe von ca. 101 T€ gegenüberstehen, so dass sich eine Mehrbelastung in Höhe von ca. 158 T€ durch das neue Hochwasserrückhaltebecken ergeben wird. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2016 bedeutet dies eine Erhöhung der Unterdeckung um 81 T€ auf nunmehr 333 T€; einschließlich von Sondermaßnahmen wird eine planmäßige Unterdeckung in Höhe von 338 T€ ausgewiesen.

Hinzu kommen jährlich steigende Belastungen aus der Zahlungsübernahme für die Kreisstadt Unna für die Niederschlagswassergebühren Straßen. Der Rückgang in 2014, der auf den Wegfall der Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten der Landes- und Kreisstraßen zurückzuführen war, konnte in dieser Form nicht fortgeschrieben werden; in den kommenden Jahren ist mit steigenden Zahlungsverpflichtungen aufgrund steigender Niederschlagswassergebühren zu rechnen.

Zurzeit kann von folgenden Ergebnissen ausgegangen werden:

	Plan 2017	Prognose 2017	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
	€	€	€	€
Abwasserwirtschaft	+ 4.860.000	+ 4.860.000	+ 4.663.559,88	+ 4.442.995,72
Abfallwirtschaft	+ 18.000	+ 18.000	+ 107.047,25	+ 69.784,13
Straßenreinigung	+ 15.000	+ 15.000	+ 55.245,43	+ 87.160,15
Städtische Friedhöfe	- 83.000	- 83.000	+ 17.763,47	- 85.487,03
Gewässerunterhaltung	- 128.000	- 105.000	- 66.912,50	- 75.407,96
Hochwasserschutz	- 338.000	- 326.000	- 137.298,42	- 126.722,78
Summe Originärer Bereich	+ 4.344.000	+ 4.379.000	+ 4.639.405,11	+ 4.312.322,23
Straßenunterhaltung	+ 0	+ 0	+ 231.598,66	+ 3.102,72
Anteile Kreisstadt Unna	- 3.009.200	- 3.009.200	- 2.813.993,59	- 2.707.196,47
Grünflächenpflege	+ 0	+ 0	+ 294.098,72	+ 49.552,58
Anteil Kreisstadt Unna	- 112.800	- 112.800	- 111.652,69	- 112.524,36
Winterdienst	+ 0	+ 0	+ 0,00	+ 0,00
Sonstige Auftragsleistungen	+ 0	+ 10.000	+ 41.369,22	+ 61.257,64
Summe Auftragsbereich	- 3.122.000	- 3.112.000	- 2.358.579,68	- 2.705.807,89
Gewinn (+) / Verlust (-)	+ 1.222.000	+ 1.267.000	+ 2.280.528,43	+ 1.606.514,34
Duale Systeme	+ 5.000	+ 5.000	+ 8.407,81	- 66.485,28
Grabpflege	+ 1.000	+ 1.000	+ 8.281,37	+ 1.573,91
Sonstige Drittleistungen	+ 1.000	+ 500	+ 484,44	+ 2.061,33
Summe Drittbereich	+ 7.000	+ 6.500	+ 17.173,62	- 62.850,04
Gesamtergebnis	+ 1.229.000	+ 1.273.500	+ 2.297.999,05	+ 1.543.664,30

Die Gebührenkalkulation 2017 im Bereich **Abwasserwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Aufgrund des erfolgreichen Antrages von StraßenNRW, die Veranlagung für die gebührenpflichtigen Straßenflächen Landesstraßen mit dem Gebührensatz für Lippeverbandsmitglieder und nicht mit dem Normalgebührensatz durchzuführen, ergeben sich für das Wirtschaftsjahr 2017 voraussichtlich Gebührenmindereinnahmen in Höhe von ca. 50 T€. Die übrigen Erlöspositionen bewegen sich im Rahmen der Planung, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Gebührenmindererlöse durch entsprechende Minderausgaben kompensiert werden können und der Jahresabschluss des Gebührenhaushaltes ausgeglichen gestaltet werden kann.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2017 beläuft sich auf 4.860 T€ und kann voraussichtlich erreicht werden.

Die Gebührenkalkulation 2017 im Bereich **Abfallwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€. Nach den derzeit vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass eine 100%ige Kostendeckung erreicht werden kann.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2017 beläuft sich auf 18 T€ und wird voraussichtlich erreicht werden können.

Die Gebührenkalkulation 2017 im Bereich **Straßenreinigung** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von

0 T€. Nach den derzeit vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass eine 100%ige Kostendeckung erreicht werden kann.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2017 beläuft sich auf 15 T€ und wird voraussichtlich erreicht werden können.

Die Gebührenkalkulation 2017 im Bereich **Friedhofswesen** berücksichtigte – ausgehend von den Ergebnissen der Vorjahre – eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H., einen grünpolitischen Anteil von 110 T€ und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Aufgrund der gegenüber der Planung bislang höheren Zahlen der Bestattungen, Graberwerke, Verlängerungen und Trauerfeiern könnte sich zum Jahresende eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 30 T€ bis 40 T€ ergeben, die im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 der Gebührenausgleichsverbindlichkeit zuzuführen wäre.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2017 beläuft sich auf – 83 T€ und ist stark davon abhängig, in welcher Höhe aus den vereinnahmten Erwerbsgebühren Friedhof Beträge im Rahmen der passiven Rechnungsabgrenzung für die Nutzungszeiten abgegrenzt werden müssen. Die jährlichen Abgrenzungsbeträge für die Jahre 2012 bis 2016 variieren zwischen 361 T€ und 486 T€. Für die Wirtschaftsplanung 2017 wurde eine passive Rechnungsabgrenzung in Höhe von 422 T€ zugrunde gelegt. Nach den zurzeit vorliegenden Daten kann weiterhin davon ausgegangen werden, dass das bilanzielle Planergebnis in Höhe von – 83 T€ erreicht werden wird.

Die Veranschlagung 2017 des Bereiches **Gewässerunterhaltung** enthält unter Berücksichtigung von Sondermaßnahmen in Höhe von 11 T€ ein Plandefizit in Höhe von 128 T€. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um ca. 23 T€ unterschritten werden.

Die Veranschlagung 2017 des Bereiches **Hochwasserschutz** enthält unter Berücksichtigung von Sondermaßnahmen in Höhe von 5 T€ sowie der Inbetriebnahme des Hochwasserrückhaltebeckens Bimberghof (HRB Bimberghof) zur Jahresmitte 2017 ein Plandefizit in Höhe von 338 T€.

Mit der Inbetriebnahme des HRB Bimberghof Mitte 2017 fallen auch die entsprechenden Finanzierungs- und Betriebskosten an. Die Wirtschaftsplanung ging seinerzeit davon aus, dass bei einer Inbetriebnahme Mitte 2017 zusätzliche Abschreibungen in Höhe von ca. 150 T€, zusätzliche Zinsen in Höhe von ca. 29 T€ und zusätzliche Betriebskosten in Höhe von ca. 80 T€ anfallen werden, denen zusätzliche sonstige betriebliche Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen bzw. Kostenbeteiligungen in Höhe von ca. 101 T€ gegenüberstehen, so dass sich eine Mehrbelastung in Höhe von ca. 158 T€ durch das neue Hochwasserrückhaltebecken ergeben wird. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2016 bedeutete dies eine Erhöhung der Unterdeckung um 81 T€ auf nunmehr 333 T€.

Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um ca. 12 T€ unterschritten werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2017 ist für den Bereich **Straßenunterhaltung (Unterhaltungsaufwand)** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 1.130,5 T€ sowie von zusätzlichen Entgelten in Höhe von 300 T€ zur Verbesserung des Erscheinungsbildes des Straßenbegleitgrüns ein ausgeglichenes Planergebnis ausgewiesen.

Nach den zurzeit vorliegenden Daten kann davon ausgegangen werden, dass dieses Ziel auch für 2017 erreicht werden kann.

Der Wirtschaftsplan 2017 weist im Bereich **Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 3.009,2 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Niederschlagswassergebühren Straße in Höhe von 2.880,7 T€ (2.812,5 T€ Niederschlagswassergebühren zuzüglich 68,2 T€ Umlagen) und den kommunalen Anteil Straßenreinigung in Höhe von 128,5 T€ (126 T€ Anteil Straßenreinigung zuzüglich 2,5 T€ Umlagen).

Aufgrund der Veranlagung und Zahlung für 2017 ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht werden wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2017 ist für den **Grünbereich (Unterhaltungsaufwand)** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 877 T€ sowie von zusätzlichen Entgelten in Höhe von 50 T€ für die verbesserte Pflege der Spielplätze ein ausgeglichenes Planergebnis veranschlagt. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieses Ziel auch für 2017 erreicht werden kann.

Der Wirtschaftsplan 2017 weist für den **Grünbereich (Anteil Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 112,8 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Zahlungen des grünpolitischen Anteils für die Funktion des West- und Südfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlage in Höhe von 112,8 T€ (110 T€ grünpolitischer Anteil zuzüglich 2,8 T€ Umlagen). Es ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht werden wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2017 ist für den Bereich **Winterdienst** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 388 T€ ein ausgeglichenes Planergebnis veranschlagt. Da das Altdefizit aus dem Jahr 2010 in Höhe von 290 T€ in den Jahren 2012 und 2014 abgebaut werden konnte, konnte der Grundsteueranteil zur Finanzierung des Winterdienstes von 25 v. H.-Punkten zum 01.01.2015 auf 18 v. H.-Punkte zurückgeführt werden.

Aufgrund der bestehenden Sonderrücklage für den Winterdienst, die sich zum 31.12.2016 auf ca. 642 T€ beläuft, kann davon ausgegangen werden, dass das Planergebnis – auch bei einem Starkwinter in der zweiten Jahreshälfte 2017 – erreicht werden wird.

Der Bereich **Sonstige Auftragsleistungen** hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Ausgehend von einer Unterdeckung in 2007 von 4 T€ konnten in den Folgejahren Überdeckungen zwischen 16 T€ und 61 T€ (2015) erzielt werden. Für 2017 kann von einer Überdeckung von rund 10 T€ ausgegangen werden.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2017 wurde für den Bereich **Duale Systeme** eine Überdeckung in Höhe von 5 T€ eingeplant. Aufgrund der gegenüber den vergangenen Jahren positiveren Entwicklung der Papiererlöse kann davon ausgegangen werden, dass sich für 2017 eine Überdeckung von ca. 5 T€ ergeben wird.

Der Bereich **Grabpflege** hatte sich in den letzten Wirtschaftsjahren deutlich verschlechtert, was im Wesentlichen auf Mehrbelastungen im Rahmen der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Personal) zurückzuführen war. Seit dem 01. Januar 2009 werden keine neuen Dauergrabpflegeverträge abgeschlossen, die bestehenden Jahrespflegeverträge wurden zum 31.12.2008 gekündigt. Ziel war es, das Defizit gegenüber den Vorjahren deutlich zu reduzieren.

Die Unterdeckungen haben sich von 39 T€ in 2007, über 29 T€ in 2008, 14 T€ in 2009 auf 1 T€ in 2010 reduziert. Im Jahresabschluss 2011 konnte erstmals ein Überschuss in Höhe von 10 T€ ausgewiesen werden. Die Überschüsse belaufen sich im Jahresabschluss 2012 auf 8,4 T€, im Jahresabschluss 2013 auf 5,6 T€, im Jahresabschluss 2014 auf 3,5 T€, im Jahresabschluss 2015 auf 1,6 T€ und im Jahresabschluss 2016 auf 8,3 T€. Für das Wirtschaftsjahr 2017 muss davon ausgegangen werden, dass sich aufgrund der seit mehreren Jahren rückläufigen Verzinsung eine Überdeckung von maximal ca. 1 T€ ergeben wird.

Die Ergebnis-Entwicklung im Bereich **Sonstige Drittleistungen** ist in den letzten Jahren positiv verlaufen. Ausgehend von einer Unterdeckung von 6 T€ in 2007 haben sich für 2008 Überdeckungen von 10 T€, für 2009 von 17 T€, für 2010 von 7 T€, für 2011 von 9 T€, für 2012 von 9,8 T€, für 2013 von 5,4 T€, für 2014 von 6,6 T€, für 2015 von 2,1 T€ und für 2016 von 0,5 T€ ergeben. Für 2017 ist davon auszugehen, dass das Planergebnis in Höhe von 1 T€ nicht erreicht werden kann, es ist mit einer Verschlechterung von ca. 0,5 T€ zu kalkulieren.

Zusammenfassend kann damit zurzeit davon ausgegangen werden, dass der im Wirtschaftsplan 2017 veranschlagte Gewinn im Originären Bereich in Höhe von 4.344 T€ um 35 T€ überschritten werden wird. Im Auftragsbereich werden sich aller Voraussicht nach Verbesserungen gegenüber der Planung (- 3.122 T€) um 10 T€ auf - 3.112 T€ ergeben. Saldiert wird sich damit das Ergebnis 2017 voraussichtlich auf + 1.267 T€ (4.379 T€ Gewinn Originärer Bereich abzüglich Verlust Auftragsbereich 3.112 T€) belaufen, so dass damit das Ziel eines Gewinnabführung für 2017 in Höhe von 1.200 T€ erreicht werden kann.

Im Rahmen des Finanzcontrollings werden alle relevanten Aufgaben und Prozesse überprüft, um entsprechende Gegensteuerungen im Hinblick auf die Zielerreichung zu ermöglichen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind derzeit nicht zu erkennen.

V.2 Weitere Entwicklung der Stadtbetriebe

In den vergangenen Jahren wurden – um den finanziellen Vorgaben entsprechen zu können – freiwerdende Stellen nicht extern sondern intern besetzt. Diese internen Besetzungen erfolgten zu Lasten des Bereichs Grünflächenpflege, der damit personell ausgedünnt wurde. In einem ersten Schritt wurden 2015 dem Immobilienmanagement, dem SportServiceUnna und dem Bereich Schulen mitgeteilt, dass die Stadtbetriebe Unna ab dem Jahre 2016 aus personellen und organisatorischen Gründen nicht mehr in der Lage sind, Pflegemaßnahmen für diese Bereiche durchzuführen.

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 2016 wurden Teilleistungen der Grünflächenpflege für den Bereich Schulen bzw. den Bereich Immobilienmanagement ausgeschrieben bzw. fremdvergeben; die Leistungen für den Bereich SportServiceUnna verblieben in wesentlichen Teilen bei den Stadtbetrieben Unna.

Teilleistungen der Grünflächenpflege für die Bereiche Straßenbegleitgrün, Schulen und Immobilienmanagement wurden für die Wirtschaftsjahre 2017 und 2018 ebenfalls ausgeschrieben und fremdvergeben. Im Bereich Schulen werden in den Jahren 2017 und 2018 drei Objekte durch die Stadtbetriebe Unna, die übrigen Objekte durch Fremdfirmen gepflegt –; Ziel ist es, die Leistungen und Kosten der Stadtbetriebe Unna und der Fremdfirmen konkret miteinander vergleichen zu können, um Grundsatzentscheidungen über eine Eigenerledigung oder eine Fremderledigung von Grünflächenleistungen treffen zu können.

Unna, den 30. Mai 2017

gez. Frank Peters

Kaufmännischer Betriebsleiter

gez. Ferdinand Blex

Technischer Betriebsleiter

1.3 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@wirtschaftsbetriebe-unna.de Internet: www.wirtschaftsbetriebe-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 16.12.2010

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH ist als Holdinggesellschaft an verschiedenen Gesellschaften, wie der Stadtwerke Unna GmbH, der Logistikzentrum RuhrOst GmbH sowie der Gelsenwasser AG und der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG beteiligt.</p> <p>Die Gesellschaft ist operativ tätig auf den Gebieten der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungs- und des Fuhrparkmanagements sowie der Vermietung und Verpachtung.</p> <p>Zu den weiteren Tätigkeiten gehören die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs sowie der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen und die kleinräumige Wirtschaftsförderung.</p>

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	4.650.000,00
Gesamt	100,00	4.650.000,00

Beteiligungen der WBU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Stadtwerke Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	50,00	50.000,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	4,95	12.362,63
Gelsenwasser AG	0,003	3.000,00

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführung Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Karl-Gustav Mölle

Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	0,00 €	13.195,36 €	13.195,36 €
Von den 13.195,36 € hat Herr Mölle den ihm über 6.000,00 € hinaus zugeflossenen Betrag an die Kreisstadt Unna abgeführt.			

Aufsichtsrat			
Der Aufsicht besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Karl Römer	RM Peter Glowalla
2.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Djawad Tadayyon
3.	SPD	RM Hans-Jürgen Scheideler	RM Klaus Tibbe
4.	SPD	RM Brigitte Wass	RM Gudrun Friese-Kracht
5.	SPD	RM Wolfgang Ahlers	RM Heike Gutzmerow
6.	SPD	RM Bernd Dreisbusch	RM Susanne Herzog
7.	SPD	RM Volker König	RM Paul Raupach
8.	CDU	RM Frank-Holger Weber	RM Rainer Engel
9.	CDU	RM Gerhard Heckmann	RM Christa Gosing
10.	CDU	RM Gabriele Meyer	RM Rudolf Fröhlich
11.	CDU	RM Bernhard Albers	RM Erich Kreß
12.	CDU	RM Werner Clodt	RM Franz Rottinger
13.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Ines-Carola Nieders-Mollik
14.	GRÜNE	RM Michael Sacher	RM Karl Dittrich
15.	FLU	RM Klaus Göldner	RM Franz-Josef Klems
16.	FDP	RM Andreas Tracz	RM Martin Bick
17.	Fraktionslos	RM Christoph Tetzner	RM Silke Hähnel (LINKE)
18.		BM Werner Kolter	TBG Ralf Kampmann

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 07.07.2016	RM Karl Römer	NN
ab 07.07.2016	RM Karl Römer	RM Peter Glowalla

Vergütung des Aufsichtsrates

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2016 der WBU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 34.200,00 € aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:

RM Frank Holger Weber (Vorsitzender)	2.400,00 €
RM Bernd Dreibusch (stv. Vorsitzender)	2.100,00 €
RM Wolfgang Ahlers	1.500,00 €
RM Bernhard Albers	1.800,00 €
RM Werner Clodt	1.800,00 €
RM Klaus Göldner	1.650,00 €
RM Gerhard Heckmann	1.800,00 €
RM Werner Kolter	1.800,00 €
RM Volker König	1.800,00 €
RM Ingrid Kroll	1.800,00 €
RM Gabriele Meyer	1.800,00 €
RM Karl Römer	1.350,00 €
RM Michael Sacher	1.800,00 €
RM Hans-Jürgen Scheideler	1.800,00 €
RM Ismet Sacit Soyubey	1.650,00 €
RM Christoph Tetzner	1.800,00 €
RM Andreas Tracz	1.500,00 €
RM Brigitte Wass	1.800,00 €
RM Martin Bick	300,00 €
RM Ines-Carola Nieders-Mollik	150,00 €
Olaf Kikul (Beratendes Mitglied)	1.800,00 €

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Unna GmbH entspricht dem Rat der Kreisstadt Unna der jeweiligen Wahlperiode.

Anzahl der Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt wie im Vorjahr eine kaufmännische Prokuristin und einen technischen Prokuristen.

Ansonsten hat die Gesellschaft kein eigenes Personal. Zur Erfüllung der übrigen Aufgaben bedient sie sich im Wesentlichen der Dienste der Stadtwerke Unna GmbH im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	93	252
II. Sachanlagen	18.051.873	18.839.009	19.018.043
III. Finanzanlagen	8.867.711	8.264.511	7.324.970
Summe Aktiva	26.919.584	27.103.613	26.343.265
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	948.789	1.683.974	1.641.090
II. Forderungen	5.022.728	4.470.058	4.010.664
III. Kassenbestand	536.743	468.304	20.714
Summe Umlaufvermögen	6.508.260	6.622.336	5.672.468
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	227	157
Summe Aktiva	33.427.844	33.726.176	32.015.890
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	4.650.000	4.650.000	4.650.000
II. Kapitalrücklage	278.683	278.683	278.683
III. Gewinnrücklage	1.966.732	1.755.342	1.755.342
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	196.911	0	0
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	753.934	408.301	318.372
Summe Eigenkapital	7.846.260	7.092.326	7.002.397
B. Rückstellungen	2.049.517	1.477.564	547.350
C. Verbindlichkeiten	23.532.067	25.156.209	24.464.759
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	77	1.384
Summe Passiva	33.427.844	33.726.176	32.015.890

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2016	2015	2014
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	80,5	80,4	82,3
Eigenkapitalquote	23,5	21,0	21,9
Fremdkapitalquote	76,5	79,0	78,1
Anlagendeckungsgrad	29,1	26,2	26,6
Investitionen	2016	2015	2014
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	656	1.677	771

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	4.821.334	4.473.735	4.270.076
Erhöhung/Verminderung des Bestandes	- 735.184	42.883	- 131.120
Andere aktivierte Eigenleistungen	-	1.040	-
sonstige betriebliche Erträge	45.787	85.505	21.835
Materialaufwand	- 1.783.544	- 2.923.387	- 2.351.352
Personalaufwand	- 149.198	- 133.922	- 133.673
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 839.802	- 827.554	- 788.949
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.347.605	- 1.874.081	- 1.750.169
Erträge aus Beteiligungen	6.916	11.210	19.806
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	3.918.471	3.451.692	3.456.115
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.876	1.934	1.675
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	57.536	5.468	7.441
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	- 93.824	- 89.125	- 100.000
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 519.834	- 589.347	- 724.652
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 1.472.666	- 1.067.754	- 1.310.909
Ergebnis nach Steuern	910.263	568.297	486.124
Sonstige Steuern	- 156.329	- 159.996	- 167.751
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	753.934	408.301	318.373

Finanzielle Verpflichtungen

Zwischen der WBU (Organträgerin) und der SWU (Organgesellschaft) wurde ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, wonach die SWU verpflichtet ist, ihren gesamten Gewinn an die WBU abzuführen. Im Gegenzug verpflichtet sich die WBU, die Verluste der Organgesellschaft abzudecken. Zudem besteht eine ertragsteuerliche Organschaft mit der SWU.

Darüber hinaus übernimmt die SWU auf Grundlage eines Betriebsführungsvertrages die technische und kaufmännische Betriebsführung der WBU.

Verwendung des Jahresergebnisses 2015

Die WBU hat im Geschäftsjahr 2015 ein Jahresergebnis in Höhe von 408 T€ erwirtschaftet. Die Gesellschafterversammlung hat am 27.10.2016 den Jahresabschluss 2015 festgestellt und beschlossen, den Jahresüberschuss in die andere Gewinnrücklagen einzustellen.

Darüber hinaus hat die Gesellschafterversammlung am 27.10.2016 beschlossen, einen Betrag von 1.558 T€ aus dem vorhandenen Gewinnvortrag in die andere Gewinnrücklagen einzustellen.

Einzahlung in die Kapitalrücklage der SWU

In der Gesellschafterversammlung der WBU am 27.10.2016 wurde beschlossen, einen Betrag von 553 T€ in die Kapitalrücklage der SWU einzuzahlen.

Jahresergebnis 2016

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2016 der WBU am 06.07.2017 festgestellt und beschlossen, aus dem Jahresüberschuss (754 T€) einen Betrag von 553 T€ in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den Restbetrag von 201 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Bürgschaften

Der von der Kreisstadt Unna verbürgte Betrag zugunsten der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH beläuft sich zum 31.12.2016 auf 5.778 T€ (Vorjahr: 6.761 T€).

Für die von der Kreisstadt Unna hingegebenen Kommunalbürgschaften wurde im Wirtschaftsjahr 2016 eine Avalprovision in Höhe von 18 T€ gezahlt.

Ausleihung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 hat die WBU ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 3.000 T€ (Vorjahr: 0 €) sowie ein langfristiges Darlehen für Investitionen in Höhe von 10.852 T€ (Vorjahr: 6.595 T€) bei der Kreisstadt in Anspruch genommen.

Nach Ablösung des kurzfristigen Liquiditätsdarlehens in Höhe von 1.000 T€ der SWU bestehen zum Bilanzstichtag keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die WBU weist zum Bilanzstichtag 31.12.2016 ein an die LZR gewährtes Darlehen in Höhe von 250 T€ (Vorjahr: 250 T€) aus.

Zuschuss

Mit Beschluss des Aufsichtsrats der WBU vom 12. Dezember 2016 hat sich die Gesellschaft verpflichtet, im Jahr 2017 der Logistikzentrum RuhrOst GmbH einen verlorenen Zuschuss von 310 T€ zur Sicherstellung der Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen zu gewähren.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016

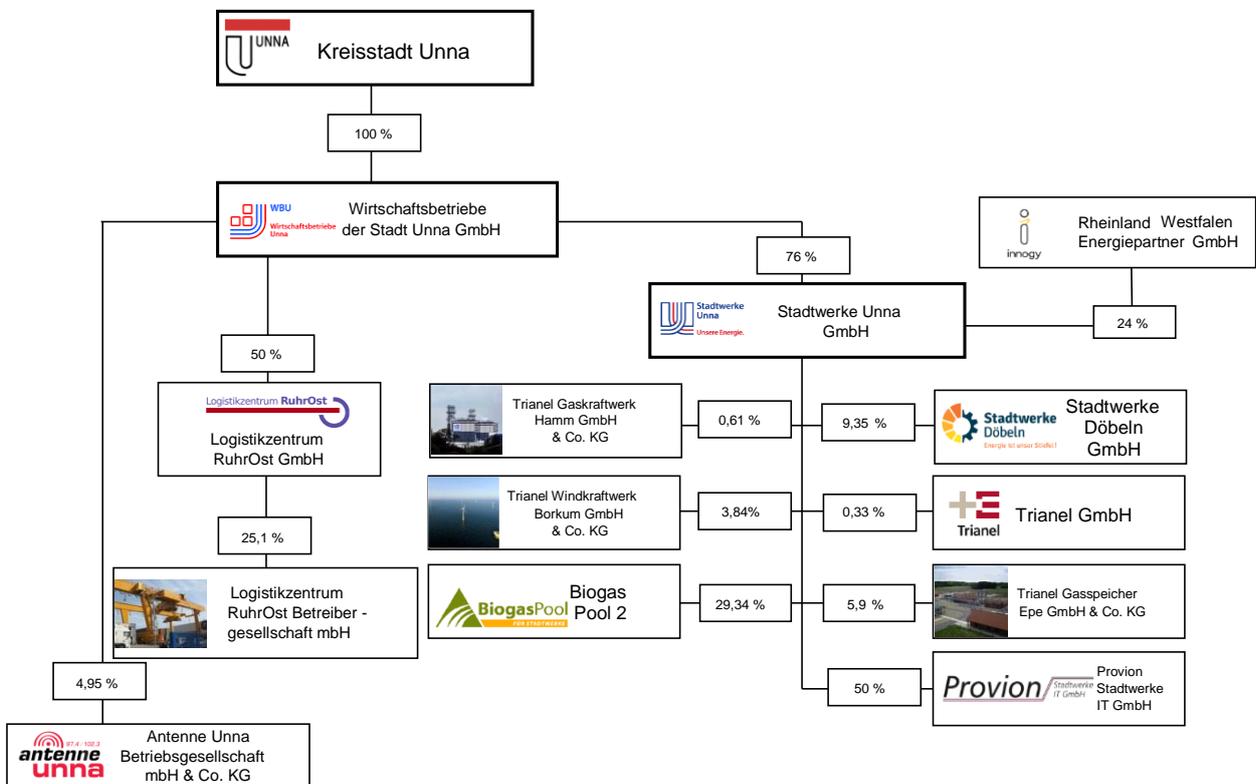
I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Gegenstand der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH (WBU) ist die Energieerzeugung, die Wassergewinnung und -versorgung, die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs, die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Gleisanlagen in der Kreisstadt Unna, die Beteiligung an der Lokalrundfunk-KG, der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen, die Übernahme weiterer Leistungen für die Kreisstadt Unna, insbesondere auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungsmanagements und des Fuhrparkmanagements sowie die kleinräumige Wirtschaftsförderung und die Erfüllung weiterer Aufgaben, die von der Kreisstadt Unna als 100%-iger Gesellschafterin zugewiesen werden können.

Aufgrund dieser zahlreichen Geschäftsfelder im Bereich der Daseinsvorsorge ist die WBU mit ihren Tochtergesellschaften als Erbringer vielfältiger Dienstleistungen ein wesentlicher Treiber des öffentlichen Lebens in der Kreisstadt und trägt in besonderem Maße zur Haushaltskonsolidierung der Kreisstadt Unna bei.

Mit der Organgesellschaft Stadtwerke Unna GmbH (SWU) besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, der die Gewinnabführung an die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH bzw. die Übernahme von Verlusten durch die WBU sowie Ausgleichszahlungen an den Minderheitsgesellschafter der Stadtwerke Unna GmbH regelt.

Die Beteiligungsstruktur zum 31. Dezember 2016 kann dem nachfolgenden Schaubild entnommen werden:



II. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung der WBU ist insbesondere von der Nutzung der Infrastruktureinrichtungen, des Verkaufs von Grundstücken in den Industriegebieten UN-70 und UN-104 sowie von der Ergebnisabführung der Stadtwerke Unna GmbH abhängig.

Die Vermarktung der noch bei der WBU im Bestand befindlichen Grundstücke ist von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Im Berichtsjahr wurde ein Grundstück veräußert. Die Nutzung der eigenen Infrastruktureinrichtungen ist unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, da zum Beispiel für die Immobilien langfristige Miet- bzw. Pachtverträge vorliegen. Bei den Einrichtungen wurden keine Anpassungen bei den Eintritts- bzw. Parkpreisen vorgenommen. Die Ergebnisentwicklung der Tochtergesellschaft Stadtwerke Unna GmbH hängt neben der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere von der energiepolitischen und -wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Ziel ist es weiterhin, die wirtschaftliche Lage der WBU durch gezielte Maßnahmen zu verbessern.

2. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die WBU schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss von 754 T€ ab und liegt damit im Rahmen der Erwartungen der prognostizierten Entwicklung im Wirtschaftsplan (750 T€). Der Jahresüberschuss entspricht einer Ergebnisverbesserung von 346 T€ gegenüber dem Vorjahr. Die Umsatzerlöse sind um 347 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Weitere Erläuterungen gibt die Beschreibung der Ertragslage.

Ertragslage

Im Vorjahresvergleich verbesserte sich das negative ordentliche Betriebsergebnis um 173 T€ auf 1.143 T€.

Die Umsatzerlöse konnten um 347 T€ gesteigert werden, insbesondere durch einen Grundstücksverkauf in Höhe von 918 T€ bei gleichzeitiger Reduzierung der Umsätze im Bereich des Beschaffungsmanagements um 731 T€, da im Jahr 2016 keine Weiterberechnung von einmaligen Sonderaufträgen erfolgte. Im Vergleich dazu sind die Umsatzerlöse aus dem IT-Konzept im Vorjahresvergleich um mehr als 11 % gestiegen. Die Erlöse aus Vermietung und Leasing sind nahezu konstant und die Parkerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 3 % gestiegen.

Der Vertrag zwischen der WBU und der Kreisstadt Unna zur Betriebsführung des Systems Unit.Schule.21 wurde unterjährig verlängert und angepasst.

Der Materialaufwand ist, analog zu den Erlösen aus dem Beschaffungsmanagement, durch den Wegfall der Weiterberechnung von einmaligen Sonderaufträgen im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken (- 665 T€). Des Weiteren hat der Aufwand für bezogene Leistungen im Bereich UN-70 und UN-104 um 523 T€ abgenommen. Durch den Verkauf eines Grundstückes in UN-104 kam es gleichzeitig zu einer entsprechenden Bestandsminderung.

Das Beteiligungsergebnis liegt mit 3.832 T€ um 456 T€ über dem Niveau des Vorjahres und wird unverändert von der Ergebnisabführung der SWU geprägt. Bei der Logistikzentrum RuhrOst GmbH sind Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von rd. 620 T€ für das KV-Terminal in Bönen vorgesehen. Die Gesellschafter haben beschlossen, diese Maßnahme jeweils hälftig zu finanzieren. Das Jahresergebnis 2016 der WBU ist dadurch mit einem Wert von 310 T€ belastet.

Das negative Zinsergebnis konnte um 122 T€ reduziert werden; Grund hierfür ist die im Geschäftsjahr und in Vorjahren vorgenommene Neu- bzw. Umstrukturierung von Darlehen.

Bei der WBU hat Anfang 2016 eine Groß-Betriebsprüfung vom Finanzamt Dortmund-Unna stattgefunden. Hierfür wurde bereits im Jahresabschluss 2015 eine Rückstellung in Höhe von 395 T€ gebildet. Für die weitere prognostizierte Steuerbelastung nebst Zinsen, die sich voraussichtlich bei WBU für WBU und SWU noch ergeben wird, wurden im Jahresabschluss 2016 der Rückstellung weitere 467 T€ zugeführt.

Trotz dieser außerordentlichen Ergebnisbelastungen aus der Finanzierung von Maßnahmen für die LZR und der Rückstellungsbildung für die prognostizierte Steuerbelastung aufgrund der Groß-Betriebsprüfung i.H.v. insgesamt 777 T€ hat die WBU einen Jahresüberschuss von 754 T€ erzielt, der noch 4 T€ über dem Ergebnis des Wirtschaftsplanes 2016 liegt.

Zusammengefasst ergeben die beschriebenen Effekte eine deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses vor Ertragsteuern um 751 T€ auf 2.227 T€ gegenüber 1.476 T€ im Vorjahr.

Die Ergebnisverbesserung vor Steuern wird durch eine Erhöhung des Steueraufwands von 405 T€ im Vergleich zum Vorjahr teilweise kompensiert, so dass sich der Jahresüberschuss 2016 auf 754 T€ beläuft.

Finanzlage

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird neben der Ergebnisabführung der SWU aus externen Finanzierungsquellen gedeckt. Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der WBU Bankdarlehen sowie Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna zur Verfügung.

Der Gesamtbestand an langfristigen Darlehen beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2016 18.501 T€ (Vorjahr: 15.297 T€).

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2016	2015
	T€	T€
Periodenergebnis	754	408
+/- Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	840	827
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-280	377
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	863	-632
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	900	-416
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	462	582
- Sonstige Beteiligungserträge	-4.742	-4.160
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	1.473	1.068
-/+ Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-667	-225
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-397	-2.171
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-53	-648
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-603	-1.019
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	80
Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im		
+/- Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	-5.000	8.000
+ Erhaltene Zinsen	4	7
+ Erhaltene Dividenden	4.112	4.000
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.540	10.420
- Auszahlungen Ergebnisausschüttung an Gesellschafter	0	-318
- Auszahlungen Minderheitenanteil	-697	-721
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	4.867	3.970
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-1.663	-5.031
- gezahlte Zinsen	-501	-571
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	2.006	-2.671
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	69	5.578
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	468	-5.110
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	537	468

Vermögenslage

Im Jahr 2016 betrug das Investitionsvolumen insgesamt 656 T€. Die Zugänge im Sachanlagevermögen betragen im Berichtsjahr 53 T€.

Die Finanzanlagen haben sich um 603 T€ erhöht. Aufgrund der Einzahlung in die Kapitalrücklage der SWU erhöhte sich der Beteiligungsansatz um 553 T€. Die SWU realisiert aus ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG nicht liquiditätswirksame Zinserträge, die aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrags ausgeschüttet werden. Die Gesellschafter der SWU haben sich darauf verständigt, diese nicht liquiditätswirksamen Zinserträge nach Ausschüttung in die Kapitalrücklage einzuzahlen. Der Anteil für die WBU beträgt 553 T€.

Die Ausleihungen an das Beteiligungsunternehmen Logistikzentrum RuhrOst GmbH erhöhten sich um 50 T€.

Die Restbuchwerte des Anlagevermögens betragen zum Bilanzstichtag 26.919 T€ und haben sich somit um 184 T€ gegenüber dem Vorjahr verringert.

Aufgrund der Neu- bzw. Umstrukturierung der lang- und kurzfristigen Darlehensverbindlichkeiten verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1.071 T€. Die Neuaufnahmen bzw. Umfinanzierungen erfolgten im Berichtsjahr ausschließlich über die Kreisstadt Unna, so dass die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 13.852 T€ (Vorjahr 13.595 T€) belaufen.

3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist.

4. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren kommen bei der WBU nicht zum Einsatz.

5. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafterin Kreisstadt Unna hat mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der WBU die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

IV. Chancen- und Risikobericht

Das frühzeitige Erkennen und Bewerten der Risiken sowie ein effizientes Gegensteuern sind wichtige Voraussetzungen für die Steuerung des Unternehmensergebnisses. Daher wurde als Ziel des Risikomanagements definiert, sowohl strategische als auch geschäftsspezifische Risiken zu identifizieren, zu analysieren, zu überwachen und durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren bzw. zu reduzieren.

Um auf die spezifischen Risiken, denen der Konzern Kreisstadt Unna ausgesetzt ist, frühzeitig reagieren zu können, wird eine Reihe von Management- und Kontrollsystemen angewendet. Hierzu gehören Halbjahresberichte über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft sowie regelmäßige Berichterstattungen der Tochtergesellschaften SWU und Logistikzentrum RuhrOst GmbH.

Bei der WBU bestehen Risiken im Bereich der Grundstücksvermarktung für die verbleibenden Restflächen. Es muss damit gerechnet werden, dass die insgesamt im Eigentum der Gesellschaft befindlichen und vermarktbareren Grundstücksflächen zum 31. Dezember 2016 von 15.610 m² im Bereich des Bebauungsplanes UN-70 und UN-104 nicht zu dem notwendigen Verkaufspreis veräußert werden können. Im Berichtsjahr wurde eine Fläche von 13.119 m² veräußert. Der Verkauf von kleineren Flächen kann dazu führen, dass nicht zu vermarktende Restflächen entstehen. Hier besteht das Risiko, dass Korrekturen hinsichtlich der Werthaltigkeit des Vorratsvermögens vorgenommen werden müssen.

Die Liquidität wird laufend beobachtet. Zur Sicherstellung der aktuellen Liquidität hat die WBU die Möglichkeit kurzfristige Kredite bei der Kreisstadt Unna aufzunehmen.

Technischen Risiken im Bereich der Immobilien, insbesondere bei den Parkeinrichtungen und der Schwimmsporthalle, wird mit regelmäßigen Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet. Gleichzeitig bietet sich hier die Chance, die Attraktivität der Einrichtungen zu steigern. Bei den Parkeinrichtungen bestehen aufgrund der baulichen Gegebenheiten, insbesondere durch niedrigere Einfahrtshöhen oder schmale Parkplätze, Risiken, die die Attraktivität der Parkeinrichtungen beeinträchtigen könnten. Gegenüber den oberirdischen und sonstigen dritten Parkeinrichtungen zeichnen sich die Parkimmobilien durch ihre sehr zentrumsnahe Lage und ihren guten Unterhaltungszustand aus.

Die Nutzung der Schwimmsporthalle ist insbesondere in den Sommermonaten geringer, da in dieser eher warmen Periode des Jahres weniger die Hallenbäder, sondern eher die Freibäder in der Region von der Bevölkerung genutzt werden.

Die umliegenden Kommunen verfügen ebenfalls über Schwimmeinrichtungen, so dass hier eine grundsätzliche Konkurrenzsituation herrscht.

Über die Tochtergesellschaft SWU bestehen mittelbare Risiken. Die SWU als Energieversorgungsunternehmen unterliegt insbesondere branchenspezifischen Risiken. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb).

Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass Risiken, die den Fortbestand der WBU gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2016 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2017 gegenwärtig erkennbar sind.

V. Prognosebericht

Die zukünftige Entwicklung wird durch eine weitere Konsolidierung im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna geprägt sein. Die bereits seit 2012 aktiv betriebene Entschuldungspolitik soll auch in der Zukunft weiter fortgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Gesellschaft nachhaltig verbessert werden und zu entsprechenden Konsolidierungsbeiträgen führen können.

Neben der Entschuldung wird die Restrukturierung des Kreditportfolios ein zukünftiges Ziel sein. Aufgrund des aktuellen Kapitalmarktniveaus bieten sich Chancen und Möglichkeiten zur Verbesserung des Finanzergebnisses. Diese sollen sich im Rahmen einer Umstrukturierung des Kreditportfolios kurz-, mittel- und langfristig positiv auf das Unternehmensergebnis auswirken und so zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses beitragen.

Darüber hinaus soll durch eine aktive Ertragspolitik bei gleichzeitiger Reduzierung der Aufwendungen durch entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen eine Verbesserung im Bereich des Eigengeschäftes der WBU vorangetrieben werden. Hierunter fallen geplante Preisanpassungen sowohl im Bereich der Parkeinrichtungen als auch im Bereich der Schwimmsporthalle, so dass mit Mehrerlösen zu rechnen ist. Beschlossen wurde im Jahr 2016 sowohl eine Preisanpassung im Bereich Parken als auch im Bereich der Schwimmsporthalle zum 01.07.2017.

Diese Vorgehensweise soll sich – bedarfsgerecht – in regelmäßigen Abständen wiederholen.

Grundstücksverkäufe werden nicht geplant, so dass außerplanmäßige Verkäufe das geplante Jahresergebnis zusätzlich verbessern.

Daneben erfolgt eine Portfolio-Optimierung im Immobilienbereich im Rahmen einer permanenten Betreuung und Bestandspflege der Immobilien der WBU. Daneben sind Investitionen in Höhe von 140 T€, insbesondere im Bereich der Softwareanbindung und -erweiterung für die Schwimmsporthalle und die Parkeinrichtungen geplant.

Insgesamt sollen durch die an den unterschiedlichen Stellen eingeleiteten Maßnahmen die Ergebnisse der WBU weiterhin verbessert werden, um das langfristige Ziel einer Gewinnabführung an die Kreisstadt Unna erfüllen zu können.

Die geplante städtebauliche Entwicklung des Areals am ehemaligen Busbahnhof mit einer Erweiterung des bestehenden Büro- und Geschäftsgebäudes im Rahmen des 2. Bauabschnitts, einer offenen Platzgestaltung sowie einer Hochgarage ist ein umfangreiches Projekt der WBU für die zukünftigen Jahre. In diesem Zusammenhang soll ein europaweiter Wettbewerb ausgelobt werden.

Im Rahmen der Betrachtung der zukünftigen Entwicklung muss auch die Marktsituation der SWU berücksichtigt werden. Die ersten Monate des Geschäftsjahres 2017 zeigen einen den Planungen entsprechenden Geschäftsverlauf. Der genehmigte Wirtschaftsplan 2017 der SWU sieht eine Gewinnabführung in Höhe von 3.500 T€ vor.

In 2016 hat die SWU ihre zukünftige Finanzierungsstrategie dargestellt, die faktisch zu einer Kapitalerhöhung bei SWU führt. Diese Strategie wurde auch bei WBU dargestellt. Zur Finanzierung dieser Kapitalerhöhung bei SWU ist ein langfristiger Verbleib sowohl der bereits gezahlten als auch der zukünftig noch zu zahlenden Beträge in die Kapitalrücklage der SWU im Bereich des Eigenkapitals der WBU zu gewährleisten.

Die WBU plant für das Geschäftsjahr 2017 ein nahezu ausgeglichenes operatives Ergebnis von 76 T€. Unter Berücksichtigung einer positiven Entwicklung des Finanzergebnisses (2.180 T€) wird ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 2.256 T€ erwartet. Der geplante Jahresüberschuss liegt bei 740 T€.

Unna, 1. Juni 2017

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

gez. Karl-Gustav Mölle

2. Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

- Stadtwerke Unna GmbH
- Logistikzentrum RuhrOst GmbH
- Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
- Gelsenwasser AG

Im Rahmen des Gesamtabschlusses sind die Gesellschaften Stadtwerke Unna GmbH und Logistikzentrum RuhrOst GmbH von wesentlicher Bedeutung und werden entsprechend im zweiten Kapitel dargestellt. Die Gesellschaften Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG und Gelsenwasser AG werden aus Wesentlichkeitsgründen nicht dargestellt.

2.1 Stadtwerke Unna GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@sw-unna.de Internet: www.stadtwerke-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 10.04.2014

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Die Gesellschaft hat als Aufgabe die Energieversorgung und -Erzeugung sowie die Telekommunikation. Dazu gehören die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Strom, Gas und Wärme dienen, sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte und Dienstleistungen. Darüber hinaus hat sie die Übernahme von Betriebsführungsaufgaben für Einrichtungen der Kreisstadt Unna sowie für Gesellschaften, an denen die Kreisstadt Unna beteiligt ist, als Aufgabe.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Rheinland Energiepartner GmbH	24,00	1.473.600,00
Gesamt	100,00	6.140.000,00

Beteiligungen der SWU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Provision Stadtwerke IT GmbH	50,00	25.000,00
Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG	29,34	300.000,00
Stadtwerke Döbeln GmbH	9,35	207.600,00
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	5,90	826.000,00
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	3,84	704.428,04
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	0,61	258.741,00
Trianel GmbH	0,33	66.503,50
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH verzichtet.		

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführung Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung			
Jürgen Schäpermeier			
Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	6.500,00 €	179.000,00 €	185.500,00 €

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Hans-Jürgen Scheideler	RM Anja Kolar
2.	SPD	RM Gudrun Friese-Kracht	RM Heike Gutzmerow
3.	SPD	RM Ralph Bürger	RM Karl Römer
4.	SPD	RM Wolfgang Ahlers	RM Brigitte Wass
5.	CDU	RM Rolf-Dieter Beyersdorf	RM Gerhard Heckmann
6.	CDU	RM Gabriele Meyer	RM Bernhard Albers
7.	CDU	RM Franz Rottinger	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
8.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Björn Merkord
9.	Fraktionslos	RM Christoph Tetzner	RM Michael Sacher (GRÜNE)
10.		BM Werner Kolter	1. BG Karl-Gustav Mölle
Folgende Mitglieder waren als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten:			
11.		Georg Nicolaiciuc	Oliver Kolb
12.		Dirk Brämer	Petra Wiechert
13.		Roland Flack	Kristina Krüger
14.		Frank Weiland	Achim Schwirkmann
15.		Peter Espeloer	Karsten Pfützner
16.		Olaf Kikul	Thomas Hönig-Heinemann
Folgende Vertreter der Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH waren im Aufsichtsrat vertreten:			
17.		Ulrich Hüsken	
18.		Frank Kramer	

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 10.02.2016	Olaf Kikul	Heiko Giller
ab 10.02.2016	Olaf Kikul	Thomas Hönig-Heinemann
bis 01.07.2016	Thomas Glimpel	N.N.
ab 01.07.2016	Ulrich Hüsken	N.N.

Vergütung des Aufsichtsrates	
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.	
Der Jahresabschluss 2016 der SWU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 11.400,00 € aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:	
Herr Hans-Jürgen Scheideler	1.200,00 €
Frau Gabriele Meyer	900,00 €
Herr Georg Nicolaiciuc	450,00 €
Herr Wolfgang Ahlers	600,00 €
Herr Rolf-Dieter Beyersdorf	600,00 €
Herr Dirk Brämer	450,00 €
Herr Ralph Bürger	600,00 €
Herr Peter Espeloer	600,00 €
Herr Roland Flack	600,00 €
Frau Gudrun Friese-Kracht	450,00 €
Herr Olaf Kikul	300,00 €
Herr Werner Kolter	600,00 €
Herr Franz Rottinger	600,00 €
Herr Ismet Sacit Soyubey	300,00 €
Herr Christoph Tetzner	450,00 €
Herr Frank Weiland	600,00 €
Thomas Hönig-Heinemann	300,00 €
Herr Oliver Kolb	150,00 €
Björn Merkord	300,00 €
Michael Sacher	150,00 €
Petra Wiechert	150,00 €

Gesellschafterversammlung:
Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Unna GmbH entspricht dem Haupt- und Finanzausschuss der jeweiligen Wahlperiode.

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2016	2015
Angestellte		
in Vollzeit	126	128
in Teilzeit	20	18
Auszubildende	8	11
Aushilfen	2	3
Gesamt	156	160

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.136.201	956.728	913.126
II. Sachanlagen	43.853.714	42.858.136	42.718.794
III. Finanzanlagen	18.893.338	18.880.838	18.022.010
Summe Aktiva	63.883.253	62.695.702	61.653.930
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	456.326	375.228	365.224
II. Forderungen	15.923.567	16.260.111	14.462.134
III. Kassenbestand	2.296.345	1.051.683	5.046.888
Summe Umlaufvermögen	18.676.238	17.687.022	19.874.246
C. Rechnungsabgrenzungsposten	386.545	372.332	359.043
Summe Aktiva	82.946.036	80.755.056	81.887.219
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	6.140.000	6.140.000	6.140.000
II. Kapitalrücklage	5.678.549	4.950.655	3.681.929
III. Gewinnrücklage	3.291.820	3.291.820	3.291.820
Summe Eigenkapital	15.110.369	14.382.475	13.113.749
B. Empfangene Ertragszuschüsse	7.293.360	7.449.101	7.466.554
C. Rückstellungen	3.739.105	5.264.041	4.056.152
D. Verbindlichkeiten	56.803.202	53.659.439	57.250.764
E. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	82.946.036	80.755.056	81.887.219

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2016	2015	2014
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	77,0	77,6	75,3
Eigenkapitalquote	18,2	17,8	16,0
Fremdkapitalquote	81,8	82,2	84,0
Anlagendeckungsgrad	23,7	22,9	21,3
Investitionen	2016	2015	2014
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	5.767	5.476	5.230

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	82.476.570	79.469.907	82.462.814
Andere aktivierte Eigenleistungen	815.336	668.396	579.994
sonstige betriebliche Erträge	599.686	1.744.709	2.471.969
Materialaufwand	- 57.891.180	- 54.156.896	- 57.957.213
Personalaufwand	- 9.948.235	- 9.658.834	- 9.343.875
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 4.234.329	- 4.299.989	- 4.465.262
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 6.586.627	- 9.213.571	- 9.127.548
Erträge aus Beteiligungen	272.035	356.253	447.799
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	748.304	758.557	732.845
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24.714	5.828	39.781
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.350.051	- 1.358.728	- 1.495.050
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 1.665.597	- 1.132.615	- 1.434.309
Ergebnis nach Steuern	3.260.626	3.183.017	2.911.945
Sonstige Steuern	- 43.502	- 36.559	- 34.800
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	- 3.217.124	- 3.146.458	- 2.877.145
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	-	-	-

Gewinnverwendung des Jahresergebnisses 2015

Die Gesellschafterversammlung hat am 01.09.2016 den Jahresabschluss 2015 festgestellt. Das Jahresergebnis belief sich vor Gewinnabführung auf 3.146 T€. Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wurde der Gewinn im Jahr 2016 an die WBU abgeführt.

Einzahlung Kapitalrücklage

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung am 01.09.2016 wurde ein Betrag in Höhe von 728 T€ in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingezahlt. Zweck dieser Maßnahme ist die Sicherstellung einer angemessenen Liquiditätsausstattung der SWU. Die Höhe der Einzahlung bemisst sich nach den ertragswirksam vereinnahmten Zinsgutschriften aus der Ausleihung an die TWB für das Geschäftsjahr 2015, die erst ab den Jahren 2018 ff. zur Auszahlung kommen.

Jahresergebnis 2016

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2016 der SWU am 29.06.2017 festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum Bilanzstichtag ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 3.217 T€ aus. Dieser Betrag wird auf Grund des Ergebnisabführungsvertrages an die WBU abgeführt.

Bürgschaften

Der von der Kreisstadt Unna verbürgte Betrag zugunsten der Stadtwerke Unna GmbH beläuft sich zum 31.12.2016 auf 8.241 T€ (Vorjahr: 8.856 T€).

Für die von der Kreisstadt Unna hingegebenen Kommunalbürgschaften wurde im Wirtschaftsjahr 2016 eine Avalprovision in Höhe von 23 T€ gezahlt.

Darlehen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 hat die SWU ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 3.000 T€ bei der Kreisstadt in Anspruch genommen.

Ausleihungen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 weist die SWU ein Darlehen in Höhe von 6.038 T€ an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG sowie ein Darlehen in Höhe von 418 T€ an die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG aus.

Haftungsverhältnisse

Die Stadtwerke Unna GmbH hat eine Patronatserklärungen zugunsten der Verpflichtungen der Trianel GmbH in Höhe von insgesamt 779 T€ abgegeben.

Konzessionsabgaben

Aufgrund der zwischen der Kreisstadt Unna und der Stadtwerke Unna GmbH geschlossenen Konzessionsabgabeverträge erhält die Kreisstadt Unna jährlich Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Fernwärme.

Folgende Konzessionsabgaben wurden von der Stadtwerke Unna GmbH gezahlt:

Konzessionsabgabe	2016	2015
	in €	in €
Strom	1.874.557,20	1.909.104,29
Gas	297.509,62	246.772,98
Fernwärme	60.547,98	45.761,02
Gesamt	2.232.614,80 €	2.201.638,29 €

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016

I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Die Stadtwerke Unna GmbH ist Dienstleisterin für rund 60.000 Einwohner des Versorgungsgebietes sowie für eine wachsende Zahl externer Kunden. Gesellschafter der Stadtwerke sind die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH mit einem Anteil von 76 Prozent sowie die Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH mit einem Anteil von 24 Prozent.

Als kommunaler Energiedienstleister bieten die Stadtwerke Unna GmbH mit seinem Produktportfolio den 32.500 Kunden einen maßgeschneiderten Service in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme. Das Versorgungsnetz erstreckt sich über das gesamte Stadtgebiet von Unna. Den größten Teil der Energie beziehen die Stadtwerke Unna von Vorlieferanten, wobei ein Teil auch regenerativ vor Ort erzeugt wird. Mit einer im Berichtsjahr gestarteten kreisweiten Offensive treibt die Stadtwerke Unna GmbH die Energieeffizienz voran.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Die Bundesregierung erwartet einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts für 2016 von 1,8 Prozent. Als Gründe für die positive Entwicklung werden neben der Bewältigung des Flüchtlingszustroms, der niedrige Ölpreis und die Wechselkursentwicklung angeführt. Somit behauptet sich die deutsche Wirtschaft in einem weltwirtschaftlich schwierigen Umfeld. Die mittel- bis langfristigen Folgen, die die Entscheidung der Briten zum Ausstieg aus der Europäischen Union haben wird, können noch nicht abgesehen werden. Kurzfristig werden keine Auswirkungen erwartet. Für die Exporte wird mit einem moderaten Zuwachs von rund 2,3 Prozent für das Jahr 2016 und 2,1 Prozent für das Jahr 2017 gerechnet. Eine deutlich positivere Entwicklung wird für das Jahr 2018 aufgrund einer deutlich verbesserten weltwirtschaftlichen Perspektive erwartet.

Am 23.06.2016 hat die Mehrheit der Briten für einen Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union gestimmt. Da dieser Sachverhalt einmalig in der Geschichte der EU ist, besteht eine rechtliche Unsicherheit hinsichtlich der Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und den verbliebenen Staaten der EU. Auch auf die europäische Regulierung einschließlich der Energie- und Finanzdienstleistungen wirkt sich der sogenannte Brexit aus.

Neben der konjunkturellen Entwicklung sind auch für die Geschäftsführung der Stadtwerke Unna GmbH die energiepolitischen Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Energiemärkte, die alle Wertschöpfungsstufen betreffen, von besonderer Bedeutung.

2. Energiepolitische Lage

Die energiepolitische Lage ist insbesondere durch regulatorische Eingriffe geprägt.

Ab 2017 werden zur Ermittlung der finanziellen Förderung von Erneuerbaren-Energien-Anlagen Ausschreibungen durchgeführt. So werden beispielsweise Onshore-Windenergieanlagen, die ihre Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz noch im Jahr 2016 erhalten, mit den Fördersätzen des EEG vergütet.

Am 01.04.2016 hat ein neuer Geltungszeitraum für die Umlagen und Entgelte der Marktgebietsverantwortlichen im Gasbereich begonnen. Der für die Stadtwerke Unna GmbH relevante Marktgebietsverantwortliche NetConnect Germany (NCG) führte zu diesem Datum erstmals eine RLM- und SLP-Bilanzierungsumlage ein. Die Höhe beträgt 0,40 €/MWh bzw. 0,80 €/MWh. Diese Umlagen werden vom Marktgebietsverantwortlichen für alle bilanzrelevanten Ausspeisungen erhoben und trifft auch die Stadtwerke Unna GmbH. Zudem wird im Bereich der NCG das Konvertierungsentgelt auf 0,453 €/MWh erhöht und es wird erstmals seit Bestehen der Festlegung der sogenannten „Konni-Gas“ eine Konvertierungsumlage von 0,15 €/MWh erhoben. Das Konvertierungsentgelt und die Konvertierungsumlage sind für die Stadtwerke Unna GmbH nicht relevant, da keine Lieferbeziehungen in ein L-Gasgebiet bestehen.

Im Zuge des Strommarktgesetzes sollten Kohlekraftwerksbetreiber für die Stilllegung und Reservevorhaltung finanziell entschädigt werden. Die EU-Kommission hat diesen Sachverhalt nun beihilferechtlich geprüft und genehmigt, so dass rund 1,6 Mrd. € an Entschädigungszahlungen zur Verfügung stehen.

In seiner 947. Sitzung am 08.07.2016 hat der Bundestag das EEG 2017 beschlossen. Die letzte Hürde vor dem in Kraft treten zum 01.01.2017 hat das Gesetz am 20.12.2016 durch die Genehmigung der EU-Kommission genommen. Die EEG-Umlage für das Jahr 2017 steigt von 6,354 ct/kWh auf 6,88 ct/kWh (+ 8 Prozent). Die Höhe der EEG-Umlage ermittelt sich aus der Differenz zwischen den prognostizierten Einnahmen und Ausgaben für das folgende Kalenderjahr sowie aus dem Differenzbetrag zwischen den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des laufenden Kalenderjahrs. Diese Steigerung ist insbesondere auf die gesunkenen Strompreise an der Börse zurückzuführen. Die Übertragungsnetzbetreiber sind durch den EEG-Ausgleichsmechanismus verpflichtet, den regenerativ erzeugten Strom an der Börse zu verkaufen. Aus diesen Einnahmen werden die Förderungen, die die Anlagenbetreiber erhalten, finanziert. Das bestehende Defizit wird durch die EEG-Umlage ausgeglichen. Bei sinkenden Strompreisen erhöht sich dieses Defizit. Das gesunkene Strompreisniveau an der Strombörse ist auch auf die Erneuerbaren zurückzuführen, da diese für ein steigendes Angebot sorgen.

Um Rechtssicherheit nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs bei der §-19-StromNEV-Umlage herzustellen, hat der Gesetzgeber eine rückwirkende Ermächtigungsgrundlage im EnWG geschaffen.

Am 02.09.2016 ist das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende mit dem neuen Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) in Kraft getreten. Das neue MsbG verpflichtet die Messstellenbetreiber (Verteilnetzbetreiber) zum Rollout intelligenter Messsysteme und moderner Messeinrichtungen zu einem durch eine Preisobergrenze festgelegten Preis. Durch dieses Gesetz sind nahezu alle Bereiche eines Energieversorgers betroffen.

Hierzu zählen das Mess- und Zählerwesen, das Vertragsmanagement, die Abrechnung und das Forderungsmanagement, das Regulierungsmanagement, die Marktkommunikation, das Energiedatenmanagement, die IT und der Vertrieb. Zudem sind von den Energieversorgern strategische Entscheidungen über die Rolle, die sie einnehmen möchten, zu treffen.

Am 22.09.2016 hat der Gesetzgeber das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr verabschiedet. Ein wichtiger Punkt ist, dass der geldwerte Vorteil der Arbeitnehmer, wenn sie am Arbeitsplatz Strom tanken und die Ladeeinrichtungen des

Arbeitgebers nutzen können, künftig nicht mehr versteuert werden muss. Dies gilt sowohl für private Fahrzeuge der Arbeitnehmer als auch für die private Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Am 05.10.2016 hat die Bundesnetzagentur die kalkulatorischen Eigenkapitalzinssätze für die dritte Regulierungsperiode beschlossen. Für Neuanlagen wurde der Zinssatz auf 6,91 Prozent und für Altanlagen auf 5,12 Prozent festgelegt. Diese fallen damit deutlich niedriger aus als in der aktuell laufenden zweiten Regulierungsperiode. Hier liegen die Zinssätze für Neuanlagen bei 9,05 Prozent und für Altanlagen bei 7,14 Prozent.

Die Kooperationsvereinbarung der Gasnetzbetreiber (KoV) wurde zum neunten Mal überarbeitet und ist zum 01.10.2016 in Kraft getreten.

3. Energiewirtschaftliche Lage

Der Energieverbrauch 2016 betrug nach Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen 458,2 Mio. t Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) und ist somit gegenüber dem Vorjahr um rund 1,6 Prozent gestiegen. Der Anstieg ist insbesondere auf dem Einfluss der gegenüber dem Vorjahr kühleren Witterung, der positiven wirtschaftlichen Entwicklung, dem Bevölkerungszuwachs und dem Schalttag zurückzuführen. Die weiter fortschreitende Steigerung der Energieeffizienz dämpfte die Verbrauchssteigerung.

In Deutschland wurden im Berichtsjahr 2016 rund 648 Mrd. kWh Strom erzeugt. Rund 30 % des Stroms wurden aus regenerativen Energien gewonnen.

Zu Jahresbeginn 2016 rutschten die Rohölnotierungen von 37 USD/Barrel auf unter 30 USD/Barrel. Damit wurde das Preisniveau von 2004 erreicht. Der im Juli 2015 beendete Atomkonflikt mit dem Iran führte dazu, dass Anfang 2016 die Sanktionen gegen Teheran aufgehoben wurden und das iranische Öl auf den Weltmarkt drängte. Im weiteren Jahresverlauf stiegen die Ölnotierungen auf 45 bis 50 USD/Barrel, insbesondere weil mehrere wichtige Ölförderländer wie Irak, Kanada, Libyen, Nigeria und Venezuela Produktionsausfälle zu verzeichnen hatten. Ende September bzw. Ende November konnten sich die OPEC-Förderländer verbindlich auf eine Drosselung der Ölfördermengen für 2017 einigen. Damit wird erwartet, dass die Überversorgung des Weltölmarktes abgebaut wird. Im Jahresmittel lag das Rohöl bei 44,50 USD/Barrel.

Das Kalenderjahr Strom Base 2017 hat im Handelszeitraum 2016 signifikant an Wert verloren, wobei das erste Halbjahr von einer stabilen Seitwärtsbewegung gekennzeichnet wurde. Erst im zweiten Halbjahr ab Ende Juli sind die Kontraktpreise um 15 Prozent gefallen. Das finale Preisniveau lag auf einem Elf-Jahres-Tief aller rollierenden Year-Ahead Kontrakte.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen steigen nach Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen um 0,9 Prozent. Die Steigerung ist insbesondere auf die Erhöhung des Erdgas- und Mineralölverbrauchs, wobei der Verbrauchsrückgang bei Stein- und Braunkohle gegenläufig wirkt, zurückzuführen.

Die EUA Emissionszertifikate sind um 15 Prozent teurer geworden, allerdings von einem Preisniveau von 7 €/Zertifikat auf 8,10 €/Zertifikat. Jedoch war der Effekt auf die Strompreise marginal und ist von den Effekten des Preisverfalls der Kohle sowie des erhöhten Zubaus von Offshore Windanlagen deutlich überlagert worden.

4. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2016 standen insbesondere die Strom- und Gasverkaufspreise und die Verlängerung der Strom- und Gaskonzession im Fokus. Insbesondere die gestiegenen Netzentgelte und die Steigerungen bei den Umlagen im Strombereich wie die EEG-Umlage, der §19-Umlage und des KWK-Aufschlags haben zu finanziellen Belastungen geführt. Trotz dieser Belastungen wurden die Strom- und Gasverkaufspreise im Berichtsjahr konstant gehalten. Im Dezember 2015 hat die Kreisstadt Unna als Konzessionsgeberin gem. § 46 Abs. 3 Satz 1 EnWG im Bundesanzeiger bekanntgegeben, dass die Strom- und Gaskonzession jeweils zum 31.12.2017 endet und Interessenten zur Abgabe einer Interessensbekundung zur Teilnahme am Konzessionswettbewerb für die Sparten Strom und Erdgas aufgefordert. Das Verfahren konnte im Jahr 2016 abgeschlossen werden.

Zum Jahresende haben die Stadtwerke Unna gemeinsam mit den Gemeinschaftsstadtwerken Kamen, Bönen, Bergkamen eine IT-Tochtergesellschaft gegründet. Ziel ist die Hebung von Synergiepotenzialen im Rahmen eines gemeinsamen Einkaufs von Hard- und Software u.a. für die ERP-Systeme.

5. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

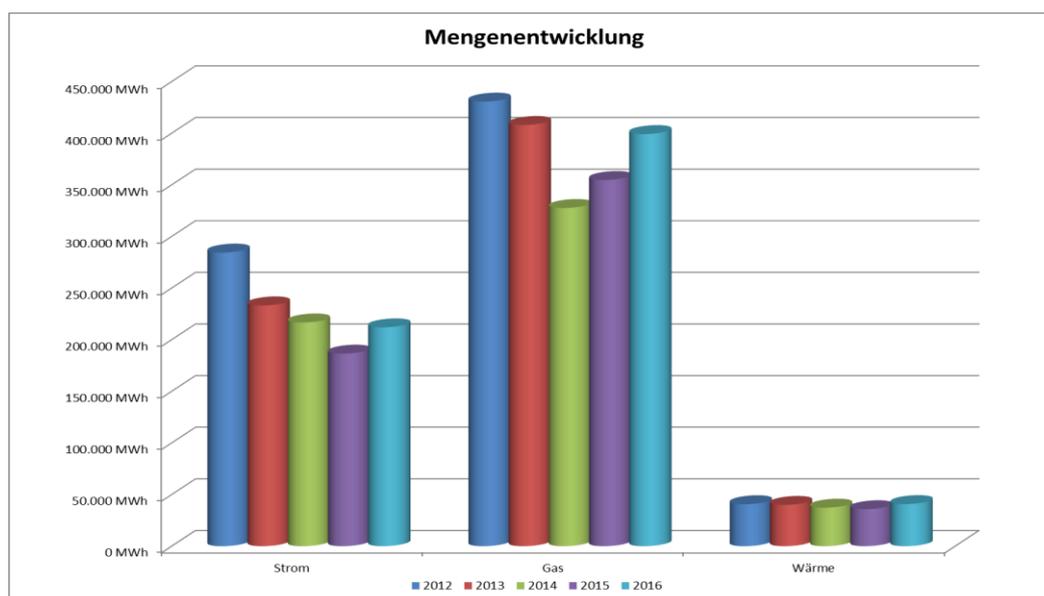
Die Stadtwerke Unna GmbH schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von 3.217 T€ ab. Dies entspricht einer Steigerung der Gewinnabführung von rund 71 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Das gesteckte Wirtschaftsplanziel wurde erreicht. Weitergehende Erläuterungen gibt die Ertragslage.

Die gesamten Umsatzerlöse des Berichtsjahres sind gegenüber 2015 um insgesamt 3,0 Mio. € auf 82,5 Mio. € gestiegen. In diesen Umsatzerlösen sind auch sonstige Erlöse (650 T€) enthalten, die aufgrund des Gesetzes zur Umsetzung der Bilanzrichtlinie 2013/34/EU (BilRUG) den Umsatzerlösen zugeordnet werden.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Abgabemengen seit 2012 und die Veränderungen der Mengen und der dazugehörigen Umsatzerlöse in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr:

	Abgabemenge		Umsatzerlöse gem. GuV	
	2016	Änderung VJ	2016	Änderung VJ
Stromversorgung	211.997 MWh	13,65%	43.900 T€	8,90%
Erdgasversorgung	399.224 MWh	12,55%	21.354 T€	6,73%
Wärmeversorgung	40.793 MWh	13,84%	3.972 T€	30,04%

Tabelle 1: Abgabemengen und Umsatzerlöse 2016



Im Bereich der Stromversorgung stiegen die Absatzmengen insbesondere im Sonderkundenbereich. Die Absatzmengen im Tarifikundensegment waren leicht rückläufig. Aufgrund des Mengenanstieges im Sonderkundenbereich sind die Umsatzerlöse ebenfalls angestiegen. Witterungsbedingt sind die Gasabsatzmengen gegenüber dem Vorjahr um 12,6 Prozent höher. Der deutliche Absatz- und Umsatzanstieg im Bereich der Wärmeversorgung ist auf das erste vollständige Lieferjahr in Unna-Königsborn zurückzuführen.

Ertragslage

Die Stadtwerke Unna realisierten ein Ergebnis vor Ertrag- und sonstigen Steuern von 4.927 T€. Unter Berücksichtigung der Steuern entspricht dies einer Gewinnabführung von 3.217 T€. Die Gewinnabführung erhöhte sich um 71 T€ bzw. 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In dem Steueraufwand sind die Feststellungen der Betriebsprüfung berücksichtigt. Das Vorsteuerergebnis entspricht den Erwartungen.

	2016	2015	Veränderung Vorjahr	
	T€	T€	T€	%
Betriebserträge	83.292	80.138	3.154	4
Material- und Fremdleistungen	-57.891	-54.157	-3.734	7
Rohrertrag	25.401	25.981	-581	-2

Der Rohertrag des Berichtsjahres ist gegenüber dem Vorjahr um 581 T€ bzw. -2 Prozent gesunken. Diese Reduzierung ist auf die Neudefinition der Umsatzerlöse gem. § 277 Abs. 1 HGB zurückzuführen. In dem Rohertrag sind Erlöse und Aufwendungen enthalten, die im Vorjahr dem ordentlichen Betriebsergebnis zugeordnet wurden, so dass die Vorjahreswerte nicht mit dem Berichtsjahr direkt vergleichbar sind. Betroffen sind insbesondere der Ausweis der Erträge aus der Verpachtung und die Aufwendungen aus dem Leistungspreis des Erdgasspeichers.

	2016	2015	Veränderung Vorjahr	
	T€	T€	T€	%
Rohertrag	25.401	25.981	-581	-2
Betriebsaufwendungen	-20.770	-23.172	2.403	-10
sonstige betriebliche Erträge	600	1.745	-1.145	-66
ordentliches Betriebsergebnis	5.231	4.554	677	15

Tabelle 3: ordentliches Betriebsergebnis

Das ordentliche Betriebsergebnis von 5.231 T€ entspricht einer Erhöhung um 15 Prozent bzw. 677 T€ gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund der Anpassungen der Umsatzerlöse und die damit verbundene Verschiebung der korrespondierenden Aufwendungen durch das BilRUG hat sich die Summe der Betriebsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert. Diese Reduzierung ist insbesondere auf die Verschiebung der Aufwendungen des Erdgasspeichers zurückzuführen, die den Material- und Fremdleistungen zugeordnet sind. Korrespondierend sind die sonstigen betrieblichen Erträge erheblich gesunken. Insgesamt wurden rund 650 T€ in die sonstigen Umsatzerlöse verschoben.

	2016	2015	Veränderung Vorjahr	
	T€	T€	T€	%
Erträge aus Beteiligungen	272	356	-84	-24
Erträge aus Ausleihungen des FAV	748	759	-10	-1
sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	25	6	19	324
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.350	-1.359	9	-1
Finanzergebnis	-305	-238	-67	28

Tabelle 4: Finanzergebnis

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 67 T€ verschlechtert. Die Erträge aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens enthalten die Zinserträge aus den ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG und die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, die insgesamt nicht liquiditätswirksam realisiert wurden. Der Zinsaufwand ist trotz einer zusätzlichen Darlehensaufnahme gegenüber 2016 durch die vorangetriebene Entschuldung weiter rückläufig.

Finanzlage

Im Rahmen des Finanzmanagements der Stadtwerke Unna GmbH wird das Ziel einer langfristigen und stabilen Unternehmensfinanzierung sowie die Sicherstellung der kurzfristigen Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit unter Berücksichtigung der Kapitalkosten verfolgt. Dabei wird eine möglichst fristenkongruente Finanzierung des Vermögens angestrebt.

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird aus den Mittelzuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit und externe Finanzierungsquellen gedeckt. Das Innenfinanzierungspotenzial umfasste einen operativen Cashflow in Höhe von 7.068 T€ (Vorjahr: 1.907 T€). Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der Stadtwerke Unna GmbH Bankdarlehen, kurzfristige Kreditlinien und die Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna zur Verfügung.

Der Gesamtbestand an langfristigen Darlehen beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2016 38.055 T€ (Vorjahr: 34.503 T€). Insgesamt wurden 3.248 T€ Darlehen getilgt und 6.800 T€ neu aufgenommen.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2016	2015
	T€	T€
Periodenergebnis (vor Ergebnisabführung)	3.217	3.146
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.234	4.300
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-1.525	1.208
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-609	-626
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-12	-581
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	705	-5.359
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	51	-391
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	572	588
- Sonstige Beteiligungserträge	-272	-356
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	1.666	1.133
-/+ Ertragsteuerzahlungen	-959	-1.155
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	7.068	1.907
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-455	-317
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	467
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-5.005	-4.242
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-25	-418
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	13	59
+/- Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	1.000	2.000
+ Erhaltene Zinsen	25	25
+ Erhaltene Dividenden	274	357
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-4.173	-2.069
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	728	1.269
- Auszahlungen Ergebnisabführung an Gesellschafter	-3.146	-2.877
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	454	609
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	6.800	0
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-3.248	-3.429
- gezahlte Zinsen	-1.291	-1.353
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	297	-5.781
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	3.192	-5.943
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-896	5.047
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.296	-896

Tabelle 4: Kapitalflussrechnung

Vermögenslage

Im Jahr 2016 betrug das Investitionsvolumen insgesamt 5.767 T€ (Vorjahr: 5.476 T€). Im Sachanlagevermögen betrafen 2.856 T€ Investitionen für Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom- und Gasnetz. Rund 765 T€ wurde in die Breitbandinfrastruktur investiert.

Mit der Gründung der Provision Stadtwerke IT GmbH erhöhten sich die Finanzanlagen um 25 T€.

Die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens betragen zum Bilanzstichtag 43.854 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 996 T€ erhöht.

Das Eigenkapital hat sich im Berichtsjahr auf Grund der Einzahlung in die Kapitalrücklage der unbaren Zinsgutschriften des Geschäftsjahres 2016 aus den ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG um 728 T€ erhöht. Durch diese Maßnahmen erhöhte sich die Eigenkapitalquote auf 18,2 Prozent.

Für Rückforderungs- und Prozessrisiken aus einem Insolvenzverfahren gegen einen Stromhändler wurde die im Vorjahr gebildete Rückstellung mit 18 T€ in Anspruch genommen und 132 T€ aufgelöst. Das gesamte Rückstellungsvolumen beträgt 3.739 T€, wovon 2.512 T€ auf Drohverlust- und Prozessrisiken entfallen.

Im Berichtsjahr 2016 wurden langfristigen Darlehen in Höhe von 6.800 T€ über die Kreisstadt Unna aufgenommen. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 3.023 T€ gesunken. Die Tilgungen beliefen sich insgesamt auf 3.248 T€.

Insgesamt haben sich die Verbindlichkeiten um 3.144 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht.

6. Berichterstattung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz

Die Stadtwerke Unna GmbH stellt Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Stromverteilung sowie Gasverteilung auf. Mit den Tätigkeitsabschlüssen 2016 erfüllt die Stadtwerke Unna GmbH die Berichtspflicht nach § 6b EnWG. In der Rechnungslegung führen wir nach § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Strom- und Gasverteilung sowie für andere Tätigkeiten. Für die Strom- und Gasverteilung erstellen wir darüber hinaus jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

Grundsätzlich werden die Kosten und Erlöse der jeweiligen Tätigkeiten direkt über Kostenstellen zugeordnet. Sofern dies nicht möglich ist oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand realisierbar war, erfolgt eine sachgerechte Aufteilung mittels Schlüsselung. Bei der Zuordnung und bei der Wahl der Kostenschlüssel wurde das Stetigkeitsgebot beachtet.

Der Gesamtumsatz der Stadtwerke Unna beträgt im Berichtsjahr 82.477 T€. Davon entfallen auf den Tätigkeitsbereich Stromverteilung 26.383 T€ sowie auf die Gasverteilung 9.609 T€.

Das jeweilige Ergebnis vor Gewinnabführung betrug für die Stromverteilung 1.464 T€ sowie für die Gasverteilung 1.134 T€.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 betrug die Bilanzsumme des Tätigkeitsbereichs Stromverteilung 37.951 T€ sowie des Tätigkeitsbereichs Gasverteilung 18.386 T€.

7. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist. Daneben werden eine Reihe von weiteren Steuerungsgrößen definiert, um im Rahmen der Risikoberichterstattung auf wesentliche finanzielle Frühindikatoren reagieren zu können.

8. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Neben den finanziellen Leistungsindikatoren spielen nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Stadtwerke Unna GmbH.

So wird das Umweltmanagementsystem nach dem EU-Ökoaudit und der ISO 14001 zertifiziert. Was die einzelnen Aktivitäten der Stadtwerke und ihrer Kunden bewirken, wird transparent auf der Homepage als sogenannter „Klimazähler“ dargestellt. Detailliert informiert die Umwelterklärung über die Ziele der Umweltpolitik, die Kennzahlen und die Maßnahmen abgebildet sind.

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen im Mittelpunkt. Die betriebliche Ausbildung hat traditionell bei den Stadtwerken Unna einen hohen Stellenwert. Mit dieser Quote liegen die Stadtwerke Unna weit über dem Branchenschnitt. Die fortschreitende Digitalisierung der Energiewirtschaft und der angestrebte Ausbau der Breitbandinfrastruktur macht es erforderlich, auch für einen klassischen Energieversorger neue Berufsbilder auszubilden. So wird neben dem klassischen Anlagenmechaniker –Versorgungstechnik– und Elektroniker –Betriebstechnik– auch die Ausbildung zum Informations- und Telekommunikationssystemelektroniker sowie zum Fachinformatiker Systemintegration angeboten. Besonders stolz sind die Stadtwerke Unna auf die erste Anlagenmechanikerin, die im Hause ausgebildet wird. Die Nachwuchsförderung ist daher fest in den Unternehmenszielen verankert, so dass viele Mitarbeiter ihre Berufslaufbahn mit einer Ausbildung im Hause begonnen haben.

Neben der Ausbildung von Mitarbeitern muss dem beständig an Komplexität gewinnenden Arbeitsumfeld und dem Wandel der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Die Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zielgerichtet und umfassend den jeweils gegebenen Herausforderungen anzupassen. Hier investieren die Stadtwerke Unna gezielt in bedarfsgerechte Qualifizierungsmaßnahmen. Auch stehen dabei der Erhalt sowie der kontinuierliche Ausbau der Attraktivität als Arbeitgeber im Vordergrund.

Da die Mitarbeiter ein wichtiges Gut für die Stadtwerke Unna darstellen, ist die Arbeitssicherheit und das Gesundheitsmanagement ebenfalls ein wichtiger Baustein der personalwirtschaftlichen Arbeit. Neben sehr hohen Standards der Arbeitssicherheit haben die Stadtwerke Unna ein aktives sowie gleichsam facettenreiches und systematisches Gesundheitsmanagement eingeführt.

III. Chancen- und Risikobericht

Die Stadtwerke Unna GmbH hat seit dem Jahre 2002 ein Risikomanagementsystem, welches die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) erfüllt, implementiert. Dieses Risikomanagement ist kein statisches Berichtssystem, sondern unterliegt vielmehr einem ständigen kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb), denen das Unternehmen mit einer überarbeiteten Risikoberichterstattung begegnet. Neben dem allgemeinen Risikomanagementhandbuch für das Gesamtunternehmen wurden spezielle Risikomanagementhandbücher für die Strom- sowie die Gas- und Wärmebeschaffung im Unternehmen etabliert. Die Implementierung der Beschaffungsrisikohandbücher führt dazu, dass sich die Stadtwerke Unna GmbH den Anforderungen der marktorientierten Beschaffungsvorgänge leichter stellen kann.

Aus den identifizierten Einzelrisiken wurde die nachfolgende Risikosystematik entwickelt:



Ziel des Risikomanagements ist einerseits die systematische Identifikation der Einzelrisiken, deren Bewertung hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit sowie ihrer Auswirkungen, um durch die frühzeitige Erkennung sowie Bewältigung bestandsgefährdender Entwicklungen deren Vermeidung oder Begrenzung zu gewährleisten sowie einen Risikotransfer zu ermöglichen. Es soll die Steuerung der Risiken sowie der damit verbundenen Chancen im Rahmen einer ganzheitlichen Unternehmenssteuerung ermöglichen. Das Risikomanagement beinhaltet somit die Gesamtheit aller organisatorischen Maßnahmen, Regelungen und Reaktionen zur Risikoerkennung, -erfassung, -analyse, -bewertung und -bewältigung sowie -akzeptanz.

Fair-Value-Risiken bestehen im Wesentlichen im Bereich der Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH. Beteiligungsrisiken wird durch eine enge Begleitung der erweiterten Geschäftsführung begegnet. In diesem Zusammenhang ist die wesentliche Beteiligung an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zu nennen. Im September 2015 erfolgte die offizielle Inbetriebnahme des Windparks. Der Baubeginn der 40 Windenergieanlagen startete mit der Errichtung der Fundamentstrukturen und dem Setzen der Tripods im September 2011. Die Inbetriebnahme verzögerte sich insbesondere durch die mehrfache Verschiebung der Netzanbindung durch den Übertragungsnetzbetreiber. Mit der Inbetriebnahme und Überführung der Anlagen in den Regelbetrieb existieren sämtliche Risiken aus der Errichtungsphase nicht mehr und die Kompensationszahlungen (§ 17e EnWG Regelungen zur Kompensation von Offshore-Windparks) endeten, so dass die Anlagen nun vollständig gemäß den Vergütungssätzen des EEG vergütet werden. Die Unsicherheiten hinsichtlich der Vermarktungserlöse nach Auslaufen der EEG-Vergütungen und den Risiken aus der Betriebsphase (Regelbetrieb) bestehen weiter. Die Produktion des Windparks im Jahr 2016 lag unter den Erwartungen. Dies ist auf ein insgesamt schwaches Windjahr 2016 zurückzuführen. Derzeit wird

die Möglichkeit der Refinanzierung der bestehenden Projektfinanzierung geprüft, so dass bei einer erfolgreichen Durchführung freie Mittel, die an die Gesellschafter ausgezahlt werden können, zur Verfügung stehen. Neben der Refinanzierung schreitet die Projektentwicklung für den zweiten Bauabschnitt weiter voran, so dass die Gesellschafter der ersten Baustufe für die Rechte und Genehmigungen, vorhandene Infrastruktur und Vorleistungen zum Betrieb der Windenergieanlagen Prämienzahlungen erhalten. Die Bewertung der Beteiligung ist stark von den nach dem Auslaufen der EEG-Vergütung erzielbaren Vermarktungserlösen abhängig. Nominal erwirtschaftet die Gesellschaft eine positive Rendite und die ausgegebenen Gesellschafterdarlehen und das eingezahlte Eigenkapital fließen an die Gesellschafter zurück. Da der Abzinsungsfaktor einen erheblichen Einfluss auf den Barwert der Bewertungseinheit aus den abgezinsten Cash-Flows hat, bestehen zukünftig in der Bewertung der Bewertungseinheit erhebliche Risiken. Unter Berücksichtigung einer Refinanzierung ist die Beteiligung als werthaltig anzusehen.

Die Beteiligung an der Trianel Erdgasspeicher Epe GmbH & Co. KG stellt kein Fair-Value-Risiko dar, da über den abgeschlossenen Speichernutzungsvertrag die Ertragssituation der Gesellschaft gesichert ist. Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist sehr bemüht, die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft zu verbessern und so die Kosten auf Seiten der Speichernutzer zu reduzieren.

Ausfallrisiken bestehen insbesondere im Bereich des Endkundengeschäfts, d. h. im Vertriebsbereich und für den Netzbereich durch den Ausfall von Transportkunden. Die geplante Novellierung bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung hat hierbei eine entscheidende Bedeutung. Die Risikovorsorge für ein Anfechtungsverfahren aus der Insolvenz eines Energiehändlers konnte aufgrund der Beilegung des Verfahrens größtenteils aufgelöst werden. Die Risikovorsorge beträgt nun insgesamt 141 T€.

Da sich die Stadtwerke Unna GmbH an einer Reihe von Projekten im Bereich der Erzeugung beteiligt hat und die Anforderungen im Bereich der Regulierung hinsichtlich der garantierten Eigenkapitalverzinsung erfüllen muss, ist die eigene Eigenkapitalausstattung der Stadtwerke Unna GmbH zu überprüfen. Im Berichtsjahr 2013 wurde mit den Gesellschaftern vereinbart, dass der auszuschüttende aber nicht liquiditätswirksam realisierte Zinsertrag aus den Gesellschafterdarlehen der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zur Stärkung des Eigenkapitals in die Kapitalrücklage zurückgeführt wird. Im Jahr 2016 wurden 728 T€ dem Unternehmen zur Eigenkapitalstärkung zur Verfügung gestellt. Diese besteht aus den unbaren Zinserträgen aus den Gesellschafterdarlehen der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG.

Die Eigenkapitalquote liegt mit rund 18 Prozent deutlich unter einer angemessenen Eigenkapitalquote von 30 Prozent. Bei dem eingeschlagenen Weg, die unbaren Zinserträge aus den Gesellschafterdarlehen den Stadtwerken Unna zur Stärkung des Eigenkapitals zur Verfügung zu stellen, handelt es sich um eine reine buchmäßige Eigenkapitalstärkung.

Die Fair-Value-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung unwahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos ein Volumina zwischen 580 T€ und 1.300 T€.

Cash-Flow-Risiken bestehen insbesondere im Bereich der Mengen- und Margenplanung. Aufgrund des Wettbewerbs und den effizienteren Einsatz von Energie gehen die Stadtwerke Unna von einem geringeren Mengen- und Umsatzvolumen aus.

Die derzeitige Situation an den Energiemärkten führt dazu, dass der Erdgasspeicher nicht profitabel bewirtschaftet werden kann. Die durch den Erdgasspeicher bereitgestellte mögliche energiewirtschaftliche Leistung wird im Erdgasmarkt nicht vergütet. Seit April 2013 erfolgt keine eigenständige Bewirtschaftung des Erdgasspeichers mehr, da das Arbeitsgasvolumen und die Ein- sowie Ausspeicherleistung verpachtet ist. Hier besteht das Risiko, dass der Speicherkunde die angepachteten Kapazitäten nach Ende der Vertragslaufzeit nicht mehr benötigt oder der Pachtzins deutlich unter den Erwartungen liegt. Um diesem Risiko zu begegnen, wurde ein Pachtvertrag mit einer Laufzeit bis 01.04.2018 abgeschlossen. Die Risikovorsorge für den Speichernutzungsvertrag bildet die gesamte Laufzeit des mit der Projektgesellschaft abgeschlossenen Speichernutzungsvertrages ab. Insgesamt wurden 1.890 T€ zurückgestellt.

Risiken aus der Umstrukturierung der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG bestehen nicht. Das Kraftwerk wird in Abhängigkeit der Marktentwicklung im Rahmen eines flexiblen Minimalbetriebs eingesetzt. Die Gesellschaft kann zur Finanzierung des Minimalbetriebs Gesellschafterdarlehen bei den Gesellschaftern abrufen.

Zinsrisiken aus langfristigen Finanzierungen auf Basis variabler Zinssätze werden durch den Einsatz von Derivaten eliminiert. Im Berichtsjahr wurden keine neuen Kredite aufgenommen. Wenn es möglich ist, werden die bestehenden Kredite umfinanziert, um das aktuell niedrige Zinsniveau mit Festzinsvereinbarungen zu sichern. Die gute Bonität der Stadtwerke Unna führt dazu, dass sie auch weiterhin ihren Kapitalbedarf durch Kredite decken kann.

Marktpreisrisiken im Strom- und Gasgeschäft werden durch eine strukturierte Beschaffung unter Zuhilfenahme externen Anbieter begegnet. Hierfür werden verschiedene Techniken der Portfolioverwaltung angewendet. Die Preisentwicklung an der Strombörse für die Lieferjahre 2016 – 2020 schafft im Portfolio Risiken, da bereits beschaffte Mengen mit niedrigen Marktpreisen bewertet werden müssen.

Die Cash-Flow-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumina zwischen 1.400 T€ und 3.500 T€.

Operationelle Risiken bestehen im Betrieb der technischen Anlagen, die das Risiko von Nichtverfügbarkeiten bergen. In den Verteilnetzen können ungeplante Versorgungsunterbrechungen auftreten, denen mit gezielten Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet wird. Die bestehenden Risiken können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die Gesellschaft lässt sich regelmäßig nach dem TSM zertifizieren. Die Neuzertifizierung steht im nächsten Geschäftsjahr an.

Die operationellen Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumina zwischen 720 T€ und 1.600 T€.

Sonstige Risiken stellen vor allem das Regulierungsrisiko und das rechtliche/politische Risiko dar. Dem internen Regulierungsmanagement kommt in einer immer komplexer werdenden Regulierungspraxis eine besondere Bedeutung zu. Hier erfolgt ein hoher fachlicher Austausch mit anderen Netzbetreibern vergleichbarer Größe und eine energiewirtschaftliche und juristische Beratung. Rechtliche oder politische Risiken werden über die Verbände (insbesondere dem Verband kommunaler Unternehmen) beobachtet.

Aufgrund der unterjährig zufließenden Liquidität und der verfügbaren Kreditlinien konnten die Stadtwerke Unna ihren Mittelbedarf jederzeit decken. Die Liquiditätsplanung ist ein wesentliches Instrument, um weiterhin allen notwendigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Neben den dargestellten Risiken bieten sich den Stadtwerken Unna in diesem Marktumfeld Chancen im Bereich der Energiedienstleistungen und des Breitbandausbaus. Mit energieeffizienten Lösungen und maßgeschneiderten Produkten sowie zusätzlichen Dienstleistungen neben der reinen Energielieferung auch an Privatkunden kann ein zusätzlicher Deckungsbeitrag generiert und so dem immer schärfer werdenden Wettbewerb im Endkundengeschäft entgegen gewirkt werden. Energiehändler mit einem zweifelhaften Geschäftsmodell bieten die Chance, Kunden langfristig an die Stadtwerke Unna zu binden.

Die sonstige Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumina zwischen 130 T€ und 380 T€.

Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass bestandgefährdende Risiken, die den Fortbestand der Stadtwerke Unna GmbH gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2016 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2017 gegenwärtig erkennbar sind. Die derzeitige energiewirtschaftliche Lage zwingt die Stadtwerke Unna jedoch dazu, die eingesetzten Methoden des Risikomanagements ständig weiter zu entwickeln.

Der Stärkung des Eigenkapitals und der weiteren Entschuldung sollte weiter vorangetrieben werden, um die Stadtwerke Unna vor den weiteren zukünftigen Herausforderungen sicher aufzustellen.

IV. Prognosebericht

Die Energiewende schafft einen Umbruch in den tradierten Unternehmensplanungen. Der Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien hat zu einem starken Druck auf die Börsennotierungen für Strom geführt. Nach dem massiven Preisverfall der letzten Jahre wird mit einer Bodenbildung gerechnet. Mittelfristig wird jedoch ein Anstieg der Stromnotierungen erwartet. Neben den wettbewerblichen Implikationen hat die zunehmende Regulierung wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung. Fraglich sind hierbei die Ausgestaltung der dritten Regulierungsperiode und die Refinanzierungsmöglichkeiten der erheblichen Investitionserfordernisse in Erzeugungs- und Netzkapazitäten einschließlich der zunehmenden Anforderungen zur Wahrung der Systemstabilität und Versorgungssicherheit.

Die langfristige Strombeschaffung wird die Ergebnislage der Stadtwerke Unna erheblich beeinflussen, da die langfristige Beschaffung für mögliche Preisreaktionen im Endkundenmarkt nicht die notwendige Flexibilität bereitstellt.

Die Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG wird für die Stadtwerke Unna GmbH auch zukünftig eine Herausforderung bleiben. Es wird weiter damit gerechnet, dass sich eine Trendwende, in der die energiewirtschaftliche Leistung wieder vergütet wird, am Erdgasmarkt mittelfristig nicht einstellen wird. Erst mit Auslaufen der Projektfinanzierung wird sich die Situation hinsichtlich der Fixkosten verbessern.

Die ersten Monate des Geschäftsjahres 2017 zeigen einen den Planungen entsprechenden Geschäftsverlauf. Der Januar 2017 war durch einen starken Gasabsatz geprägt, während die milde Witterung in den Monaten Februar und März 2017 den positiven Effekt wieder kompensiert haben. Für das gesamte Geschäftsjahr 2017 sieht die Wirtschaftsplanung ein erwartetes Jahresergebnis vor Ertragsteuern von 4.900 T€. Die erwartete Gewinnabführung liegt bei 3.500 T€.

Unna, 31. Mai 2017

Stadtwerke Unna GmbH

Jürgen Schäpermeier

2.2 Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@logistikzentrum-ruhrost.de Internet: www.logistikzentrum-ruhrost.de	Gesellschaftsvertrag vom: 12.10.2004 in der Fassung vom: 07.08.2006

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur durch Errichtung, Unterhaltung und Verpachtung von Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen in der Kreisstadt Unna und in der Gemeinde Bönen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	50,00	50.000,00
Gemeinde Bönen	50,00	50.000,00
	100,00	100.000,00

Beteiligungen der	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Logistikzentrum RuhrOst Betreibergesellschaft	25,10	12.550,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der Beteiligung der LZR verzichtet.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus folgenden Personen:

Uwe Kutter
Jürgen Schäpermeier

Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Kutter	0,00 €	0,00 €	8.450,00 €	8.450,00 €
Schäpermeier	0,00 €	0,00 €	8.450,00 €	8.450,00 €

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus sechs Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Hans-Jürgen Scheideler
2.	CDU	RM Erich Kreß	RM Franz Rottinger
3.		TBG Ralf Kampmann	Dez Matthias Immick

Anzahl der Mitarbeiter

Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2016, wie auch im Jahr 2015, mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über Dienstleistungsverträge geregelt.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	345
II. Sachanlagen	2.590.998	2.746.915	2.896.564
III. Finanzanlagen	12.550	12.550	12.550
Summe Aktiva	2.603.548	2.759.465	2.909.459
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	-	-	-
II. Forderungen	254.317	186.374	257.087
III. Kassenbestand	34.412	54.505	59.278
Summe Umlaufvermögen	288.729	240.879	316.365
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	2.702	-
Summe Aktiva	2.892.277	3.003.046	3.225.824
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
II. Kapitalrücklage	50.000	50.000	50.000
III. Gewinn-/Verlustvortrag	-	- 18.646	-
IV. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-	- 18.646
Summe Eigenkapital	150.000	131.354	131.354
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	334.998	364.340	393.683
C. Rückstellungen	86.000	18.100	15.286
D. Verbindlichkeiten	2.321.279	2.489.252	2.685.501
E. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	2.892.277	3.003.046	3.225.824

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	753.044	555.565	541.831
sonstige betriebliche Erträge	32.189	136.861	133.713
Materialaufwand	- 556.724	- 422.090	- 422.745
Personalaufwand	- 20.944	- 20.944	- 20.952
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 155.917	- 156.302	- 162.838
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 127.370	- 127.064	- 154.003
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.554	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 96.965	- 118.152	- 126.667
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 11.037	-	-
Ergebnis nach Steuern	- 180.170	- 152.126	- 211.661
Sonstige Steuern	- 7.477	- 7.477	- 6.985
Erträge aus Verlustübernahme	187.647	159.603	200.000
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	-	-	- 18.646

Jahresergebnis 2016

Das Jahresergebnis 2016 vor Verlustausgleich belief sich auf -187,6 T€. Gemäß dem Gesellschaftsvertrag sind festgestellte Verluste, soweit eine Deckung nicht anderweitig sichergestellt werden kann, durch die Gesellschafter, bemessen am Verhältnis ihrer Geschäftsanteile, auszugleichen. Dabei beschränkt sich die Verlustübernahme für jeden Gesellschafter auf jeweils den zweifachen Wert des jeweiligen Anteils am Stammkapital. Für die WBU bedeutet dies eine maximale Verlustübernahme von 100 T€ je Geschäftsjahr.

Das Jahresergebnis 2016 vor Verlustausgleich beläuft sich auf -187,6 T€. Entsprechend der Regelung im Gesellschaftsvertrag gleicht die WBU einen Betrag von 93,8 T€ (Vorjahr: 80 T€) aus.

Bürgschaften

Die Kreisstadt Unna hat für die LZR GmbH Bürgschaften mit einem Ursprungsbetrag von 5.177 T€ übernommen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 beläuft sich der verbürgte Restbetrag auf 1.762 T€. Hierfür hat die Gesellschaft der Kreisstadt Unna im Geschäftsjahr 2016 eine Avalprovision in Höhe 5 T€ gezahlt.

Ausleihung

Die LZR weist zum Bilanzstichtag 31.12.2016 ein von der WBU gewährtes Darlehen in Höhe von 250 T€ (Vorjahr: 200 T€) aus.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016

A Wirtschaftsbericht

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Tätigkeitsschwerpunkte gemäß Gesellschaftsvertrag

Die Logistikzentrum RuhrOst GmbH verfolgt das Ziel, in der Kreisstadt Unna und der Gemeinde Bönen Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen Anlagevermögen zu errichten, zu unterhalten und zu verpachten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

1.2 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine Investitionen getätigt.

1.3 Operative Aktivitäten

Das operative Geschäft war im Verlauf des Geschäftsjahres deutlich besser als im Vorjahr. Bei den Kranungen konnte eine klare Steigerung zum vorherigen Geschäftsjahr verbucht werden. Mit den 59.468 Kranungen konnte sogar das beste Kranungsergebnis seit Bestehen des Unternehmens generiert werden. Auch die Erlöse im Bereich der Achsentgelte konnte zum Vorjahr wieder gesteigert werden.

Die Umsatzerlöse beliefen sich in KV-Terminal Bönen auf rund 412,7 T€ und lagen somit mit 53,2 T€ über dem Vorjahreserlös (Vorjahr: 359,5 T€). Der Kran im KV-Terminal Unna befindet sich weiterhin in einer Vorhaltefunktion (seit Anfang 2015). Im Bereich des Gleisverkehrs konnten die Erlöse sowohl in Unna, als auch in Bönen im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden. In Bönen lagen die Erlöse mit 171,6 T€ um 23,0 T€ über den Vorjahreserlösen (Vorjahr: 148,6 T€). Die Erlöse durch den Gleisverkehr in Unna beliefen sich auf 43,6 T€ (Vorjahr 36,6 T€).

In Folge der großen Kranungsbeanspruchung im operativen Geschäft stieg auch der Aufwand bei den Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an den beiden Kränen in Bönen (Alter der Krananlagen etc.). Die Geschäftsführung steht nach wie vor in einem engen Dialog mit der LZR Betreibergesellschaft mbH, um einerseits das Geschäftsvolumen weiter und nachhaltig zu erhöhen und um andererseits einen fairen Ausgleich der aufgabenbedingten hohen Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an den Krananlagen zu erreichen.

1.4 Personelle Ausstattung

Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2016 mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über Dienstleistungsverträge geregelt.

1.5 Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Logistikzentrum RuhrOst GmbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, die Unterhaltung und die Verpachtung der Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 187,6 T€ ab. Zum Vorjahresergebnis (-159,6 T€ vor Verlustübernahme) bedeutet das eine erneute Ergebnisverschlechterung (- 28,0 T€). Mit Blick auf die Ergebnisprognose aus dem Halbjahresbericht 2016 (-184,3 T€) wurde die getroffene Prognose nahezu eingehalten. Die Jahresergebnisse spiegeln das atypische (ungewöhnliche) Geschäftsmodell der LZR „Zuständigkeiten und Risikoverteilung“ zu Lasten der Besitzgesellschaft wider.

Die folgende Übersicht zeigt die wichtigsten Ertrags- und Aufwandspositionen:

	2015	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	Vorjahr
			TEUR
1. Umsatzerlöse	555,6	753,0	197,4
2. sonstige betriebliche Erträge	136,9	32,2	-104,7
Betriebserträge	692,5	785,2	92,7
3. Material-und Fremdleistungen	-422,1	-556,7	-134,6
4. Personalaufwendungen	-20,9	-20,9	0,0
5. Abschreibungen	-156,3	-155,9	0,4
6. Sonstige Steuern	-7,5	-7,5	0,0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-127,1	-127,4	-0,3
Betriebsaufwendungen	-733,9	-868,4	-134,5
Ordentliches Betriebsergebnis	-41,4	-83,2	-41,8
8. Erträge aus Beteiligungen	0,0	3,6	3,6
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-118,2	-97,0	21,2
Finanzergebnis	-118,2	-93,4	24,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-159,6	-176,6	-17,0
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	-11,0	-11,0
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	-159,6	-187,6	-28,0

	<u>2013</u>	<u>2014</u>	<u>2015</u>	<u>2016</u>
<u>Kennzahlen zur Rentabilität</u>				
<u>Jahresergebnis (nach Verlustübernahme)</u>	-67,9	-18,6	0,0	0,0
Eigenkapital	150,0	131,4	131,4	150,0
Eigenkapitalrentabilität in %	-45,3	-14,2	0,0	0,0
<u>Jahresergebnis (nach Verlustübernahme)</u>	-67,9	-18,6	0,0	0,0
Gesamtleistung / Umsatzerlöse	525,5	541,8	555,6	753,0
Umsatzrentabilität I in %	-12,9	-3,4	0,0	0,0
<u>Materialaufwand</u>	374,7	422,7	422,1	556,7
Gesamtleistung / Umsatzerlöse	525,5	541,8	555,6	753,0
Materialintensität in %	71,3	78,0	76,0	73,9

Bei den Umsatzerlösen handelt es sich im Wesentlichen um kranungsabhängige Erlöse aus der Verpachtung des KV-Terminals in Bönen. Des Weiteren wurden Erlöse aus Gleisnutzungsgebühren, aus der Vermietung der Lagerhalle (Otto-Hahn-St. 22) und durch eine Reparaturkostenpauschale seitens des Betreibers erzielt. In Summe belaufen sich die Umsatzerlöse auf 753,0 T€ (+ 197,4 T€ zum Vorjahr (VJ: 555,6 T€)). Der Anstieg ist zum einen bedingt durch die Verschiebung der ursprünglichen sonstigen betrieblichen Erträge in die Umsatzerlöse gem. BilRUG (114,2 T€) und zum anderen durch den gestiegenen Containerverkehr (Kranungen + 53,2 T€ und Gleisverkehr + 30,0 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten hauptsächlich die erfolgswirksame ratierliche Auflösung des EBA-Zuschusses (29,3 T€). Die Mieteinnahmen für die Immobilie „Otto-Hahn-Str. 22“ und die Reparaturkostenbeteiligungspauschale seitens des Betreibers wurden gem. BilRuG den sonstigen Umsatzerlösen zugeordnet.

Der Materialaufwand umfasst neben den Kosten für die Infrastrukturanschlussverträge mit der DB Netz AG und die Energiebezugsaufwendungen für die Lichtsignalanlagen der beiden Bahnübergänge in Unna noch die Instandhaltungsaufwendungen für beide Terminals (wobei der wesentliche Anteil beim Terminal in Bönen liegt).

Die ursprünglich für das Geschäftsjahr geplanten Aufwendungen von 377,0 T€ wurden durch Geschehnisse im Laufe des Jahres mit dem Halbjahresbericht prognosemäßig korrigiert (460,0 T€). Bedingt durch die sehr starke Frequentierung des KV-Terminals in Bönen sind zusätzliche, nicht geplante Mehraufwendungen angefallen (Austausch der Hubwerksmotoren bei beiden Kränen in Bönen (10,5 T€), Kabelradmotoren für beide Kräne (20,2 T€), div. Reparaturaufwendungen (10,1 T€), Personalstunden für Störungsbehebungen (20,7 T€) und Gleisschwellenerneuerung am Stammgleis in Unna-Nord (20,0 T€), wodurch sich die gesamten Materialaufwendung auf insgesamt 554,6 T€ (ohne Energiebezug) belaufen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen überwiegend Pacht aufwendungen für die Gleisanlagen in Bönen (33,0 T€), Grundbesitzabgaben (20,9 T€), Versicherungsbeiträge (12,4 T€), Prüfung- und Beratungskosten (12,9 T€) und Aufwendungen für Rufbereitschaftsdienst und kaufmännische Betriebsführung (41,5 T€). In Summe belaufen sich diese Aufwendungen auf 127,4 T€ (Vorjahr: 127,1 T€).

3. Finanzlage

Die Eigenkapitalquote der LZR ist im Berichtsjahr auf 5,2 % (Vorjahr 4,4 %) gestiegen. Die Fremdkapitalquote beträgt 94,8 % (Vorjahr 95,6 %).

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch ein Darlehen des Gesellschafters Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH gegeben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Ausfallbürgschaften der Gemeinde Bönen und der Kreisstadt Unna sowie einer Grundschuld gesichert.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2015	2016
	T€	T€
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	-160	-188
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	156	155
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	3	68
sonstige zahlungswirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-) (operative Tätigkeit)		
- Auflösung Sonderposten für Zuschüsse	-29	-29
Veränderung des Saldos folgender Aktiva:		
Forderungen, Rechnungsabgrenzungsposten	67	-65
Veränderung des Saldos folgender Passiva:		
Kurzfristige Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten	40	-47
Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	77	-106
Anlageninvestitionen lt. Anlagenspiegel		
Anlageninvestitionen (-)	-6	0
Mittelzufluss / -abfluss aus Investitionstätigkeit (2)	-6	0
Verlustübernahme (+) des Geschäftsjahres	160	188
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Teile, usw.) (+)	0	18
Darlehenaufnahme	0	50
Darlehenstilgung	-235	-171
Mittelzufluss / -abfluss aus Finanzierungstätigkeit (3)	-75	85
Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln (1) + (2) + (3)	-4	-21
Finanzmittelbestand am 1.1.	59	55
Finanzmittelbestand am 31.12.	55	34

4. Vermögenslage

Im Sachanlagevermögen sind im Wesentlichen die Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücke, Gebäude und technische Anlagen enthalten (2.591,0 T€). Das Sachanlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr um die Abschreibungen von 155,9 T€ verringert.

Im Jahr 2006 wurde die LZR Betreibergesellschaft mbH gegründet. An dieser Gesellschaft ist die LZR mit 25,1 % (12,5 T€) beteiligt. Es handelt sich um die einzige Beteiligung im Finanzanlagevermögen. Im Vergleich zum Vorjahr (240,9 T€) ist das Umlaufvermögen wieder angestiegen. Zum Jahresende werden 288,7 T€ in der Bilanz als Umlaufvermögen ausgewiesen. Die Forderungen beinhalten u. a. die Forderung gegenüber den Gesellschaftern aus der Verlustübernahme in Höhe von 187,6 T€ (Vorjahr: 159,6 T€).

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 2.321,3 T€ sind mit Blick auf das Vorjahr weiter zurückgegangen (Vorjahr: 2.489,3 T€). Grund hierfür sind überwiegend die planmäßigen Tilgungen der Darlehen.

5. Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2016 zeigt, dass eine Verbesserung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft in diesem volatilen Geschäftsfeld als herausfordernd zu bewerten ist. Durch den eingeleiteten Restrukturierungsprozess der Terminals stellt sich die Geschäftsführung mit den Gesellschaftern dieser Herausforderung.

B Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

C Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die immer wieder auftretenden Reparatur- und Unterhaltungskosten an den Krananlagen und den Krangleisen im Terminal in Bönen veranlasste die Geschäftsführung dazu, den technischen Zustand der Anlagen grundlegend in Frage zu stellen. Durch Zuhilfenahme externer Gutachter bzw. Sachverständiger erfolgte eine vollständige Vermessung und darauf aufbauende Bewertung der Infrastruktur in Bönen. Es erfolgte eine umfassende Vermessung der beiden Portalkräne (Kran 1 und Kran 2) sowie der Kranbahn. Es stellte sich heraus, dass umfangreiche Sanierungs- und Komplettierungsmaßnahmen am Kran 2 sowie an den Gleisen der Kranbahn erforderlich sind, um die laufenden Kosten und Ausfallzeiten der Kräne für die nächsten Jahre zu reduzieren.

In Abstimmung mit den Gesellschaftern werden diese dringend erforderlichen Maßnahmen im Geschäftsjahr 2017 angegangen. Ziel ist es, durch eine optimierte Anlagentechnik die Grundlage für einen verlässlichen Betrieb und für eine kalkulierbare und wirtschaftlich verantwortbare Betriebsführung zu legen.

Die Nachfrage nach logistischen Konzepten im kombinierten Verkehr Schiene/Straße hat konjunkturbedingt im letzten Jahr deutlich zugenommen. Die LZR Betreibergesellschaft erwartet auch für 2017 eine stabile Beschäftigung. Rein schienengebundene Angebote, die über die Gleisanlagen der Gesellschaft abgewickelt werden, werden von den direkt an das Gleisnetz angeschlossenen Kunden in unterschiedlichem Maße in Anspruch genommen. Hier entscheiden die Unternehmen individuell nach Zeit- und Kostengesichtspunkten, auf die die Gesellschaft keinen Einfluss hat. Insgesamt bewegen sich die Angebote der LZR damit im Spannungsfeld zwischen standortpolitischen Zielsetzungen, konjunkturellen Einflüssen und wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb.

Die Pachtverträge mit der LZR Betreibergesellschaft für die Terminalanlagen in Bönen und in Unna sind zum 31.12.2016 ausgelaufen. In Verhandlungen mit der Betreibergesellschaft konnte eine geänderte Kostenbeteiligung verhandelt werden, die die Basis für eine Fortführung der Zusammenarbeit gebildet hat.

Für das Geschäftsjahr 2017 sieht die Wirtschaftsplanung einen erwarteten Jahresfehlbetrag - vor Verlustübernahme – in Höhe von 199,4 T€ vor.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftsleitung hat Risiken für die Gesellschaft definiert. Sie hat unterschieden zwischen strategischen und operativen Risiken und hat 15 Einzelrisiken ermittelt. Diese Einzelrisiken wurden bewertet (niedrig / mittel / hoch) und Maßnahmen zur Minimierung des Risikos festgelegt. Des Weiteren dienen zur rechtzeitigen Erkennung von bestandsgefährdenden Risiken das Rechnungswesen und die laufende Kontrolle des Geschäftsverlaufs.

Nach den erfolgten Sanierungs- und Komplettierungsmaßnahmen am Kran 2 sowie an den Gleisen der Kranbahn und der geänderten Kostenverteilung zwischen der LZR und der LZR Betreibergesellschaft (ab 01.01.2017 nur noch Betreiber des Terminals Bönen) besteht die Chance, dass sich die Jahresergebnisse in den kommenden Jahren verbessern. Es ist jedoch zu betonen, dass das Vorhalten einer funktionstüchtigen logistischen Infrastruktur trotz aller Anstrengungen in der jetzigen Konstellation nicht kostendeckend erfolgen kann. Zwar bietet die zentrale Lage des KV-Terminals in Bönen Chancen, an einem konjunkturellen Aufschwung teilhaben zu können. Zugleich wird deutlich, dass insbesondere der Betrieb der Gleisinfrastruktur Risiken beinhaltet, die nicht durch eine adäquate Nachfrage und somit entsprechenden Einnahmen gedeckt werden können. Positiv dürfte sich auch die in Verhandlung stehende Verpachtung des Terminalgeländes in Unna auf das Gesamtergebnis der LZR auswirken.

Die Geschäftsführung verfügt über eine adäquate Liquiditätssteuerung und kann über die im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages bei den Stadtwerken Unna angekauften Finanzierungs- und Finanzplanungssysteme gewährleisten, dass die Risiken für die Unternehmung sorgfältig beobachtet und gesteuert werden können.

Unna, 21. Februar 2017

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

gez. Jürgen Schäpermeier
Geschäftsführer

gez. Uwe Kutter
Geschäftsführer

3. Beteiligungen auf Kreisebene

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit anderen Städten und Gemeinden aus dem Kreis Unna an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH
- Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Die Unternehmen werden im dritten Kapitel dargestellt.

3.1 Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Friedrich-Ebert-Straße 32 59425 Unna	Telefon: 02303 28270 Fax: 02303 2827-99 E-Mail: info@ukbs.de Internet: www.ukbs.de	Gründung am: 19.08.1939 Letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages am: 20.06.2006

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen im Kreis Unna und in der Stadt Hamm. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	40,8	1.061.850,00
Kreisstadt Unna	14,7	381.150,00
Stadt Bergkamen	14,0	364.000,00
Stadt Kamen	11,0	286.000,00
Stadt Hamm	6,6	171.600,00
Stadt Fröndenberg	4,9	127.400,00
Gemeinde Bönen	3,0	78.000,00
Stadt Selm	3,0	78.000,00
Gemeinde Holzwickede	2,0	52.000,00
Gesamt:	100,0	2.600.000,00

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Matthias Fischer

Vergütung der Geschäftsführung
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.
Gemäß § 286 Abs. 4 HGB macht der Geschäftsführer, Herr Fischer, bezüglich der Geschäftsführerbezüge von der Schutzklausel Gebrauch.

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Volker König	RM Gerhard Heckmann (CDU)
2.		BM Werner Kolter	TBG Ralf Kampmann

Vergütung des Aufsichtsrates	
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.	
Der Jahresabschluss 2016 der UKBS weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 51.500,00 € aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:	
RM Volker König	3.360,00 €
BM Werner Kolter	1.740,00 €
TBG Ralf Kampmann	180,00 €

Gesellschafterversammlung			
Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2016	2015
Angestellte		
in Vollzeit	23	24
in Teilzeit	6	6
Auszubildende	2	3
Aushilfen	0	0
Gesamt	31	33

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	63.603	60.985	32.802
II. Sachanlagen	97.916.925	95.790.209	97.392.209
III. Finanzanlagen	4.160	4.160	4.160
Summe Aktiva	97.984.688	95.855.354	97.429.171
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	5.943.774	5.920.871	5.830.978
II. Forderungen	115.012	163.519	146.025
III. Kassenbestand	2.510.332	2.914.981	1.427.975
Summe Umlaufvermögen	8.569.118	8.999.371	7.404.978
C. Rechnungsabgrenzungsposten	45.132	-	-
Summe Aktiva	106.598.938	104.854.725	104.834.149
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000	2.600.000	2.600.000
II. Kapitalrücklage	-	-	-
III. Gewinnrücklage	20.655.849	20.432.957	20.175.506
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	-	-	-
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	938.590	846.892	881.451
Summe Eigenkapital	24.194.439	23.879.849	23.656.957
B. Rückstellungen	231.122	293.176	226.805
C. Verbindlichkeiten	82.173.377	80.681.700	80.950.387
D. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	106.598.938	104.854.725	104.834.149

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	17.152.308	16.624.232	16.636.423
Erhöhung des Bestandes	58.352	120.303	201.554
Andere aktivierte Eigenleistungen	257.680	248.478	229.130
sonstige betriebliche Erträge	283.935	475.859	196.991
Aufwendungen f. Hausbewirtschaftung	- 8.410.196	- 8.379.580	- 8.179.401
Personalaufwand	- 1.757.670	- 1.870.634	- 1.745.103
Abschreibung	- 3.393.499	- 3.306.606	- 3.355.306
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 928.310	- 863.227	- 892.665
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.182	3.499	3.124
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.554.269	- 1.554.109	- 1.571.486
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 140.430	- 17.296	- 66.742
Ergebnis nach Steuern	1.569.083	1.480.919	1.456.519
Sonstige Steuern	- 630.493	- 634.028	- 575.068
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	938.590	846.891	881.451

Verwendung des Jahresergebnisses 2015

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.05.2016 beschlossen, eine Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 24 % der Stammeinlage (= 624.000 €) vorzunehmen. Bezogen auf die Stammeinlage (381.150 €) hat die Kreisstadt Unna einen Bruttobetrag von 91.476 € im Jahr 2016 erhalten.

Darüber hinaus wurde beschlossen, den Restbetrag in Höhe von 222.892 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Jahresergebnis 2016

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2016 der UKBS am 31.05.2017 festgestellt und beschlossen, vom Jahresüberschuss in Höhe von 938.590 € eine Gewinnausschüttung in Höhe von 624.000 € (= 24% der Stammeinlage) vorzunehmen und den Restbetrag in Höhe von 314.590 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Bezogen auf die Stammeinlage (381.150 €) hat die Kreisstadt Unna einen Bruttobetrag von 91.476 € im Jahr 2017 erhalten.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

Allgemein

Die politische Landschaft hat sich im Laufe des Jahres 2016 stark verändert, was weitreichende Konsequenzen für die Weltwirtschaft in den kommenden Jahren haben könnte. So entschied Großbritannien im Juni 2016 mit einem Referendum für den Austritt aus der Europäischen Union. Gleichzeitig wirft die überraschende Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten eine Vielzahl von Fragen bezüglich der künftigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der größten Volkswirtschaft der Welt auf.

In der Summe hat sich 2016 die moderate Erholung, auch in den Ländern des Euroraums, fortgesetzt. Mit 1,7 % war die wirtschaftliche Entwicklung spürbar aufwärts gerichtet. Bis auf Griechenland scheinen alle Euroländer erneut auf einen Wachstumspfad zurückgefunden zu haben.

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, im Jahresdurchschnitt 2016, um 1,9 % höher als im Vorjahr. Damit setzt die deutsche Wirtschaft das robuste Wachstum des Jahres 2015 (+1,7 %) fort.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2016 war die inländische Verwendung. Neben dem Konsum stützen vor allem die Anlageinvestitionen, unter anderem bestehend aus Bauinvestitionen, die im Jahr 2016 um 3,1 % deutlich stärker als im Vorjahr (0,3 %) erhöht werden konnten, die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Wobei sich der Wohnungsbau, wie in den Vorjahren, deutlich überdurchschnittlich um 4,3 % entwickeln konnte.

Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau gestalten sich weiterhin positiv. Die Zinsen für Baugeld befinden sich auf einem äußerst niedrigen Niveau. Die Arbeitsmarkt- und Einkommensaussichten sind positiv. Die hohe Nettozuwanderung steigert die Nachfrage nach Wohnraum deutlich. Alle vorlaufenden Indikatoren im Wohnungsbau deuten darauf hin, dass der Aufwärtstrend 2017 deutlich kräftiger fortgesetzt wird.

Wohnungsverwaltung

Die Vermietungssituation der UKBS hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2016

2.886	Wohnungen und
33	Büro- und sonstige Einheiten
	in insgesamt 404 Häusern
1	Parkhaus mit 81 Stellplätzen
464	Garagen

mit einer Gesamtwohn/-nutzfläche von 202.907,96 m² umfasst.



	Anzahl Wohnungen
Bergkamen	410
Bönen	254
Fröndenberg	155
Hamm	283
Holzwickede	184
Kamen	360
Selm	56
Unna	1.184
Gesamt	2.886

Für die Mieter bestand auch 2016 ein günstiges Preis-/Leistungs-verhältnis. Die Mieten lagen auch in 2016 überwiegend unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Im Berichtsjahr waren 252 Mieterwechsel (2015: 251 Mieterwechsel) zu verzeichnen. Dies entspricht einer Fluktuationsrate von 8,5 % (2015: 8,5 %).

Am Bilanzstichtag lag der Leerstand bei 34 Wohnungen (2015: 51 Wohnungen) mit einer Leerstandsquote in Höhe von 1,2 % (2015: 1,8 %). Der modernisierungsbedingte Leerstand davon betrug 1 Wohnung (2015: 1 Wohnung).

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 262,7 T€ (2015: 339,6 T€). Von den Kosten entfallen 1,5 T€ (2015: 2,5 T€) auf modernisierungsbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 119,6 T€ (2015: 111,3 T€) Betriebskosten enthalten. Gegenüber Beihilfeempfängern wurden im Jahr 2016 66,2 T€ (2015: 66,9 T€) Mietverzicht gewährt.

Die Erlösausfälle, ohne WFB-Verzichte, betragen in 2016 unter Berücksichtigung von Eingängen auf abgeschriebene Mietforderungen 2,1 % (= 357,6 T€), gegenüber 2015 2,6 % (= 426,5 T€) des Miet- und Umlagensolls. In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 108,8 T€ (2015: 91,0 T€) enthalten. Diese hohen Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass viele Haushalte oft überschuldet sind, von Arbeitslosigkeit betroffen oder finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter erhalten. Die Rückzahlung ist oft nur in kleinen Raten und über einen längeren Zeitraum möglich.

Die Verbesserung unseres Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.707 T€ (2015: 3.860 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2016 in Relation zur Sollmiete rd. 32,5 % (Vorjahr: 34,6 %) verausgabt. Dies sind 18,36 € pro durchschnittliche m² Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 19,32 € pro durchschnittliche m²).

Neubautätigkeit

Bergkamen

Im Januar 2015 wurde ein 2.974 m² großes Grundstück in Bergkamen, Rathausplatz 4, erworben. Vorgesehen ist ein Wohnhaus mit gewerblichen Flächen. Der Baubeginn ist geplant für das 3. Quartal 2017.

Fröndenberg

Der im 2. Quartal 2015 begonnene Neubau „Bielefelder Modell“ mit 26 WE sowie einer Tiefgarageanlage wurde im September 2016 fertiggestellt und an die Mieter übergeben.

Mit den Umbauarbeiten des ehem. Gemeindezentrums als „Bürgerzentrum“ wurde im 1. Quartal 2016 begonnen. Die Fertigstellung erfolgt im 1. Quartal 2017.

Selm

Im August 2014 wurde ein 2.656 m² großes Grundstück in Selm, Schulstraße, mit dem ehem. Schulgebäude erworben. Es sind ein Umbau des bestehenden Gebäudes in 13 WE sowie ein Neubau von 12 Wohnungen vorgesehen. Der Baubeginn ist geplant in 2017.

Unna

Mit der Bebauung auf dem im November 2012 erworbenen Grundstück in Unna, Mozartstraße 46 / Sybil-Westendorp-Str. 15, wurde im 4. Quartal 2015 begonnen. Die Bezugfertigstellung von 2 Wohngebäuden mit 24 WE für das Mehrgenerationenwohnen sowie einer Tiefgarageanlage ist für das 3. Quartal 2017 geplant.

Im Juli 2014 wurde ein 5.889 m² großes Grundstück mit 6 Gebäuden in Unna, Heinrichstraße erworben. Nach dem Abriss der Gebäude ist eine Bebauung mit insgesamt 40 WE vorgesehen, aufgeteilt in 10 Reihen-/Doppelhäusern sowie 3 Mehrfamilienhäusern.

Bis zum Ende des Jahres 2014 wurden 2 Gebäude abgerissen. 2 weitere Gebäude werden im 1. Quartal 2017 abgerissen. Der Baubeginn ist voraussichtlich geplant Ende 2018.

Für die fertiggestellten, begonnenen und geplanten Neubaumaßnahmen werden Fremdkosten in Höhe von rd. 15.453 T€ entstehen.

Die Finanzierung erfolgt durch 12.104 T€ öffentliche Mittel und Hypothekendarlehen und rd. 3.349 T€ Eigenmittel der Gesellschaft.

Betriebliche Organisation

Die Geschäftsräume befinden sich im gesellschaftseigenen Verwaltungsgebäude Friedrich-Ebert-Str. 32, 59425 Unna.

Übersicht Stellenbesetzung	31.12.2016	31.12.2015
Geschäftsführer	1	1
Prokurist	1	1
Sekretariat	1	1
Rechnungswesen	5	5
Wohnungsverwaltung		
Team Süd	5	5
Team Nord	4	4
Mieterbetreuung	2	2
Technische Abteilung	3	2
Information / Service-team	4	4
Auszubildende	2	3
Servicetechniker	3	4
	31	32

Die Wohnungsverwaltung umfasst sowohl die kaufmännische, wie auch die technische Betreuung des Wohnungsbestandes.

Jahresdurchschnitt	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännische Mitarbeiter	14	13,5
Technischer Mitarbeiter	3,5	3
Servicetechniker	3	4
	20,5	20,5

Außerdem wurden durchschnittlich 2 Auszubildende beschäftigt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen	in	2016	2015	2014
Gesamtkapitalrentabilität	%	2,5	2,3	2,4
Eigenkapitalrentabilität	%	4,5	3,6	4,0
Eigenkapitalquote	%	22,7	22,8	22,6
Fremdkapitalquote	%	70,2	70,2	70,7
Cashflow	T€	4.331	4.155	4.241
Durchschnittliche Sollmiete	€/m ² /mtl.	4,73	4,65	4,65
Modernisierung und Instandhaltung	€/m ²	18,36	19,32	17,40
Erlösschmälerungen Sollmiete	%	1,3	2,0	2,0
Fluktuationsquote	%	8,5	8,5	9,1
Leerstandsquote am Bilanzstichtag	%	1,2	1,8	2,6

Darstellung der Lage

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wird ein Jahresüberschuss von 938,6 T€ (2015: 846,9 T€) ausgewiesen. Dieser wurde im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

Übersicht Ertragslage	2016 T€	2015 T€	Veränd. T€
Hausbewirtschaftung	1.303	779	-321
Sonstige betriebliche Geschäftsvorfälle	-186	-203	-93
= Betriebsergebnis	1.117	576	-414
Zzgl. Finanzergebnis	-5	-3	0
neutrales Ergebnis	-33	291	329
Abzgl. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-140	-17	50
= Jahresüberschuss	939	847	-35

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt am 31.12.2016 106,6 Mio. € (2015: 104,8 Mio.€)

Den Vermögenswerten des Anlagevermögens in Höhe von 97,9 Mio. € (2015: 95,8 Mio. €) standen langfristige Deckungsmittel aus Eigen- und Fremdkapital in Höhe von 99,2 Mio. € (2015: 97,6 Mio.€) gegenüber.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 91,9 % (2015: 91,4 %).

Die Eigenkapitalquote beträgt 22,7 %.

Übersicht Deckungsverhältnisse	2016 T€	2015 T€
Lang- und mittelfristiger Bereich		
Vermögenswerte	97.985	95.856
Finanzierungsmittel	99.170	97.624
Überdeckung	1.185	1.768
Kurzfristiger Bereich		
Vermögenswerte	8.614	8.999
Verbindlichkeiten	7.429	7.231
Überdeckung	1.185	1.768

Bei der z.Zt. vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

Zweckerreichung

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2016 voll entsprochen.

Risikobericht

Risikomanagement

Wesentliche Elemente des von der Geschäftsführung entwickelten Risikomanagementsystems sind:

- Risikohandbuch
- Risikokennzahlen mit Festlegung kritischer Werte
- mehrjährige Finanz- und Ertragsplanung
- regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch das bestehende System Risiken frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung

Die Entwicklung der Nachfragesituation, bedingt durch die Unterbringung von Flüchtlingen und die Zunahme von 1-2 Personen-Haushalten, in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass mehr kleinere und vor allem günstigere Wohnungen nachgefragt werden. Dieser Entwicklung werden wir u.a. dadurch Rechnung tragen, dass beim Neubau überwiegend kleinere Wohnungen errichtet werden. Des Weiteren ist zu prüfen, inwieweit in vorhandenen Beständen größere Wohnungen in kleinere Wohnungen umgebaut werden können.

Gerade als kommunales Unternehmen beobachten wir die Entwicklung in den verschiedenen Quartieren, in denen wir mit Wohnungen vertreten sind, sehr genau. Um eine langfristige Vermietung zu gewährleisten, ist es notwendig, zusammen mit anderen Partnern, für die Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität zu sorgen.

Das Thema Neubau von Wohnraum ist verbunden mit der Entwicklung von Baukosten. Die Baukosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Dies wird zu einem großen Teil verursacht durch die immer aufwendigeren Vorgaben der ENEV. Die Erhaltung der Wirtschaftlichkeit kann teilweise nur durch die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt aufgefangen werden.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die Marktfähigkeit unseres Wohnungsbestandes bleibt auch zukünftig von hoher Bedeutung.

Auch im Jahr 2016 wurde durch die regelmäßigen Modernisierungen unseres Hausbestandes gewährleistet, dass unser Wohnungsangebot am Markt weiterhin gute Chancen haben wird.

Dennoch sollten Überlegungen angestellt werden, Objekte mit Ausstattungsstandards, die vom Markt nicht mehr akzeptiert werden, rückzubauen oder durch Neubauten zu ersetzen, damit langfristig die Wirtschaftlichkeit erhalten werden kann.

Grundsätzlich aber wollen wir die Attraktivität unseres Wohnungsbestandes erhalten und verbessern. Der zukünftige Schwerpunkt soll auf barrierefreien und –armen Maßnahmen liegen. Dazu gehört weiterhin die Schaffung eines ansprechenden Wohnumfeldes.

Ergänzt werden diese zeitgemäßen Optimierungen durch Service-Angebote rund um das Wohnen und die verschiedensten Projekte für alle Mietergruppen. Das Ziel der Gesellschaft wird es sein, den älteren Mietern durch verschiedenste Maßnahmen zu ermöglichen, so lange wie möglich in den eigenen 4-Wänden zu verbleiben.

Des Weiteren übernehmen wir eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sorgen als kommunales Wohnungsunternehmen durch eine moderate Mietzinspolitik dafür, dass qualitativer Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung auch künftig bezahlbar bleibt.

Finanzierungsmaßnahmen

Das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm konnte mit eigenen Mitteln durchgeführt werden.

Zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres besteht ein Finanzderivat (Zinsswap). Im Rahmen der Absicherung des Zinsänderungsrisikos wurde eine Bewertungseinheit nach § 254 HGB gebildet, bestehend aus dem variabel verzinslichen Darlehen (Grundgeschäft) und einem Zinsswap (Sicherungsgeschäft). Darüber hinaus bestehen Forward-Darlehen zur Anschlussfinanzierung von Darlehen in Höhe 206,3 T €.

Ein Ausfallrisiko besteht nur bei einem Teil von Mietforderungen. Diesem Risiko wird durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Fällig gewordene Darlehn wurden zu marktüblichen Konditionen und einem Zinsfestschreibungszeitraum von 7 bzw. 10 Jahren prolongiert.

Prognosebericht

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2017 stellt sich die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens weiterhin positiv dar. Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein Jahresergebnis in ähnlicher Höhe erwartet.

Die Modernisierung und Wohnwertverbesserung des eigenen Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den nächsten Jahren, gerade bei einem Mietermarkt von großer Bedeutung. Bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen werden die Ergebnisse des Portfolio-managements und die Auswirkungen des demografischen Wandels einfließen.

Ein Bedarf an Wohnformen für Senioren (z.B. Mehrgenerationenwohnen, Betreutes Wohnen, Senioren-Wohngemeinschaften) ist weiterhin vorhanden. Bei der Planung von Neubauobjekten orientiert sich unsere Gesellschaft an den Bedürfnissen des Marktes, sowie an den Interessen ihrer Gesellschafter.

Die Gesellschaft wird ihre erfolgreichen Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung, einzustellen und um die Herausforderung des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.

Unna, den 24.02.2017

Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

gez. Fischer

Geschäftsführer

3.2 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Lünener Str. 13 59174 Kamen	Telefon: 02307 209-0 Fax: 02307 209-35 E-Mail: info@vku-online.de Internet: www.vku-online.de	Gründung im Jahr: 1909 Letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages am: 07.10.2010

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren (z.B. Bussen, Kleinbussen, Taxen), die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	50,19	1.935.170,00
Stadt Lünen	16,39	632.050,00
Kreisstadt Unna	9,18	353.910,00
Stadt Kamen	8,07	311.320,00
Stadt Bergkamen	7,68	296.030,00
Stadt Werne	5,13	197.970,00
Gemeinde Bönen	1,38	53.220,00
Gemeinde Holzwickede	1,10	42.280,00
Stadt Selm	0,88	34.150,00
Gesamt	100,00	3.856.100,00 €

Beteiligungen der VKU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
VKU-Verkehrsdienst GmbH	100,00	25.600,00
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	14,29	316.360,00
Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH	3,57	1.000,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH verzichtet.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns

Vergütung der Geschäftsführung		
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.		
Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
25.000,00 €	184.999,96 €	209.999,96 €
Der Geschäftsführer erhält seine Bezüge von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH, welche die Geschäfte der Gesellschaft im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrages führt.		
Zugunsten Herrn Pieperjohanns wurde im Geschäftsjahr ein Betrag von 12.000,00 € in eine Unterstützungskasse sowie ein Betrag von 1.752,00 € in eine Direktversicherung eingezahlt.		
Weitere Altersversorgungszusagen bestehen gegenüber Herrn Pieperjohanns nicht.		

Aufsichtsrat		
Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.		BM Werner Kolter

Vergütung des Aufsichtsrates		
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.		
Der Jahresabschluss 2016 der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 4.020,00 € aus.		
Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, Herrn Bürgermeister Kolter, ein Betrag in Höhe von 240,00 €.		

Gesellschafterversammlung		
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	RM Wolfgang Ahlers
2.		1. BG Karl-Gustav Mölle

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2016	2015
Angestellte		
in Vollzeit	128	133
in Teilzeit	20	20
Auszubildende	0	0
Aushilfen	8	9
Gesamt	156	162

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	55.032	37.776	54.837
II. Sachanlagen	11.742.128	11.014.264	10.306.213
III. Finanzanlagen	363.224	365.932	373.959
Summe Aktiva	12.160.384	11.417.972	10.735.009
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	162.339	202.517	184.124
II. Forderungen	11.939.368	12.128.651	9.635.553
III. Kassenbestand	430.298	70.550	57.982
Summe Umlaufvermögen	12.532.005	12.401.718	9.877.659
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.487	33.980	639
Summe Aktiva	24.696.876	23.853.670	20.613.307
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.856.100	3.856.100	3.856.100
II. Kapitalrücklage	792.496	792.496	792.496
III. Gewinnrücklage	-	-	-
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	- 152.946	- 152.946	- 152.946
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-	-
Summe Eigenkapital	4.495.650	4.495.650	4.495.650
B. Rückstellungen	2.785.191	2.446.763	2.288.033
C. Verbindlichkeiten	17.064.829	16.570.043	13.413.271
D. Rechnungsabgrenzungsposten	351.206	341.214	416.353
Summe Passiva	24.696.876	23.853.670	20.613.307

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	29.009.576	21.291.079	20.432.911
sonstige betriebliche Erträge	166.351	7.521.212	7.584.120
Materialaufwand	- 18.037.182	- 15.918.963	- 15.085.551
Personalaufwand	- 7.822.596	- 7.970.084	- 8.149.676
Abschreibung	- 1.863.694	- 1.829.931	- 1.719.939
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.267.246	- 2.898.416	- 2.854.969
Erträge aus Beteiligungen	61	60	60
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.427	2.008	3.159
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 168.943	- 179.422	- 193.316
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
Ergebnis nach Steuern	17.754	17.543	16.799
Sonstige Steuern	- 17.754	- 17.543	- 16.799
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Anmerkung zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die aufgrund der Einführung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) erstmals bei den Umsatzerlösen ausgewiesenen Erträge aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDA) (7.136 TEUR; VJ: 6.042 TEUR), Ertragszuschüsse der öffentlichen Hand (1.054 TEUR; VJ: 932 TEUR) sowie sonstige Erträge für Dienstleistungen für Dritte (215 TEUR; VJ: 270 TEUR) waren im Vorjahr bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Vorjahre betreffenden Umsatzerlöse von 464 TEUR resultieren aus Zuschüssen zum Ausbildungsverkehr gemäß § 11a ÖPNVG NRW für die Jahre 2011 – 2014.

Durch die erstmalige Anwendung des BilRUG sind auch die Materialaufwendungen des Geschäftsjahres nicht mit denen des Vorjahres vergleichbar. Erstmal werden unter dem Posten "Aufwendungen für bezogene Leistungen" Aufwendungen für Leistungen aus Umlagen (1.293 TEUR; VJ: 1.099 TEUR) sowie sonstige Dienstleistungen durch Dritte (388 TEUR; VJ: 676 TEUR) ausgewiesen, die im Vorjahr in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten waren.

Refinanzierungsvereinbarung

Zwischen dem Kreis Unna und den weiteren Gesellschaftern besteht eine Refinanzierungsvereinbarung, wonach der jährliche Fehlbedarf der VKU über den Kreishaushalt abgewickelt wird. Vom Fehlbetrag werden, nach Abzug der individuellen Abrechnungen für z.B. Ortslinien-, Regional- oder Schülerverkehre, 50% von den beteiligten Gemeinden nach einem Betriebsleistungsschlüssel erstattet.

Der Kreis Unna hat mit Schreiben vom 23.08.2016 den Kommunen die Aufwandsersatzleistungen in Rechnung gestellt. Der Anteil der Kreisstadt Unna für das Geschäftsjahr 2015 beträgt 520.093,21 € (Vorjahr: 487.011,21 €). Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Refinanzierungsanteil um 33.082,00 €.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird mit einem Anteil an der Aufwandsersatzleistung in Höhe von 649.000 € geplant.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Öffentliche Zwecksetzung

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft besteht in der Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten. Die VKU erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Omnibussen.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge und damit übt die Gesellschaft die Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung des Verkehrsgebietes aus.

2. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie mit dem Kreis Unna, der nicht nur Hauptgesellschafter der VKU ist, sondern auch gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs trägt.

Grundlage der Betriebs- und Geschäftsführung ist der seit 2006 geltende Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag mit der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH, Münster (WVG). Darin ist die Rolle der WVG als Servicegesellschaft der VKU eindeutig definiert.

Auf einer Linienlänge von rd. 2.000 km wird öffentlicher Linienverkehr gemäß § 42 und § 43 PBefG betrieben.

Bei der Angebots- und Tarifgestaltung ist die Gesellschaft in die Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe integriert.

Die Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr nur unwesentlich verändert.

Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit rd. 25 regionalen privaten Omnibusunternehmen, die ca. 46,2 % (Vorjahr: 46,9 %) der Gesamtleistung im Auftrag der VKU erbringen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland hat den moderaten Wachstumskurs auch in 2016 fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber dem Vorjahr um 1,9 % gestiegen. Damit lag es geringfügig auf einem höheren Niveau als in 2015 mit einem Wachstum von 1,7 %. Im Vergleich zur gesamten Eurozone, mit einem Wachstum von 1,7 % für 2016, hat sich die deutsche Wirtschaft positiv entwickelt.

Die rd. 450 ÖPNV-Unternehmen im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dazu gehört auch die VKU, beförderten ca. 10,2 Mrd. Fahrgäste in 2016. Busse und Bahnen ersetzen lt. VDV damit jeden Tag 20 Mio. Autofahrten auf deutschen Straßen. Die Erträge der

VDV-Mitgliedsunternehmen betragen im Berichtsjahr inkl. Ausgleichszahlungen etwa 12,2 Mrd. EUR.

Die VKU verzeichnete im Berichtsjahr eine leichte Steigerung der Fahrgastzahlen von rd. 1,4 % und liegt damit im Trend der VDV-Mitgliedsunternehmen. Bei den Erträgen erzielte das Unternehmen eine Steigerung von rd. 3,3 %. Neben der Tarifierhöhung haben sich die Einnahmen aus dem EAV gegenüber der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) weiter stabilisiert. Darüber hinaus hat die Erweiterung des Großkundenabos auf den Nutzerkreis Flüchtlinge zur Ertragssteigerung beigetragen.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung stellt zwar einen Einflussfaktor für die Gesellschaft dar, weitaus bedeutender sind jedoch für die Entwicklung der VKU die branchenspezifischen Rahmenbedingungen im wettbewerblichen und rechtlichen Umfeld.

Seit 2011 gilt für den Kreis Unna die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 an die VKU als internen Betreiber. Mit der Direktvergabe wurde der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2020 sichergestellt.

2. Geschäftsverlauf

Der Kostendeckungsgrad der VDV-Mitgliedsunternehmen im ÖPNV liegt durchschnittlich bei 76 %.

Im operativen Geschäft des Berichtsjahres erzielte die VKU einen Kostendeckungsgrad von 74 %. Im Vorjahr betrug dieser rd. 73 %.

Dieser Kostendeckungsgrad ist nur in Teilen mit dem Kostendeckungsgrad anderer VDV-Mitgliedsunternehmen vergleichbar, da die VKU beispielsweise Kosten für die Haltestelleninfrastruktur sowie Fahrgastinformation trägt. Darüber hinaus betreibt die VKU kostenintensive Stadtverkehre.

Durch weiterhin anhaltende Kostensteigerungen insbesondere für das Personal, sowie durch weiterhin rückläufige Schülerzahlen hat sich das wirtschaftliche Umfeld weiter erschwert.

Ausgleichsleistungen durch die neue Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG auf Vorjahresniveau, leicht sinkende Fahrgastzahlen im Ausbildungsverkehr, rückläufige Treibstoffpreise sowie Tarifanpassungen für Mitarbeiterentgelte waren im Berichtsjahr wesentliche Einflussfaktoren.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-Ist-Vergleich überwacht. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr die planerischen Erwartungen erfüllt. Die Ergebnisprognose wurde um ca. 400 TEUR übertroffen. Wesentliche Ursachen hierfür waren höhere Erlöse insbesondere für das Großkundenabo sowie aus den Abgeltungszahlungen gemäß § 11a ÖPNVG für Vorjahre und rückläufige Dieseltreibstoffpreise.

Die VKU beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich rd. 156 Mitarbeiter. Davon waren 19 Teilzeitkräfte und 7 geringfügig Beschäftigte. Das Unternehmen hat mit einem aufgestockten Schulungsbudget im Berichtsjahr die Weiterbildung der Mitarbeiter weiterhin zielgerichtet gefördert. Als Mobilitätsdienstleister transportierte die VKU im Berichtsjahr rd. 15,4 Mio. Fahrgäste und leistet damit einen aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz.

Das Nachtbusprojekt erfreut sich seit Jahren einer großen Beliebtheit. Weitere Projekte wie „NimmBus“ im Rahmen des Kreisentwicklungsprogramms oder die Einführung von Fahrradbuslinien im Freizeitverkehr sind lediglich einige Beispiele dafür, wie sehr sich die VKU an den Kunden, deren Mobilität und Umweltschutz orientiert.

Die WVG-Unternehmensgruppe, dazu gehört auch die VKU, hat die bereits im Berichtsjahr 2013 begonnene und in 2015 abgeschlossene Sanierung der IT-Infrastruktur aller angeschlossenen Unternehmen weiter optimiert. In den Folgejahren wird die Harmonisierung der IT-Landschaft durch die Einführung eines ERP-Systems im Vertrieb fortgesetzt. Dadurch erhofft sich die Unternehmensgruppe, die Prozesse noch effizienter gestalten zu können.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Erträge im Linienverkehr stiegen um rd. 3,3 %. Während diese im Jedermannverkehr um rd. 6,4 % stiegen, stagnierte der Ausbildungsverkehr mit + 0,1 % auf dem Vorjahresniveau. Die Schwerbehindertenerträge gingen hingegen, aufgrund der rückläufigen Quote, um rd. 6,3 % zurück.

Die Ausgleichsleistungen für den Schülerverkehr gem. § 11a ÖPNVG blieben auf dem Niveau des Vorjahres. Begünstigt wurde das Ergebnis des Berichtsjahres durch Erträge derselben Ausgleichsleistungen für Vorjahre und weiterhin rückläufige Dieseltreibstoffpreise.

Die operativen Gesamterträge lagen mit rd. 21,5 Mio. EUR um rd. 0,8 Mio. EUR über denen des Vorjahres.

Die Betriebsleistung betrug im Berichtsjahr rd. 7,9 Mio. km und ist damit um rd. 1,5 % zurückgegangen.

Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkte sich der im Jahresvergleich mit durchschnittlich rd. 10 % gesunkene Dieseltreibstoffpreis positiv aus. Weiterhin gab es Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Die VKU unternahm auch in diesem Berichtsjahr wirksame Gegensteuerungsmaßnahmen, um die Gesamtkosten den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Im Berichtsjahr wird insgesamt ein bilanzieller Fehlbetrag von rd. 7,1 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen ausgewiesen.

b) Finanzlage

Durch das zentrale Liquiditätsmanagement ist die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft mit ausreichender Liquiditätsversorgung, aufgrund der Rahmenvereinbarung mit der WVG, gesichert. Das Zinsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 10 TEUR verbessert. Das Unternehmen investierte in 2016 rd. 2,8 Mio. EUR in Omnibusse sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die erwirtschafteten Finanzmittel des Berichtsjahres sowie die aus der Aufnahme eines Darlehens reichten aus, um diese Investitionen zu finanzieren. Die Auszahlung des Darlehens erfolgte zu Beginn des Geschäftsjahres 2017.

Weiterhin bestehen Rahmenkreditverträge mit zwei Banken über insgesamt 188 TEUR, die im Jahr 2016 nicht in Anspruch genommen wurden.

Das Unternehmen konnte seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der VKU erhöhte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 843 TEUR auf 24.697 TEUR.

Das Anlagevermögen stieg um 742 TEUR auf 12.160 TEUR. Die Zunahme ist hauptsächlich durch die Investitionen in neue Omnibusse begründet.

Das Umlaufvermögen nahm um rd. 130 TEUR auf 12.532 TEUR zu. Ursache hierfür waren im Wesentlichen höhere Bankguthaben bei den Kreditinstituten zum Bilanzstichtag.

Das Eigenkapital blieb mit einem Betrag von 4.496 TEUR unverändert.

Bei den Rückstellungen war ein Anstieg um rd. 338 TEUR auf 2.785 TEUR zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen bei planmäßiger Tilgung der Darlehen um rd. 956 TEUR auf 7.652 TEUR zurück. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 wurde ein neues Darlehen in Höhe von 2.500 TEUR aufgenommen.

Das Anlagevermögen von 12.160 TEUR ist durch Eigenkapital (37 %) und durch kurz- sowie langfristige Fremdmittel (63 %) finanziert.

4. Prognose, Chancen und Risiken

4.1 Prognose

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen durch die weiterhin begrenzten Ertragssteigerungspotenziale, den demografisch bedingten Schülerrückgang, noch nicht planbarer Effekte aus dem Einnahmenausgleich sowie Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal wird im Personenverkehr für Folgejahre mit einem schlechteren Ergebnis als 2016 gerechnet.

Bei rd. 22 Mio. EUR Erträgen für 2017 rechnet das Unternehmen mit einem Defizit von rd. 7,25 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen.

4.2 Risiken und Chancen

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG-Unternehmensgruppe ermöglicht, Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und umzusetzen.

Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die Interne Revision überwacht.

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2010 beschlossenen Direktvergaben für die VKU und die zwei anderen ÖPNV-Unternehmen der WVG-Gruppe, ist die Grundlage für den Hauptzweck der VKU und damit der Erhalt der Gruppenstruktur mit der synergetischen Erledigung von Managementaufgaben für die Gesellschafterunternehmen bis 2020 gesichert.

Das Personenbeförderungsgesetz PBefG wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2013 an die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Die Zulässigkeit von Direktvergaben an einen internen Betreiber und der Vergabe von ausschließlichen Rechten ist damit rechtssicher verankert. Dagegen sorgt in Nordrhein-Westfalen das seit Mai 2012 geltende Tariftreue- und Vergabegesetz TVgG NRW für neue Unsicherheiten. Die Geschäftsführung der VKU geht allerdings davon aus, dass sich aufgrund der bestehenden Direktvergabe für die Gesellschaft keine negativen Auswirkungen daraus ergeben.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich die demografische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld „Ausbildungsverkehr“. Der Schülerrückgang aus der Landesstatistik NRW von rd. 2,9 % für das Schuljahr 2016/2017 lässt sich allerdings nicht ohne Weiteres auf die Schullandschaft der VKU übertragen. Die konkreten Effekte daraus auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sind nicht ermittelbar. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV-Unternehmen sowie die in den nächsten Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar. Diese Herausforderung liegt insbesondere in der rechtzeitigen, angemessenen und wirtschaftlichen Neubesetzung sowie Einarbeitung von neuen Mitarbeitern und Schaffung adäquater Vertretungsstrukturen.

Für die Fahrzeugförderung nach §11 Abs. 2 ÖPNVG gelten konkrete Fördervoraussetzungen. Danach müssen 50% der Fahrplankilometer (ohne Schülerverkehre) von Fahrzeugen erbracht werden, die nicht älter als 78 Monate sind. Wenn die Gesellschaft Investitionen nicht durchführen würde, wäre künftig diese Fördervoraussetzung nicht erfüllbar. Hier wird die VKU durch Anpassung des eigenen Investitionsprogramms und Verpflichtung der Anmietunternehmer, richtlinienkonforme Fahrzeuge einzusetzen, gegensteuern.

Aufgrund der im Jahr 2017 in Kraft tretenden Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) werden derzeit rechtssichere Modelle durch die Geschäftsführung erarbeitet. Es gibt aktuell Überlegungen der Geschäftsleitung, die VKU-VD mit der VKU zu vereinigen. Dafür gibt es mehrere rechtlich denkbare Optionen, wie z. B. einen Betriebsübergang auf die VKU oder eine Verschmelzung beider Unternehmen. Da die Geschäftsführung eine kostengünstige Alternative vorzieht, müsse vorab mit der KVV geklärt werden, dass infolge der Zusammenführung, in welcher Form auch immer, keine Ablösezahlungen ausgelöst würden. Mit einer Umsetzung wird somit nicht vor dem Jahr 2018 gerechnet. Die Geschäftsführung geht ferner davon aus, dass sich aus der Umsetzung keine negativen Auswirkungen auf die bestehende Direktvergabe der VKU ergeben werden.

Die Zusammenlegung und Übertragung von Geschäftsanteilen des Kreises Unna an der VKU auf die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Unna mbH (VBU), deren Gesellschafterin wiederum der Kreis Unna ist, wurde in der gemeinsamen Sitzung der Gesellschafterversammlung sowie des Aufsichtsrates am 5. Dezember 2016 beschlossen. Die Übertra-

gung der Anteile erfolgte zum 1. Januar 2017. Aus der Übertragung der Anteile werden ebenfalls keine negativen Auswirkungen auf die Direktvergabe erwartet.

Weitere wirtschaftliche Risiken aus der Planung, insbesondere für die Fahrgeldeinnahmen, bestehen darin, dass für die VKU auf Basis der Vorjahre und bekannter Entwicklungen Annahmen getroffen werden. Aufgrund unerwarteter Veränderungen bei den Fahrgastzahlen sind Abweichungen bei den künftigen Fahrgeldeinnahmen gegenüber den Erwartungen möglich. Insbesondere die im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen basieren z.T. auf vorläufigen Ergebnissen der Fremdnutzerzählungen und der Auswertung der Relationslisten für das Firmenabo sowie den Schulträgerkarten der Vorjahre, welche Unschärfen beinhalten könnten.

Kamen, den 31.03.2017

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns

3.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Kreishaus Unna Fr.-Ebert-Str. 19 59425 Unna	Telefon: 02303 27-1690 Fax: 02307 27-1490 E-Mail: post@wfg-kreis-unna.de Internet: www.wfg-kreis-unna.de	Gründung am: 21.07.1961 Letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages am: 19.07.2004

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten.

Zur Erreichung dieses Ziels werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:

- Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten
- Standortmarketing für den Kreis Unna
- Beschaffen und Verteilen von wirtschaftsrelevanten Informationen an die kreisangehörigen Kommunen und die Unternehmen
- Fördern von Existenzgründungen und der Entwicklung des Unternehmensbestands
- Wissens- und Technologietransfer in kleinen und mittleren Betrieben
- Fördern der beruflichen Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung im Kreis Unna

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	40,00	1.213.000,00
Stadt Bergkamen	7,37	223.600,00
Gemeinde Bönen	3,05	92.500,00
Stadt Fröndenberg	3,31	100.300,00
Gemeinde Holzwickede	3,80	115.100,00
Stadt Kamen	5,56	168.500,00
Stadt Lünen	13,78	418.000,00
Stadt Schwerte	7,23	219.300,00
Stadt Selm	3,65	110.800,00
Kreisstadt Unna	8,11	245.800,00
Stadt Werne	4,14	125.600,00
Gesamt	100,00	3.032.500,00

Beteiligungen der WFG	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Technopark Kamen GmbH	24,00	25.200,00
LÜNTEC GmbH Lünen	24,00	122.710,05
Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH	16,00	8.320,00
Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	12,75	204.000,00
newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	10,00	10.000,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Wirtschaftsförderung für den Kreis Unna GmbH verzichtet.		

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Dr. Michael Dannebom

Vergütung der Geschäftsführung		
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.		
Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
118.000,00 €	0,00 €	118.000,00 €

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.		BM Werner Kolter	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Vergütung des Aufsichtsrates:
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.
Der Jahresabschluss 2016 der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 7.100,00 € aus.
Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, Herrn Bürgermeister Kolter, ein Betrag in Höhe von 500,00 €.

Gesellschafterversammlung			
Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Paul Raupach	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2016	2015
Angestellte		
in Vollzeit	18	17
in Teilzeit	3	5
Auszubildende	2	0
Aushilfen	0	0
Gesamt	23	22

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.330	3.832	1.189
II. Sachanlagen	2.547.571	2.621.795	33.273
III. Finanzanlagen	416.130	416.130	403.230
Summe Aktiva	2.969.031	3.041.757	437.692
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte WFG-Grundstücke	10.544.204	7.107.985	7.094.137
II. Treuhandgrundstücke	13.786.491	16.165.098	15.852.192
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.943.861	20.699.475	22.513.294
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.781.901	606.478	482.103
Summe Umlaufvermögen	43.056.457	44.579.036	45.941.726
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.131	4.252	2.502
Summe Aktiva	46.026.619	47.625.045	46.381.920
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.032.500	3.032.500	3.032.500
II. Kapitalrücklage	7.215.441	7.215.441	7.215.441
III. Gewinnrücklage	2.200.000	2.200.000	2.200.000
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	-174.513	0	0
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	11.084	-174.513	0
Summe Eigenkapital	12.284.512	12.273.428	12.447.941
B. Ausgleichsposten zu Grundstücken und Beteiligungen	14.146.721	16.525.328	16.212.422
C. Rückstellungen	1.015.350	977.900	998.900
D. Verbindlichkeiten	18.580.036	17.848.389	16.718.493
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	4.164
Summe Passiva	46.026.619	47.625.045	46.381.920

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	686.072	573.573	438.418
Erhöhung des Bestandes	3.436.219	13.847	83.002
sonstige betriebliche Erträge	613.661	517.248	612.307
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	- 3.817.923	- 161.485	- 84.921
Personalaufwand	- 1.500.986	- 1.522.890	- 1.514.572
Abschreibungen	- 86.471	- 89.593	- 12.315
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 411.670	- 392.397	- 450.417
Erträge aus Beteiligungen	3.419	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.522	28.713	53.330
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 42.138	- 41.080	- 3.348
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 1.450	-	-
Ergebnis nach Steuern	- 1.099.745	- 1.074.064	- 878.516
Sonstige Steuern	- 11.663	- 10.199	- 208
Erträge aus Verlustübernahme	1.122.493	909.750	878.724
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	11.085	- 174.513	-

Verlustübernahme

Gem. § 8 des Gesellschaftsvertrages werden die Verluste der WFG durch den Kreis Unna bis zu einer Höhe von jährlich maximal 30 % des Stammkapitals ausgeglichen. Dies entspricht einen Betrag in Höhe von maximal 909.750 €.

Der Kreistag des Kreises Unna hat im Dezember 2012 beschlossen, die WFG in Ergänzung zum Gesellschaftsvertrag mit der Erbringung von Aufgaben im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse in Form der allgemeinen Wirtschaftsförderung und aller damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben zu betrauen und im Verlustfalle eine Ausgleichszahlung zu leisten.

Der Verlust des Geschäftsjahres 2016 vor Verlustausgleich beläuft sich auf insgesamt 1.111.408 € und übersteigt damit die im Gesellschaftsvertrag formulierte Grenze von 909.750 € um 174.513 €. Zusammen mit der Verlustübernahme des Kreises Unna in Höhe von 1.122.493 € ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 11.085 €.

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2016 am 04.07.2017 festgestellt und beschlossen, den Überschuss in Höhe von 11.085 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016

A. Wirtschaftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die WFG hat gemäß Gesellschaftsvertrag den Auftrag, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises Unna insbesondere durch Industrieansiedlungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten zu verbessern. Aus diesem Auftrag entstand im Laufe der Zeit die folgende Vision, die die Arbeit der WFG bis heute prägt:

„Durch unsere Arbeit verbessern wir die Chancen und Perspektiven aller Menschen und Unternehmen im Kreis Unna und entwickeln diesen zu einem attraktiven und innovativen Wirtschaftsstandort.“

Im Rahmen eines umfassenden Prozesses, in dem die wesentlichen Ziele und Indikatoren der Arbeit der WFG erarbeitet wurden, beschloss der Aufsichtsrat die folgenden Ziele:

- Stärkung der Wirtschaftsstruktur, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Unternehmen,
- Höhere Qualität und Quantität des Erwerbspersonenpotenzials,
- Schaffung moderner Infrastruktur für Unternehmen,
- Position im Wettbewerb um Unternehmen und Fachkräften stärken.

Die Ergebnisse der in den Zielen der WFG angesprochenen Indikatoren werden von der Arbeit der WFG positiv beeinflusst. Viel entscheidender sind jedoch die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene. Dabei stand das Geschäftsjahr wieder im Zeichen einer bundesweit stabilen Konjunktur. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes lag mit 1,9 Prozent leicht über dem Vorjahresniveau und sorgte erneut für ein hohes Wachstum bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Kreis Unna legte sogar überproportional zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) am Arbeitsort stieg von 118.941 (Juni 2015) um 3.600 (drei Prozent) auf 122.541 (Juni 2016), während die Zunahme im Bund und in NRW jeweils zwei Prozent betrug. Damit bieten die Unternehmen im Kreis Unna inzwischen 31 Prozent der Einwohner einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Dem Ziel, diese Quote auf Landesdurchschnitt (36 Prozent) anzuheben, kommt der Kreis Unna so allerdings langsam näher.

Für die Wirtschaftsförderung ist jedoch neben diesem quantitativen Ziel auch die Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze extrem wichtig. Beides zu erreichen bleibt eine große Herausforderung und ist sicherlich kurzfristig nicht realisierbar, weil die Wirtschaft in den nächsten Jahren durch die Digitalisierung enorme Veränderungsprozesse durchlaufen wird. Die kreisweite Arbeitslosenquote im Dezember nahm im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich ab und lag bei 7,9 Prozent (Vorjahr 8,4 Prozent).

Mit den Kernaufgaben Immobilienentwicklung und Unternehmensservice, bestehend aus der Immobilienvermarktung, der Kontaktstelle Wirtschaft, der Förderberatung, der Existenzgründungsberatung, der Fachkräftesicherung und der Innovationsförderung, hat die WFG zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

Immobilienentwicklung

Die WFG betreibt das Immobilienmanagement nicht nur im Rahmen von Treuhandprojekten, sondern auch im eigenen Risiko als WFG-eigene Projekte. Das Volumen an Eigenprojekten legte deutlich zu und betrug 10.544 TEuro (Vorjahr 7.108 TEuro).

Die meisten Treuhandprojekte der WFG sind bis auf wenige Abschlussarbeiten erschlossen. Mit den Ansiedlungen im Logistikpark A2 konnte die Vollvermarktung dieses Gebietes erreicht werden. Der Bebauungsplan für das Gewerbegebiet Schürenfeld in Fröndenberg wurde im April des Jahres 2016 vom Rat der Stadt Fröndenberg als Satzung verabschiedet. Im Anschluss daran ist mit den Grunderwerbsgesprächen begonnen worden.

Das Gewerbegebiet Nattland in Schwerte wird durch die Einbeziehung einer Nachbarfläche eine Erweiterung erfahren. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan wurde 2016 gefasst. Das Verfahren wird im Jahr 2017 abgeschlossen werden.

Bei den Eigenprojekten der WFG ist das Projekt „Interkommunales Gewerbegebiet Unna/Kamen“ planungsrechtlich mit der Erarbeitung und Beschlussfassung zum Bebauungsplan UN 87 einen bedeutenden Schritt weiter vorangekommen. Darüber hinaus zeichnet sich auch für den Bereich des bislang sehr schwierigen Grunderwerbs eine Lösung ab, so dass realistischer Weise mit der Vermarktung des B-Plangebietes des UN 87A in 2017 gerechnet werden kann.

In Schwerte wurde in 2016 mit der Erarbeitung des Bebauungsplans Nr. 185 „Wandhofener Bruch“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung der ehemaligen Betriebsfläche der Firma Hoesch Schwerter Profile geschaffen. Der Ankauf der Grundstücke wurde durch den Abschluss eines notariellen Angebotes abgesichert, dass 2017 angenommen werden kann.

Zudem erfolgte im Industriezentrum Unna-Nord die Rückübertragung eines ca. 66.000 m² großen Grundstücks von einer Hamburger Projektentwicklungsgesellschaft auf die WFG. Das Grundstück ist sowohl planungsrechtlich als auch erschließungstechnisch abgesichert und kann einer neuen Nutzung bzw. einem Verkauf zugeführt werden.

Die Sicherung und Entwicklung von neuen Gewerbestandorten, insbesondere im strukturschwachen Nordkreis, genießt für die WFG oberste Priorität. Deshalb arbeitete die WFG eng mit den Städten und Gemeinden im Kreis Unna bei der Neuaufstellung des Regionalplanes des RVR zusammen. Um für die gewerbliche Flächenentwicklung der nächsten 15 Jahre im Kreisgebiet gerüstet zu sein, wurden dem RVR allein aus dem Kreis Unna sechs sogenannte Kooperationsstandorte gemeldet. Diese Standorte sollen auch zukünftig für die Ansiedlung von flächen- und arbeitsplatzintensiven Betrieben zur Verfügung stehen.

Um den Unternehmen im Kreis Unna neben den klassischen Standortfaktoren wie Straßen oder Gewerbeflächen auch den Zugang zur schnellen Datenautobahn zu ermöglichen, engagiert sich die WFG auch beim Thema "flächendeckender Breitbandausbau" im Kreis Unna. Hierzu ist es der WFG gelungen, Fördermittel vom Bund für Beratungsdienstleistungen und für die Einstellung eines Breitbandkoordinators zu akquirieren. Beides sind wichtige Voraussetzungen, um den Breitbandausbau, insbesondere durch Glasfaserverlegung, zielgerichtet und schnell in den Kommunen der Kreises Unna voranzutreiben.

Der Vermarktungserfolg von Wirtschaftsflächen ist im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich gestiegen. Es konnten 13 Verkäufe getätigt werden (Vorjahr: fünf). Doch nicht nur die Anzahl

der Verkäufe nahm zu, sondern auch die Größe der verkauften Flächen. So wurden im Jahr 2015 insgesamt 39.771 m² veräußert und im Jahr 2016 insgesamt 168.506 m². Im Wesentlichen handelte es sich um Erweiterungen bestehender Ansiedlungen. Die geringe Zahl an Bestandsimmobilien führte dazu, dass verstärkt Gewerbeflächen nachgefragt wurden.

Über die Immobilienbörse gelangen 2016 sieben Ansiedlungen durch die Vermittlungstätigkeit der WFG.

Unternehmerservice

Neben der Ansiedlungspolitik kümmert sich die WFG vor allem um die Bestandsentwicklung und bietet mit diesem Service den Unternehmen ein passgenaues und bedarfsgerechtes Angebot. Sie unterscheidet dabei zwischen branchenorientierten Service und lokaler Bestandsentwicklung in den Kommunen. Die WFG-Mitarbeiter nahmen im vergangenen Jahr zu rund 351 Unternehmen direkten Kontakt auf, um sie in diversen Belangen zu unterstützen. Diese reichten von der klassischen Fördermittelberatung bis zu dem Behördenlotsen, der spezifische genehmigungstechnische Probleme der Unternehmen vor Ort löst.

Die WFG ist unter dem Dach des StarterCenters NRW eine wichtige Anlaufstelle für Gründungsinteressierte im Kreis Unna. Durch Partnercenter in den Technologie- und Gründerzentren Lünen, Kamen, Bönen und Schwerte wird eine hohe Beratungsdichte im Kreis Unna gewährleistet. Wiederkehrende Zertifizierungsverfahren garantieren einen hohen Beratungsstandard in der Existenzgründungsberatung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr suchten rund 390 Gründungsinteressierte den Kontakt zum StarterCenter bei der WFG Kreis Unna. Die Vor-Ort-Beratung in den Kommunen des Kreises Unna wurde kontinuierlich weiter ausgebaut, so dass die Beratungszahlen entgegen dem NRW-Trend leicht gestiegen sind.

Unter dem Dach der WFG unterstützen die Stiftung Weiterbildung, die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet und das Kompetenzzentrum Frau und Beruf (Competentia) Unternehmen mit verschiedenen Projekten und einem umfassenden Beratungsangebot bei der Sicherung von Fachkräften. Wichtige Aspekte sind dabei z. B. die Qualifizierung von Mitarbeitenden, eine vorausschauende Personalentwicklung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation oder eine wirksame Ansprache von Fach- und Nachwuchskräften. In 2016 wurde ergänzend zum bisherigen Dienstleistungsspektrum die Bindung besonders qualifizierter Nachwuchskräfte an die Region und die Unterstützung bei der Kooperation mit umliegenden Hochschulen in den Fokus gestellt.

Wissen schafft Erfolg - so lautet der Name eines vom Land NRW und der EU geförderten Projektes, welches zum 01.05.2016 starten konnte. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Hamm wurde das Ziel formuliert, über den thematischen Dreiklang „Innovationsförderung“, „Gründung“ und „Bindungsstrategien“, das vielfältige Potenzial der regionalen Hochschulen zu nutzen und der Wirtschaft zugänglich und transparent zu machen. Erste Workshops und Veranstaltungen in 2016 erfreuten sich großer Nachfrage bei den Unternehmen. Über eine Kooperationsvereinbarung der WFG mit der Initiative Digital in NRW profitieren Unternehmen aus dem Kreis Unna davon, kostenfreie Beratungs- und Netzwerkangebote im Bereich der Digitalisierung in Anspruch zu nehmen und sich fit für die digitale Zukunft zu machen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr führte das Team der Abteilung Fachkräftesicherung 319 Beratungen durch, von denen 175 Unternehmen sowie 144 Einzelpersonen profitierten. In erster Linie ging es dabei um die Weiterbildungsberatung oder die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Hinblick auf qualifiziertes Personal. Mit der Regionalagentur

Westfälisches Ruhrgebiet ermöglicht die WFG den Unternehmen aus dem Kreis Unna, von Landes-, Bundes-, oder EU-Fördermitteln zu profitieren. In den Themenfeldern weibliche Fachkräfte und familienbewusste Unternehmensführung führte die WFG Veranstaltungen und Beratungen durch, die dazu beitragen, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen eigene Strategien für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zur gezielten Rekrutierung und Bindung weiblicher Fachkräfte entwickeln konnten. Mit dem zdi-Netzwerkes Perspektive Technik, dem Berufswahl-SIEGEL oder der AzuBo-Initiative kümmert sich die Stiftung Weiterbildung um die präventive Nachwuchssicherung.

Personalausstattung

Ende des Jahres 2016 waren bei der WFG inklusive Stiftung Weiterbildung 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 25). Ein Mitarbeiter des Jobcenters Unna wurde der WFG für den Bereich Existenzgründungsberatung zur Verfügung gestellt. In der Personalentwicklung setzt die WFG weiterhin auf einen ausgewogenen Mix zwischen jungen und erfahrenen Mitarbeitern mit einem Altersdurchschnitt von nahezu 42 Jahren.

Berichterstattung nach §108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, die der Verwirklichung der Zwecke der Gesellschaft dienen und die ebenfalls das Ziel der Strukturverbesserung verfolgen. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

Ertragslage

Die WFG erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Ergebnis vor Verlustübernahme von - 1.111 TEuro (Vorjahr: -1.084 TEuro). Die Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG gründeten, bestanden aus den Umsatzerlösen (686 TEuro; Vorjahr: 701 TEuro), den sonstigen betrieblichen Erträgen (614 TEuro, Vorjahr: 390 TEuro) und den Erträgen aus Zinsen und Beteiligungen (25 TEuro; Vorjahr: 29 TEuro). Somit betrugen die Gesamteinkünfte (ohne Bestandsveränderungen) 1.325 TEuro (Vorjahr: 1.120 TEuro). Darin enthalten sind auch die Erträge durch die Vermietung (121 TEuro, Vorjahr: 127 TEuro) und erstmalig Erträge aus Beteiligungen an der TWS Schwerte, die erstmalig eine Gewinnausschüttung vornahm. Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Höhe von 3.818 TEuro (Vorjahr: 161 TEuro) stellen Investitionen in Grundstücke und Erschließungsanlagen in langfristige WFG-eigene Projekte dar.

Das mit dem Wirtschaftsplan gesetzte Ziel, mit einem Jahresverlust von 899 TEuro abzuschließen, wurde um 212 TEuro überschritten. Dies lag vor allem an den nicht realisierten Verkäufen von Gewerbegrundstücken und höheren negativem Saldo aus Bestandsveränderungen und Materialaufwand.

Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass der Gesellschafter Kreis Unna den Verlustausgleich leistet. Es ist erklärter Wille und geübte Praxis der Vergangenheit, die Tätigkeiten der WFG, die allen Kommunen gleichermaßen zuteilwerden, über die Kreisumlage allen Kommunen entsprechend ihres Umlageteils anzulasten. Dies ist ein sehr guter Weg, die Solidargemeinschaft und die interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna zu stärken.

Durch den Ankauf eines großen WFG-eigenen Grundstücks, den Abgang von kleineren Grundstücken und weiterer Investitionen in Erschließung von Grundstücken aus Eigenprojekten sind die Bestandsveränderungen positiv (3.436 TEuro, Vorjahr: 14 TEuro).

Die Aufwendungen für Material- und Fremdleistungen erhöhten sich, da 2016 ein größeres Grundstück erworben wurde und in die Erschließung der Gewerbegebiete investiert wurde. Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen von 392 TEuro auf 412 TEuro leicht an. Die Abschreibungen (86 TEuro, Vorjahr: 90 TEuro) sowie die Zinsaufwendungen (42 TEuro, Vorjahr: 41 TEuro) konnte nahezu konstant gehalten werden. Die Gehaltssteigerung beim Personalaufwand wurde durch die Verringerung der Mitarbeiteranzahl kompensiert.

Wirtschaftsförderung ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, sondern auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit auf die Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Region Kreis Unna. Im Hinblick auf die Ziele der WFG muss festgestellt werden, dass sich der Erfolg der struktur- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten, insbesondere in der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlägt und nur bedingt im Jahresabschluss der WFG.

Der Jahresfehlbetrag wird vor dem Hintergrund des Betrauungsaktes mit dem Kreis Unna abzüglich des mit der Bewirtschaftung der Immobilie verbundenen Ergebnisses ausgeglichen.

	2016 in TEuro	2015 in TEuro	Veränderung in TEuro
1. Umsatzerlöse	686	701	-15
2. Erträge aus Zuschüssen	417	380	+37
3. Sonstige betriebliche Erträge	197	10	+187
4. Erhöhung des Bestands	3.436	14	+3.422
5. Betriebserträge (Summe 1 bis 4)	4.736	1.105	+3.631
6. Material- und Fremdleistungen	3.818	162	+3.656
7. Personalaufwand	1.501	1.523	-22
8. Abschreibungen	86	90	-4
9. Sonstige Steuern	12	10	+2
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	412	392	+20
11. Betriebsaufwendungen (Summe 6 - 10)	5.829	2.177	+3.652
12. Ordentliches Betriebsergebnis (Differenz 5-11)	- 1.093	- 1.072	-21
13. Erträge aus Beteiligungen	3	0	+3
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	29	-7
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42	41	+1
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	0	+1
17. Finanzergebnis (Differenz 13-16)	-18	-12	-6
18. Ergebnis vor Verlustübernahme (Summe 12+17)	- 1.111	- 1.084	-27

Finanzlage

Der Liquiditätsspielraum der WFG entspricht dem Eigenkapital. Das Eigenkapital der WFG beträgt 12.285 TEuro. Es steht in erster Linie für Investitionen in die Treuhandprojekte sowie für Investitionen in die WFG-eigenen Projekte zur Verfügung und fließt in weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten ein. Ein Betrag von 416 TEuro ist durch Finanzbeteiligungen gebunden.

Die Eigenkapitalquote der WFG stieg leicht auf 26,7 Prozent (Vorjahr: 25,8 Prozent). Die Fremdkapitalquote sank entsprechend um 0,9 Prozentpunkte (73,3 Prozent, Vorjahr: 74,2 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von 665 TEuro (Vorjahr: 784 TEuro) erwirtschaftet. Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeiten - 13 TEuro (Vorjahr: - 2.694 TEuro) und aus Finanzierungstätigkeiten 1.524 TEuro (Vorjahr: 2.034 TEuro).

Die Zahlungsfähigkeit der WFG war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Posten Grundstücke im Umlaufvermögen sowie Forderungen aus Ansiedlungskosten bestimmt. Hier finden in der Regel die großen Bewegungen statt. Der Bestand an WFG-Grundstücken umfasste im Geschäftsjahr 8.582 TEuro (Vorjahr: 5.378 TEuro) und die darauf aktivierten Erschließungskosten 1.962 TEuro (Vorjahr: 1.730 TEuro). Die kommunalen Grundstücke in Treuhänderschaft der WFG wurden mit 13.786 TEuro (Vorjahr: 16.165 TEuro) bewertet und die Forderungen aus Ansiedlungen betragen 15.776 TEuro (Vorjahr: 19.695 TEuro). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem An- und Verkauf von Treuhandgrundstücken und WFG-eigenen Grundstücken. Der Trend ist deutlich erkennbar, wonach sich die Struktur des Umlaufvermögens sukzessive von den Treuhandprojekten zu den WFG-eigenen Projekten verschiebt. Damit ist der Zeitpunkt gekommen, dass die WFG für diese Projekte auch auf Fremddarlehen zurückgreift und die Projekte auch faktische Zinsaufwendungen mitverdienen müssen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sanken um 431 TEuro auf 71 TEuro. Der Kassenbestand belief sich auf 2.782 TEuro (Vorjahr: 606 TEuro).

Die Bilanzsumme verringert sich um 1.598 TEuro auf 46.027 TEuro.

Die Passivseite besteht im Wesentlichen aus Eigenkapital von 12.285 TEuro (Vorjahr: 12.274 TEuro), aus Ausgleichsposten von 14.147 TEuro (Vorjahr: 16.525 TEuro) sowie aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 17.927 TEuro (Vorjahr: 17.525 TEuro). Durch das Jahresergebnis veränderte sich das Eigenkapital um + 11 TEuro (Vorjahr: - 175 TEuro). Die Verbindlichkeiten stiegen von 17.848 TEuro auf 18.580 TEuro.

Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Geschäftssituation der WFG hat sich im Vergleich zum Wirtschaftsplan trotz Einsparungen nicht verbessert. Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde erneut die Grenze überschritten, die nach Gesellschaftsvertrag bezuschusst werden muss. Die Geschäftsführung wird intensive Gespräche mit dem Kreis Unna führen, um abzuklären, ob und ggf. in welcher Höhe er bereit ist, das diese Grenze übersteigende Defizit abzudecken. Um den gestiegenen Anforderun-

gen gerecht zu werden ist es erforderlich, die im Gesellschaftsvertrag verankerte Grenze deutlich anzuheben.

Es ist nur folgerichtig, dass die Ausrichtung auf die Realisierung von Eigenprojekten zwangsläufig zu stark schwankenden Ergebnissen führen, die sich auch nicht in einem noch so präzise geplanten Wirtschaftsplan prognostizieren lassen. Dem hohen Jahresfehlbetrag stehen umfassende Aufgaben und erhebliche Investitionen in Projekte und Initiativen gegenüber, deren Wirkungen sich positiv im Sinne des Gesellschaftszwecks auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur im Kreis Unna richten und sich in der Zukunft nachhaltig auszahlen werden.

Zusammenfassend lässt sich die Finanz- und Vermögenslage als gut, die Ertragslage jedoch als nicht zufriedenstellend bezeichnen. Dieses ist vor dem Hintergrund des öffentlichen Guts „Wirtschaftsförderung“ auch zu erwarten.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt. Im Bereich Immobilienentwicklung wird in den kommenden Jahren die Hauptaufgabe darin bestehen, die Gewerbeflächenpotenziale im Kreis Unna bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu optimieren. Dies gilt sowohl für den lokalen Bedarf in den Kommunen der interkommunalen Standorte, als auch die Kooperationsstandorte. Der Unternehmensservice wird zukünftig noch optimaler auf die Anforderungen der Unternehmen ausgerichtet und durch geeignete Maßnahmen des Marketings begleitet. Aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Gewerbegrundstücken im Jahre 2016 und im ersten Quartal 2017 ist mit einem Anstieg der Anzahl und des Volumens der Grundstücksverkäufe zu rechnen. Zukünftig werden die zu verkaufenden Grundstücke allein schon aufgrund der verfügbaren Flächen kleiner ausfallen.

Aus den wirtschaftlichen Rahmendaten ergeben sich neben den klassischen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vor allem die Schwerpunkte Förderung von Existenzgründungen, Bildung und Innovationen im Unternehmensbestand. Diese Aktivitäten wird die WFG zukünftig im Rahmen ihrer Möglichkeiten und des politisch gewünschten Umfangs noch offensiver ausbauen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im Kreis Unna zu verbessern. Parallel dazu hat die Geschäftsführung ein umfassendes Ziel- und Indikatorensystem erarbeitet, das sie zusammen mit der Neuausrichtung der Aufgaben im Aufsichtsrat beschlossen hat und das ständig evaluiert und auf Konsistenz geprüft wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2017 wird laut Wirtschaftsplan ein Jahresfehlbetrag von 906 TEuro erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung der Finanzierung ist sichergestellt, dass die Gesellschaft den beschriebenen Aufgabenbereich langfristig wahrnehmen kann. Darüber hinaus verfügt sie über ein Liquiditäts-, Finanzierungs- und Finanzplanungssystem, das gewährleistet, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln optimal und sparsam gewirtschaftet wird. Notwendige Anpassungs- und Verbesserungsvorschläge werden laufend in das System integriert. Die Geschäftsführung hat mit Hilfe einer Software ein Risikomanagement eingerichtet. In diesem System werden u.a. Risiken, ihre Auswirkungen und Eintrittswahrscheinlichkeiten, Gegenmaßnahmen sowie die Risikoverantwortlichen festgelegt. Um die Risiken strukturiert darzustellen, wurden rund 62 Einzelrisiken in sieben Risikokategorien bzw. 26 Subkategorien eingeteilt. Risiken, die sich im Rahmen des Risikomanagements als besonders bedeutsam herausgestellt haben, stehen vor allem in engem Zusammenhang mit den WFG-eigenen Projekten, Zinsänderungsrisiken, abnehmenden Liquiditätsreserven durch langfristige Kapitalbindung oder Risiken aus der Grundstücksbevorratung. Die WFG ist im Bereich der Risikoanalyse gut aufgestellt und sorgt somit dafür, dass unliebsame Überraschungen weitgehend vermieden werden können oder sehr früh erkannt werden.

Durch die Vorfinanzierung der Grundstücke und Erschließungsanlagen und der damit verbundenen Kapitalbindung besteht die Gefahr, dass ein Zahlungsengpass entstehen könnte, wenn keine Grundstücke verkauft werden. Jedoch mindern regelmäßige Liquiditätskontrollen im Rahmen der Liquiditätsplanung dieses Risiko deutlich. Im Geschäftsjahr 2016 bestand daher zu keinem Zeitpunkt ein Liquiditätsengpass.

Es bestehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes keine wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

gez. Dr. Michael Dannebom, Geschäftsführer

Unna, 08.05.2017

4. Sparkasse UnnaKamen

Im Sinne der Gemeindeordnung NRW ist die Mitgliedschaft in einem Sparkassenzweckverband mit einem Erinnerungswert zu bilanzieren und entsprechend mit in den gemeindlichen Gesamtabschluss einzubeziehen. Hingegen ist das Kreditinstitut einschließlich seiner Beteiligungen nicht mit einzubeziehen. In den Fällen, in denen die Gemeinde zusammen mit der Sparkasse an einem Unternehmen beteiligt ist, ist die Beteiligung in den Gesamtabchluss mit aufzunehmen. Zur weitergehenden Information werden die Daten des Kreditinstitutes dennoch im Beteiligungsbericht abgebildet.

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit dem Kreis Unna, der Stadt Kamen und der Gemeinde Holzwickede Mitglied im Sparkassenzweckverband. Dieser ist Träger der Sparkasse UnnaKamen. Zur weitergehenden Information werden die Daten des Kreditinstitutes dennoch im Beteiligungsbericht abgebildet.

Darüber hinaus ist die Kreisstadt Unna mit der Sparkasse UnnaKamen an der Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH in Liquidation beteiligt. Da sich die Gesellschaft in Liquidation befindet und die endgültige Löschung im Jahr 2017 ansteht, wird die Gesellschaft letztmalig in den Beteiligungsbericht aufgenommen.

Im vierten Kapitel werden die allgemeinen Gesellschaftsdaten folgender Beteiligungen dargestellt:

- Sparkassenzweckverband
- Sparkasse UnnaKamen
- Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH in Liquidation

Ausblick

Die Sparkasse UnnaKamen wird zum 01.01.2017 mit der Sparkasse Fröndenberg fusionieren. Im Zuge der Fusionierung wird die Stadt Fröndenberg in den Sparkassenzweckverband mit aufgenommen und die Satzung des Sparkassenzweckverbandes zum 01.01.2017 geändert.

Da die Satzung des Zweckverbandes und Fusionierung der Sparkassen ihre Wirkung zum 01.01.2017 erhält, erfolgt eine entsprechende Darstellung erst im Beteiligungsbericht 2017.

4.1 Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen und der Gemeinde Holzwickede

Fusion der Kreis- und Stadtparkasse Unna mit der Städtischen Sparkasse Kamen

Mit Wirkung zum 01.01.2013 wurde die Vereinigung der Kreis- und Stadtparkasse Unna mit der Städtischen Sparkasse Kamen umgesetzt. Die Stadt Kamen hat dazu ihre Trägerschaft der Städtischen Sparkasse Kamen durch Beitritt auf den bestehenden Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna und der Gemeinde Holzwickede übertragen.

Öffentlicher Zweck

Der Verband hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder zu fördern. Die zu diesem Zweck errichtete Sparkasse führt den Namen Kreis- und Stadtparkasse UnnaKamen, Zweckverbandssparkasse des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen und der Gemeinde Holzwickede. Der Verband ist ihr Träger.

Organe der Sparkasse UnnaKamen

Verbandsversammlung

Verwaltungsrat

Vertreter der Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 9 Vertretern der Kreisstadt Unna, sowie je 3 Vertretern des Kreises Unna, der Stadt Kamen und der Gemeinde Holzwickede. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Renate Nick	RM Susanne Herzog
2.	SPD	RM Anja Kolar	RM Heike Gutzmerow
3.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Hans-Jürgen Scheideler
4.	CDU	RM Werner Kleinhans	RM Rainer Engel
5.	CDU	RM Erich Kreß	RM Franz Rottinger
6.	Grüne	RM Charlotte Kunert	RM Michael Sacher
7.	FLU	RM Franz-Josef Klems	RM Jörg Hißnauer (fraktionslos)
8.	FDP	RM Andreas Tracz	sB Michael Baumhoff
9.		BM Werner Kolter	Bg Uwe Kutter

Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder der allgemeinen Vertreter oder leitenden Bediensteten (§ 16 Abs. 1 GkG) der Verbandsmitglieder den **Verbandsvorsteher** und seinen Stellvertreter. Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte des Verbandes.

Verbandsvorsteher 1. BG Karl-Gustav Mölle (Kreisstadt Unna)

Stellvertreter Stadtkämmerer Ralf Tost (Stadt Kamen)

Unterjährige Veränderung	
Bis 10.03.2016	Jörg Mösgen
ab 10.03.2016	Ralf Tost

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Laut Satzung sind die Jahresüberschüsse, die dem Verband von der Sparkasse zugeführt werden, an die Mitglieder nach dem folgenden Verhältnis aufzuteilen:

Kreisstadt Unna	48,6 %
Kreis Unna	16,2 %
Stadt Kamen	19,0 %
Gemeinde Holzwickede	16,2 %

Die verteilten Jahresüberschüsse sind grundsätzlich von den Mitgliedern zur Erfüllung der gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

4.2 Sparkasse UnnaKamen

Anschrift	Kontakt
Bahnhofstraße 37 59423 Unna	Telefon: 02303 104-0 Fax: 02303 104-268 E-Mail: info@sparkasse-unnakamen.de Internet: www.sparkasse-unnakamen.de

Gründung

Die Kreis- und Stadtsparkasse UnnaKamen mit Sitz in Unna entstand am 01.01.2013 aus der Vereinigung der Kreis- und Stadtsparkasse Unna, gegründet 1839, und der städtischen Sparkasse Kamen, gegründet 1857. Im Geschäftsverkehr führt sie die Kurzbezeichnung „Sparkasse UnnaKamen“.

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziels

Die Sparkasse UnnaKamen ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen.

Die Sparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Rechtsform

Die Sparkasse UnnaKamen ist eine dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger der Sparkasse Unna Kamen

Träger der Sparkasse ist der **Sparkassenzweckverband** des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen und der Gemeinde Holzwickede.

Organe der Sparkasse UnnaKamen

Vorstand
Verwaltungsrat

Beteiligungen der Sparkasse UnnaKamen

Die Sparkasse UnnaKamen ist an der Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH, am Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie durch eine indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG beteiligt. Auf eine Darstellung der beiden letztgenannten Beteiligungen wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

Vorstand

Der Vorstand besteht aus den folgenden vier Personen:
Sparkassendirektor Klaus Moßmeier (Vorsitzender)
Sparkassendirektor Jürgen Schneider
Sparkassendirektor Frank Röhr
Sparkassendirektor Bernd Wenge

Vergütung des Vorstandes				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung (Vorstand) im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge in TEUR	Sonstige Vergütung in TEUR	Erfolgsunabhängige Bezüge in TEUR	Gesamtbezüge in TEUR
Moßmeier	32	11	345	388
Schneider	32	11	313	356
Röhr	32	11	313	356
Wenge	32	10	273	315
Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeiten im Vorstand einen Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Entsprechend werden jährlich Beträge der Pensionsrückstellung zugeführt.				
Mitglied	Im Jahr 2016 der Pensionsrückstellung zugeführt in TEUR			
Moßmeier	107			
Schneider	58			
Röhr	147			
Wenge	71			

Verwaltungsrat			
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Verwaltungsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.		BM Werner Kolter	
2.	SPD	RM Volker König	RM Hans-Jürgen Scheideler
3.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Gudrun Friese-Kracht
4.	CDU	RM Rainer Engel	RM Erich Kreß
5.	FLU	RM Franz-Josef Klems	RM Klaus Göldner
6.	FDP	RM Andreas Tracz	sB Michael Baumhoff

Vergütung des Verwaltungsrates	
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates (Verwaltungsrat) und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.	
Der Jahresabschluss 2016 der Sparkasse UnnaKamen weist für die Tätigkeit des Verwaltungsrates Gesamtbezüge in Höhe von 108.800,00 € aus.	
Davon entfallen auf die Mitglieder der Kreisstadt Unna folgende Beträge:	
Werner Kolter	15.800,00 €
Rainer Engel	9.000,00 €
Franz-Josef Klems	3.500,00 €
Volker König	3.400,00 €
Ingrid Kroll	3.200,00 €
Andreas Tracz	2.900,00 €
Klaus Göldner	300,00 €

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2016	2015
Angestellte		
in Vollzeit	256	261
in Teilzeit	115	108
Auszubildende	29	28
Aushilfen	0	0
Gesamt	400	397

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
1. Barreserve			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	25.073	52.276	82.362
II. Sachanlagen	14.600.182	12.709.446	12.637.230
III. Finanzanlagen	30.670.232	30.774.178	30.888.179
Summe Aktiva	45.295.487	43.535.900	43.607.771
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.789.669.975	1.671.040.093	1.656.164.102
III. Wertpapiere	402.478.808	412.688.532	422.114.483
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	32.802.122	32.268.303	37.358.215
Summe Umlaufvermögen	2.224.950.905	2.115.996.928	2.115.636.800
C. Rechnungsabgrenzungsposten	889.650	1.298.898	2.252.019
Summe Aktiva	2.271.136.042	2.160.831.726	2.161.496.590
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	0	0	0
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	141.789.698	139.703.690	137.654.869
IV. Bilanzgewinn	2.097.418	2.086.008	2.048.821
Summe Eigenkapital	143.887.116	141.789.698	139.703.690
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	32.764.355	32.629.534	34.490.962
D. Verbindlichkeiten	1.994.240.574	1.912.637.063	1.925.842.428
E. Fonds für allg. Rücklagenanteil	99.550.000	72.750.000	60.400.000
F. Rechnungsabgrenzungsposten	693.997	1.025.431	1.059.510
Summe Passiva	2.271.136.042	2.160.831.726	2.161.496.590

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Zinserträge	58.822.015	60.508.635	66.953.250
Zinsaufwendungen	- 16.591.169	- 21.119.692	- 26.316.842
Lfd. Erträge aus Aktien, Beteiligungen	6.074.798	5.142.368	6.327.925
Provisionserträge	15.941.928	15.412.088	15.348.085
Provisionsauswendungen	- 1.149.377	- 1.063.604	- 1.012.330
Nettoerträge aus Handelsbeständen und sonstigen betrieblichen Erträgen	-	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	1.287.723	1.533.467	2.642.633
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 34.038.142	- 36.145.323	- 36.292.768
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte	- 1.308.488	- 1.096.687	- 1.081.695
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.625.936	- 2.415.447	- 3.197.942
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere sowie Forderungen	-	- 123.304	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren	13.124.737	-	499.103
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	- 2.203.657	-	- 2.350.632
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen	-	14.999	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuführung zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allg. Bankrisiken	- 26.800.000	- 12.350.000	- 11.793.000
Jahresüberschuss	10.534.432	8.297.500	9.725.787
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 8.527.002	- 6.143.193	- 7.597.022
Sonstige Steuern	89.988	- 68.299	- 79.944
Bilanzgewinn	2.097.418	2.086.008	2.048.821

Lagebericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2016

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Kreis- und Stadtparkasse Unna-Kamen mit Sitz in Unna entstand am 1. Januar 2013 aus der Vereinigung der Kreis- und Stadtparkasse Unna, gegründet 1839, und der Städtischen Sparkasse Kamen, gegründet 1857. Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung "Sparkasse UnnaKamen".

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Hamm unter der Nummer A2364 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von dem Kreis Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen und der Gemeinde Holzwickede gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Unna und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe.

Das Geschäftsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet der Träger sowie der angrenzenden Gemeindegebiete.

Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Wirtschaftsentwicklung

Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zum Jahresbeginn 2016 und das unerwartete Austrittsvotum Großbritanniens aus der Europäischen Union haben das Expansionstempo der Weltwirtschaft nicht nachhaltig beeinträchtigt. Sie befindet sich weiterhin in einer moderaten Wachstumsphase. Zwar wurde die Dynamik in den großen Industrieländern von der schwächeren Entwicklung in den Vereinigten Staaten gedämpft. Jedoch stabilisierte

sich die Lage in den Schwellenländern, was insbesondere auf die Festigung der Konjunktur in China zurückzuführen war. In den rohstoffexportierenden Schwellenländern dürfte sich die Stabilisierung des Ölpreises positiv ausgewirkt haben.

Die Industrieländer befinden sich in einer Phase der konjunkturellen Erholung. In den meisten Ländern ist die Unterauslastung auf den Produkt- und Arbeitsmärkten im ersten Halbjahr 2016 zurückgegangen. Insbesondere im Euro-Raum und in Japan stieg die Wirtschaftsleistung schneller als das Produktionspotenzial. Hingegen blieb die wirtschaftliche Entwicklung in den USA hinter den Erwartungen zurück. In den meisten Industrieländern tragen die aufwärts gerichtete Arbeitsmarktlage und die damit einhergehenden Einkommenszuwächse dazu bei, dass die Konjunkturerholungen überwiegend binnenwirtschaftlich getrieben sind.

In den Schwellenländern hat sich die Wirtschaftslage in den vergangenen Monaten stabilisiert. Die chinesische Wirtschaft expandierte robust. Außerdem verzeichnete Indien anhaltend hohe Wachstumsraten. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Indien im Vergleich zu vielen anderen Schwellenländern ein Rohstoffimporteur ist. In den übrigen Schwellenländern ist die Lage nach wie vor ungünstiger. In Russland und Lateinamerika zeichnet sich aber allmählich ein Ende der Rezession ab. Ausschlaggebend dürften die gefestigten Rohstoffpreise sein.

Nach 3,0 % im Jahr 2015 erwartet der Sachverständigenrat für das Jahr 2016 einen Zuwachs der Weltproduktion um 2,5 %. Im kommenden Jahr sollte sich das Weltwirtschaftswachstum auf 2,8 % belaufen. Der Welthandel dürfte in den Jahren 2016 und 2017 um 0,3 % bzw. 2,7 % zulegen. Im Jahr 2015 wuchs der Welthandel um 2,5 %.

Die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur sind nicht unerheblich. Besondere Aufmerksamkeit gilt den politischen Entwicklungen in Europa. So wird sich der Austrittsprozess Großbritanniens aus der EU wohl hinziehen und es bleibt unklar, in welchem Umfang der Gemeinsame Markt dem Land in Zukunft offen stehen wird. Die damit einhergehende Verunsicherung könnte im Vereinigten Königreich und in geringerem Maße auch in der übrigen EU eine länger anhaltende Investitionszurückhaltung auslösen.

Die Brexit-Entscheidung ist aber auch ein Zeichen für ein allgemeineres Risiko, nämlich für die in vielen Ländern der Welt zunehmend negative Wahrnehmung von Globalisierungsprozessen und der stärkeren Betonung nationalstaatlicher Souveränität. Setzen sich diese Tendenzen fort, könnte es zu weiteren Desintegrationsschritten in der Weltwirtschaft kommen, die ein geringeres Wirtschaftswachstum zur Folge hätten.

Mögliche Risiken für den Euro-Raum bergen die ungelösten Probleme im Bankensektor, insbesondere die geringe Kapitalisierung und die hohen Bestände an notleidenden Krediten, z. B. in Italien und in Portugal.

Risiken für die Stabilität der internationalen Finanzmärkte gehen von der verzögerten geldpolitischen Straffung in den USA aus. Dies könnte später eine zügigere Anhebung des Zinsniveaus erforderlich machen, und birgt die Gefahr, dass sich die internationalen Kapitalströme abrupt umkehren und die Währungen einiger Schwellenländer stark abwerten. Für stark in Fremdwährung verschuldete Schwellenländer würde das ein erhebliches Risiko bedeuten.

Die aktuelle Wirtschaftsentwicklung in Deutschland liefert grundsätzlich ein positives Bild: Deutschland befindet sich im Aufschwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2016 voraussichtlich um 1,9 % zulegen (Vorjahr: 1,7 %). Getragen wird der Aufschwung von der

dynamischen Binnennachfrage, insbesondere von der deutlichen Ausweitung der privaten Konsumausgaben und der Wohnungsbauinvestitionen.

Der moderate Aufschwung in Westfalen-Lippe dürfte sich in den kommenden Monaten mit leicht abgeschwächtem Tempo fortsetzen. Treibende Kraft ist nach wie vor die Binnennachfrage, allen voran der private Konsum. Auch die Wohnungsbauinvestitionen bleiben aufwärts gerichtet, wenngleich die steigenden Baukosten allmählich dämpfend wirken könnten. Einer höheren Dynamik bei den Unternehmensinvestitionen stehen nicht unerhebliche außenwirtschaftliche Risiken entgegen.

Zinsentwicklung

Zu einem erheblichen Teil wird der Aufschwung allerdings von der anhaltend extrem expansiven Geldpolitik der EZB gestützt. Mit einem Bündel an unkonventionellen Maßnahmen hat die Notenbank die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Der Euro-Wechselkurs befindet sich auf einem niedrigen Niveau; die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte sind günstig. Ohne die Impulse der EZB wären die Wachstumsraten deutlich geringer ausgefallen. Die Erholung im Euro-Raum ist daher nicht selbsttragend.

Nach zahlreichen Lockerungen liegt der Hauptrefinanzierungssatz aktuell bei 0,0 % und der Einlagenzins bei -0,4 %. Zudem versorgt die EZB die Banken über mehrjährige Refinanzierungsgeschäfte zu sehr günstigen Finanzierungsbedingungen mit Liquidität im Umfang von aktuell 500 Mrd. EUR. Durch ihre Ankaufprogramme für Wertpapiere weitete die Notenbank ihre Bilanz außerdem erheblich aus.

Die Lockerungsmaßnahmen haben die Zinsstrukturkurve so weit nach unten verschoben, dass die Langfristzinsen auf Staatsanleihen mit guter Bonität negativ wurden. Ferner sind die Zinsen für Unternehmenskredite deutlich gefallen und die Vermögenspreise stark angestiegen.

Hauptziel der expansiven Geldpolitik ist die Steigerung der Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken und damit einhergehend die Ankurbelung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, was sich wiederum positiv auf das allgemeine Preisniveau auswirken sollte. Zwar haben sich die Zinsen für Unternehmenskredite seit Jahresbeginn 2012 auf unter 2,0 % halbiert. Auch haben die Banken die Kreditvergabestandards für Unternehmen und Haushalte gelockert. Gleichwohl hat sich das Kreditvolumen im Euro-Raum bislang nur sehr zaghaft erholt. Dies gilt sowohl für Kredite an private Unternehmen als auch an private Haushalte.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Ab 01.01.2016 erfolgt die schrittweise Zusammenführung der nationalen Abwicklungsfonds zu einem einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds (Vergemeinschaftung). Das Zielvolumen des einheitlichen, EU-weiten Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund-SRF) soll zum 01.01.2024 erreicht sein. Durch die Bankenabgabe sollen die Kosten des systematischen Risikos des Kredit- und Handelsgeschäfts dem Finanzsektor auferlegt werden.

EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA hat Leitlinien zur Kreditwürdigkeitsprüfung bei Hypotheken sowie zu Verzug und Zwangsvollstreckung verabschiedet. Ziel ist es, Verbraucher besser zu schützen und eine konsistente nationale Umsetzung der Wohnimmobili-

enkreditrichtlinie zu gewährleisten. Die am 21. März 2016 in Kraft getretenen Leitlinien zur Kreditwürdigkeitsprüfung geben vor, wie Kreditinstitute das Einkommen des Verbrauchers zu verifizieren, Informationen zu dokumentieren und aufzubewahren haben. Außerdem enthalten sie Anforderungen an die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit des Verbrauchers im Rahmen der Kreditvereinbarung, an die Einkalkulierung weiterer Verpflichtungen und anderer nicht-diskretionärer Ausgaben des Verbrauchers, etwa Aufwendungen für den Lebensunterhalt, sowie an die Berücksichtigung möglicher negativer Zukunftsszenarien. Die bestehenden Regelungen wurden mit Kabinettsbeschluss vom 21. Dezember 2016 dahingehend präzisiert, dass zukünftig die durch Baumaßnahmen und Renovierungen herbeigeführten Wertsteigerungen einer Wohnimmobilie bei der Kreditwürdigkeitsprüfung berücksichtigt werden. Die Sparkasse UnnaKamen hat die Regelungen fristgerecht umgesetzt.

Mit der Allgemeinverfügung vom 23.12.2016 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zusätzliche Eigenmittelanforderungen für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch festgelegt. Nach Artikel 92 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) muss ein Kreditinstitut zu jedem Zeitpunkt eine harte Kernkapitalquote von 4,5 %, eine Kernkapitalquote von 6 % und eine Gesamtkapitalquote von 8% einhalten. Zu dieser Gesamtkapitalquote muss ein Kreditinstitut nunmehr einen Zuschlag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch addieren. Ausgangspunkt für die Bestimmung des Eigenmittelzuschlags sind die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung auf den Barwert der mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Geschäfte, die sich zum Zeitpunkt der Berechnung im Bestand des Anlagebuchs eines Kreditinstituts befinden. Hinsichtlich der Zinsänderung wird auf die beiden Szenarien einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben bzw. unten (sog. Baseler Zinsschock) abgestellt. Die höchste sich ergebende negative Barwertänderung wird ins Verhältnis zum Gesamttriskobetrag nach Artikel 92 Abs. 3 CRR (RWA) gesetzt. Die Sparkasse UnnaKamen erfüllt die Anforderungen an die Gesamtkapitalquote auch inkl. Zuschlag.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlauf

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2016 um 110,3 Mio. EUR bzw. 5,1 % auf 2.271,1 Mio. EUR. Das aus Bilanzsumme und Bürgschaftsverpflichtungen bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 109,3 Mio. EUR oder 5,0 % auf 2.299,1 Mio EUR. Damit wurde das geplante Wachstum von 2,5 % deutlich übertroffen.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 7,0 % oberhalb der Planung von 2,7 %. Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2016 auf 371,3 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus verringerten sich im Gesamtjahr um 6,8 % auf 144,8 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme stieg auf 78,6 % (Vorjahr 77,2 %).

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um 17,5 Mio. EUR. Das im Jahr 2016 zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte weist jedoch einen Rückgang von 11,6 % auf 110,1 Mio. EUR aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge

der erhöhten Investitionsbereitschaft um 88,8 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen stiegen um 10,8 % auf 239,7 Mio. EUR.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verminderte sich der Bestand an Wertpapieren gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 10,2 Mio. EUR auf 402,5 Mio. EUR. Fällige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 20 Mio. EUR wurden nicht festverzinslich wiederangelegt. Stattdessen weiteten wir die Bestände von Aktien- und Immobilienfonds um 10 Mio. EUR aus. Die Maßnahmen wurden im Sinne der vom Vorstand verabschiedeten Marktpreisrisikostategie der Sparkasse UnnaKamen umgesetzt.

2.3.4. Beteiligungen / Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2016 von 30,7 Mio. EUR entfiel mit 29,8 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 0,9 Mio. EUR auf die indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG. Der geringe Rückgang des Buchwerts des Anteilsbesitzes (Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen) ergibt sich aus der Auflösung des einzigen verbundenen Unternehmens Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH, Unna. Bei den Beteiligungen haben sich eine Stammkapitalerhöhung des SVWL zur Kapitalzuführung bei der LBS West und die im Geschäftsjahr 2016 vorgenommene Abschreibung auf die Verbandsbeteiligung nahezu ausgeglichen.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Die gesamte Geldvermögensbildung der Kunden (bilanziell und nicht bilanziell) entwickelte sich mit einem Ergebnis von -23,3 Mio. EUR. rückläufig. Der Planwert von 37 Mio. EUR wurde damit nicht erreicht. Die im Laufe des Jahres eingeführten Verwarentgelte weniger großer institutioneller Kunden und der damit einhergehende Mittelabfluss sind hier als Ursache zu nennen.

Aktuell verfügt die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand von 1.576,8 Mio. EUR. Für 2016 wurde hier ein Wachstum von 1,2 % erwartet. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus setzt sich innerhalb dieser Geldvermögensbildung die Entwicklung hin zu kurzfristigen Anlagen unvermindert fort und führte zu starken strukturellen Bestandsverschiebungen. So wuchs im letzten Jahr der Bestand der Sichteinlagen um 31,0 Mio. EUR (+3,5 %). Dieser Bestandsausweitung standen Mittelabflüsse im längerfristigen Sparvolumen (Spareinlagen, Inhaberschuldverschreibungen, Sparkassenbriefe) in Höhe von -33,9 Mio. EUR (-5,1 %) gegenüber. Es flossen auch 31,4 Mio. EUR Termingeldanlagen ab.

Neben der bilanziellen Vermögensbildung wird im Rahmen unserer Zielplanungen auch auf den Ausbau der Geldvermögensbildung im Kundenwertpapiergeschäft besonderer Wert gelegt. Mit einer Nettoabsatzsteigerung von +5,4 Mio. EUR entwickelten sich die Kundenwertpapierbestände nicht planmäßig (+17 Mio. EUR).

3.6. Interbankengeschäft

Forderungen an Kreditinstitute bestehen zum Stichtag keine. Sie wurden bereits im vorangegangenen Jahr nahezu vollständig abgebaut. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich deutlich um 115,8 Mio. EUR auf 407,9 Mio. EUR. Ursächlich hierfür sind das starke Kreditwachstum und der aus der Einführung der Verwarentgelte großer institutioneller Kunden einhergehende Mittelabfluss.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Bruttoumsatzvolumen im Kundenwertpapiergeschäft konnte mit 147,4 Mio. EUR um 5,4 % gesteigert werden. Im Gegensatz zu den Vorjahren lag 2016 der Umsatzschwerpunkt jedoch nicht bei Investmentfonds mit einem Volumen von 60,1 Mio. EUR (-14,2 %), sondern im Aktienbereich wurden mit 66,9 Mio. EUR (+21,6 %) die größten Umsätze erzielt. Per Saldo überwogen im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere die Verkäufe und bewirkten einen Nettobestandsrückgang von 2,8 Mio. EUR. Der Handel mit Aktien und Investmentfonds trug zu einer positiven Geldvermögensbildung bei.

Während der Absatz von Bauspar- und Leasingverträgen nicht an die positiven Vorjahreszahlen anknüpfen konnte (-16,4 %), konnte der Absatz von Lebensversicherungen um 16,2 % und einem Volumen von 21,3 Mio. EUR deutlich gesteigert werden.

Auch das Interesse an Immobilien ist weiterhin groß. Der Verkaufswert der Vermittlungen (16,3 Mio. EUR) fiel gegenüber dem bereits hohen Niveau des Vorjahres nochmals um 1,1 % höher aus.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2016 wurden die Umbauarbeiten zur Neugestaltung der Kundenhalle in der Hauptstelle Unna abgeschlossen. Die Investitionskosten für diese Maßnahme betragen für das Jahr 2016 insgesamt 2.793 TEUR. Zur Verbesserung unserer Servicequalität und Beratung wurden Investitionen in Höhe von 144 TEUR (Geldausgabeautomaten, Selbstbedienungsterminals und Telefonanlage) getätigt.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2016 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 397), davon 115 Teilzeitkräfte und 29 Auszubildende.

Um auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können, hält die Sparkasse ihre bereits hohe Ausbildungsquote von über 7 % konstant und nimmt damit ihre Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region in besonderem Maße wahr.

Auch im Jahr 2016 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden 341 TEUR (Vorjahr 453 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2016 konsequent verfolgt. Daher wurde die Sparkasse im Wege des Audit Beruf und Familie von der Hertie-Stiftung als familienfreundliches Unternehmen ausgezeichnet. Darüber hinaus haben verschiedene Maßnahmen zur Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements großen Anklang gefunden.

4. Darstellung und Analyse der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2015. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2016 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 143,9 Mio. EUR (Vorjahr 141,8 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB aus aufgelösten Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB in Höhe von 10,2 Mio. EUR und durch eine zusätzliche Vorsorge von 16,6 Mio. EUR auf 99,6 Mio. EUR erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) übertrifft am 31.12.2016 um 6,38 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers und des SREP-Zuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch gemäß der Allgemeinverfügung der BaFin. Die Gesamtkapitalquote beträgt 16,41 %. Die Leverage Ratio weist zum 31.12.2016 einen Wert von 8,84 % auf. Die Sparkasse weist damit eine gute Kapitalbasis für ein weiteres Geschäftswachstum auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten.

Die Liquiditätskennziffer wurde mit 1,91 (31.12.2016) durchgängig erfüllt. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist einen Wert von 102 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde 2016 genutzt.

4.3. Ertragslage

4.3.1. Gewinn- und Verlustrechnung

Die wesentlichen Erfolgskomponenten lt. Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Zinsüberschuss	48,3	44,5	3,8
Provisionsüberschuss	14,8	14,3	0,5
Nettoergebnis des Handelsbestandes	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	1,3	1,6	-0,3
Personalaufwand	-23,7	-25,3	-1,6
Anderer Verwaltungsaufwand	-10,4	-10,8	-0,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3,9	-3,5	0,4
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	26,4	20,8	5,6
Aufwand bzw. Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge	10,9	-0,1	11,0
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	-26,8	-12,4	-14,4
Ergebnis vor Steuern	10,5	8,3	2,2
Steueraufwand	-8,4	-6,2	2,2
Jahresüberschuss	2,1	2,1	0,0

Quelle: Bilanz

Zinsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 1-4

Provisionsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 5 und 6

Sonstige betriebliche Erträge:

GuV-Posten Nr. 8,9,20

Sonstige betr. Aufwendungen:

GuV-Posten Nr. 11,12,17,21

Ertrag bzw. Aufwand aus

Bewertung und Risikovorsorge:

GuV-Posten Nr. 13-16

Zur weitergehenden Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die in der Tabelle aufgeführten Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten berichtigt, die in der internen Darstellung einem Neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Die wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse ist weiterhin der Zinsüberschuss. Dieser erhöhte sich im vergangenen Geschäftsjahr deutlich um 0,7 Mio. EUR auf 46,0 Mio. EUR (+1,6 %). Negative Zinsen haben das Zinsergebnis nur unmerklich belastet. Trotz eines weiterhin schwierigen Marktumfeldes im Bankensektor und einer anhaltenden Niedrigzinsphase fiel das Zinsergebnis damit höher aus als geplant.

Auch der Provisionsüberschuss konnte um 0,6 Mio. EUR auf 15,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Das Ziel 2016 lag ebenfalls bei 15,0 Mio. EUR. Erfolgreich verlief hier der Absatz von Kreditkarten und die Vermittlungen von Konsumentenkrediten an ‚S-Kreditpartner‘.

Der Verwaltungsaufwand fiel mit 34,9 Mio. EUR um 0,9 Mio. EUR geringer aus als im Vorjahr.

Insbesondere die Personalaufwendungen von 23,2 Mio. EUR lagen um 0,8 Mio. EUR unter dem Vorjahresergebnis. Die Hauptgründe für die Kostenreduzierung im Personalbereich sind zum einen auf eine veränderte Buchungssystematik bei Pensionsanwartschaften zurückzuführen; hier wurde das Ergebnis des veränderten Zinssatzes im Jahr 2016 dem Zinsergebnis und nicht mehr dem Personalaufwand zugerechnet. Zum anderen wurden Neueinstellungen und Umbesetzungen aufgrund der anstehenden Fusion zurückgestellt.

Auch die Sachaufwendungen verringerten sich um 0,2 Mio. EUR (-1,5 %) auf 11,7 Mio. EUR. Der am Jahresanfang geplante Wert in Höhe von 12,2 Mio. EUR beinhaltete Kosten, die nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wurden.

In Summe stellen sich die gesamten Aufwendungen geringer dar als prognostiziert.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 26,2 Mio. EUR bzw. 1,15 % (Vorjahr 1,08 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) des Jahres 2016. Das Ergebnis liegt damit über dem geplanten Wert von 22,3 Mio. EUR, und das Ergebnis liegt um 0,13 %-Punkte der DBS über dem Durchschnittswert der Sparkassen im SVWL (1,02 % der DBS).

Als Maßgröße der Ertragskraft ermöglicht das Betriebsergebnis vor Bewertung auch nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Grundlage für die künftige Geschäftsausweitung.

Das Bewertungsergebnis wurde in Höhe von 15,6 Mio. EUR (Vorjahr 13,3 Mio. EUR) ausgewiesen.

Der Steueraufwand fiel mit 8,5 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (6,1 Mio. EUR) um 38,8 % höher aus.

Der Jahresüberschuss beläuft sich wie im Vorjahr auf 2,1 Mio. EUR.

Die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen) haben sich im Jahr 2016 wie folgt entwickelt:

Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag aufgrund der Ertragsverbesserung im letzten Jahr mit 12,69 % über dem Vorjahreswert von 11 %.

Sowohl die Erhöhung des Zinsüberschusses als auch die Kostenreduzierung bewirkten eine Verbesserung der Cost-Income-Ratio/CIR (Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen) im Jahr 2016 von 59,9 % auf 57,1 % (Erwartungswert 2016 62 %). Mit dieser Quote weist die Sparkasse UnnaKamen eine deutlich positivere CIR auf als der Durchschnitt der westfälisch-lippischen Sparkassen (62,6 %).

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2016 0,09 % (Vorjahr 0,10 %).

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Prognose-, Chancen- und Risikomanagement

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostراتيجien die Rahmegrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Beteiligungsrisiken, operationelle Risiken sowie Liquiditäts- und Vertriebsrisiko, wurden die zum Teil separaten Teilrisikostراتيجien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV- und vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Risikoausschuss der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wurde das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff "Risiko" wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für

die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse UnnaKamen hat die Risikocontrolling-Funktion dem Risikomanager übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben von den Mitarbeitern der Abteilung Vorstandssekretariat wahrgenommen werden. In der Abteilung sind die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen mit der Compliance-Funktion gemäß WpHG und KWG zusammengefasst. Die Compliance-Beauftragte ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgt eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in zwei sich ergänzenden Konzepten:

- In der handelsrechtlichen Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

- Die vermögenswertorientierte Betrachtung ermittelt als Risiko die innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eintretende maximale Vermögensminderung.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt grundsätzlich auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Plan- bzw. Erwartungswerten verstanden.

Für die wertorientierte Ermittlung der Marktpreis- und Adressenrisiken wird als Risikomaß der Value-at-Risk verwendet, wobei grundsätzlich ein Planungshorizont von einem Jahr (250 Handelstage) und ein Konfidenzniveau von 99,0 % (unerwartete Risiken) zu Grunde gelegt wird. Die Ermittlung der weiteren Risiken (operationelle Risiken, Vertriebsrisiken) erfolgt auf Basis von Schätzungen anhand von Indikatoren oder historischen Daten.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen und (als Zusatzinformation) wertorientierten Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise eine rollierende Risikotragfähigkeitsberechnung durch. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden in der handelsrechtlichen Sicht nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie Limitauslastungen über ein Schwellenwerte-System gegebenenfalls auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Spar-

kasse analysiert, transparent und steuerbar gemacht werden. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie inverse Stresstests durchgeführt. Die dargestellten Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfänglich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick auf das Risikoberichtswesen der Sparkasse:

Bericht	Risikobezug	Berichtsrhythmus	Berichtsempfänger
Risikogesamtbericht	alle Risiken	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
Adressenrisikobericht	Adressenrisiko	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
Marktpreisrisikobericht	Marktpreisrisiken	monatlich	Vorstand
Depot A Wochenbericht	Marktpreisrisiken	wöchentlich	Vorstand

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagements

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Adressenrisikostrategie beschrieben. Darüber hinaus erfolgt zur weiteren Information eine wertorientierte Risikotragfähigkeitsrechnung.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenrisiken im Kreditgeschäft (Kreditrisiko)

Unter dem Adressenrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Adressenrisikostategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Zum 31.12.2016 wurden etwa 42 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftliche selbstständige Privatpersonen vergeben, 36 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen. Diese Werte repräsentieren weitestgehend die im Verbandsdurchschnitt ermittelten Verhältnisse.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Kreditnehmergruppen: Das Firmenkunden-/Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte	
	31.12.2016 Mio EUR	31.12.2015 Mio EUR
Firmenkundenkredite	767,7	671,0
Privatkundenkredite	655,8	637,7
Weiterleitungsdarlehen	186,4	194,2
darunter: für den Wohnungsbau	751,6	716,0
Kommunalkredite und kommunalverbürgte Kredite	211,7	215,4
Gesamt	1.821,6	1.718,3

Quelle: Bilanzierung, Aktiva 4, vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven (Brutto)

Weiterhin gliedert sich das Kreditgeschäft in folgende Kreditarten:

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte	
	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Kontokorrentkredite	87.704	76.048
Darunter:		
auf Geschäftsgirokonten	48.134	41.706
auf Privatgirokonten	28.084	27.437
auf Sonstige	11.486	6.905
Darlehen aus eigenen Mitteln	1.547.385	1.447.939
Darunter:		
an Geschäftskunden	719.596	629.266
an Privatkunden	627.679	610.160
an Sonstige	200.110	208.513
angekaufte Forderungen	0	0
Weiterleitungsdarlehen	186.439	194.223
Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen	0	0
Sonstige Forderungen	89	91
Gesamt*	1.821.617	1.718.301

Quelle: Bilanzierung, Aktiva 4, vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven (Brutto)

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2016 nicht überschritten.

Gesamtbetrag der Forderungen und Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen nach kreditrisikotragenden Instrumenten:

Gesamtbetrag der Forderungen und Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen nach kreditrisikotragenden Instrumenten 31.12.2016	Kredite, Zusagen u. and. nicht derivative außerbilanzielle Aktiva TEUR
Banken / Investmentfonds	345.343
Öffentliche Haushalte	304.831
Privatpersonen	955.340
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	1.117.192
davon:	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	11.263
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinn- nung von Steinen und Erden	61.715
Verarbeitendes Gewerbe	97.225
Baugewerbe	93.800
Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen	141.467
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	43.979
Finanz- und Versicherungsleistungen	80.387
Grundstücks- und Wohnungswesen	269.136
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	318.220
Organisation ohne Erwerbszweck	10.870
Sonstige	29.364
Gesamt	2.762.940

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Offenlegungstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geographische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten (Quelle: Tabellen der Finanz Informatik zum Offenlegungsbericht). Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen (ohne Wertpapiergeschäft)	2.359.502
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	2.356.038
EU	1.639
Sonstige	1.825
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	18.345
Investmentfonds	9.859
Privatpersonen	955.340
Öffentliche Haushalte*	228.838
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	1.106.886
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	11.263
- Energie- und Wasserversor- gung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	61.715
- Verarbeitendes Gewerbe	97.225
- Baugewerbe	93.800
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr- zeugen	141.467
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	43.979
- Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	70.106
- Grundstücks- und Wohnungs- wesen	269.136
- Sonstiges Dienstleistungs- gewerbe	318.195
Organisationen ohne Erwerbszweck	10.870
Sonstige	29.364
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	580.626
1 Jahr bis 5 Jahre	311.247
> 5 Jahre bis unbefristet	1.467.629
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.	

Mit einem Anteil von 43 % liegt ein großer Teil der Kundenkredite in Größenklassen bis 500 TEUR und damit im diversifizierten kleinteiligen Kreditgeschäft. Demgegenüber liegen 29 % in hohen Größenklassen ab 7,5 Mio. EUR, die auf mögliche Risikokonzentrationen hinweisen. Große Teile entfallen auf kommunale Kreditnehmer oder sind entsprechend besichert. Der Blankoanteil nach Verrechnung wirtschaftlicher Sicherheiten in diesen Größenklassen beträgt im Durchschnitt 24 % des Kreditvolumens. Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2016 nicht überschritten.

Die Adressenrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten¹. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

Ratingklasse	Volumen in %	Anzahl in %
1 bis 9	89,3	91,9
10 bis 15	9,7	7,2
16 bis 18	1,0	0,9

Quelle: Adressenrisikobericht zum 31.12.2016

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäftes sind Kredite und Darlehen, die mit Grundschulden abgesichert sind. Bei der Bewertung dieser Objekte legen wir vorsichtige Maßstäbe an und haben spezielle Überwachungsinstrumente implementiert, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Risiken ergeben. Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Der Schwerpunkt bei der Branchengliederung liegt im Dienstleistungssektor, darunter insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31.12.2016 0,8 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden von der S-Rating GmbH validiert. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils von der S-Rating GmbH validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb

der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Die durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten des Kreditportfolios entwickelten sich in 2016 leicht rückläufig. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft war 2016 erneut positiv.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements ("Problemkredite") werden im Rahmen einer Sanierung gemeinsam von Vertriebsmitarbeitern und Mitarbeitern des Kreditmanagements oder im Rahmen der Abwicklung von darauf spezialisierten Mitarbeitern auf der Grundlage eines mittelfristigen Konzepts betreut. Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2016 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Der Gesamtbetrag der Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Kundenkreditgeschäft beträgt 5,4 Mio. EUR und entfällt überwiegend auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen des Inlandes. Auch die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von Einzelwertberichtigungen (EWB) entfallen ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen.

Die Gesamtinanspruchnahmen aus notleidenden und in Verzug geratenen Forderungen belaufen sich auf 23,1 Mio. EUR. Davon beträgt die Höhe der Kredite in Verzug 6,5 Mio. EUR.

Mit 59,4 % entfällt der größte Teil der gesamten EWB-Zugänge (+1,1 Mio. EUR) auf den Bereich der Firmen- und Gewerbekunden. Die übrigen Zugänge betreffen den Privatkundenbereich, wobei hierbei wiederum 38,9 % der EWB-Zugänge dem überwiegend grundbuchlich gesicherten Wohnungsbau zuzurechnen sind.

In Bezug auf einzelne Branchen ergaben sich keine Auffälligkeiten.

Die direkten Forderungsabschreibungen betragen 271 TEUR. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) weist keine Besonderheiten gegenüber dem Vorjahr auf. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbe- stand 01.01.2016	per Zuführung	Auflösung	Ver- brauch	Endbe- stand per 31.12.2016
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	7.477	1.068	1.076	2.155	5.314
Rückstellungen	75	0	0	0	75
Pauschalwertberichtigun- gen	3.848	0	499	0	3.349
Gesamt	11.400	1.068	1.575	2.155	8.738

Quelle: Bilanz

Nach Art. 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall des Schuldners vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist, oder die Sparkasse es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Schuldner seine Verbindlichkeiten in voller Höhe begleichen wird, ohne dass die Sparkasse auf Maßnahmen wie Verwertung von Sicherheiten zurückgreift.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, diese zu steuern und zu bewerten sowie im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf, d. h. Bedarf an spezifischen Kreditrisikoanpassungen, besteht. Eine außerordentliche Überprüfung erfolgt, wenn der Sparkasse Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden spezifischen Kreditrisikoanpassungen orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihren wahrscheinlichen Realisationswerten, um einschätzen zu können, welche Erlöse nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Gren-

zen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes.

Die Beteiligungen beziehen sich überwiegend auf Beteiligungen an der Sparkassen-Finanzgruppe und/oder beruhen auf geschäftspolitischen Überlegungen. Die Beteiligungen werden nach rechnungslegungsspezifischen Kriterien gem. HGB bewertet. Die Bildung einer eventuell notwendigen Risikovorsorge richtet sich nach den gleichen Kriterien, die im Kreditgeschäft der Sparkasse mit Kunden zu berücksichtigen sind. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Zum 31.12.2016 erfolgte wegen zurückgegangener Unternehmenswerte einzelner Beteiligungen des SVWL eine weitere Abschreibung. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio "Erste Abwicklungsanstalt" (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden.

Die Sparkasse unterhält eine Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH). Diese Erwerbsgesellschaft hat den Wertansatz ihrer Beteiligung an der LBBH bestätigt.

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Vergleich		
	Buchwert	beizulegender Zeitwert (fair value)	Börsenwert
	TEUR	TEUR	TEUR
Strategische Beteiligungen			
- börsengehandelte Positionen			
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend			—————
- andere Beteiligungspositionen	30.656	30.656	—————
Funktionsbeteiligungen			
- börsengehandelte Positionen			
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend			—————
- andere Beteiligungspositionen	14	14	—————
Kapitalbeteiligungen			
- börsengehandelte Positionen			
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend			—————
- andere Beteiligungspositionen			—————

5.3. Adressenrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

Der Vorstand der Sparkasse legte eine Risikostrategie für Handelsgeschäfte ("Marktpreisrisikostrategie") fest, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Marktpreisrisikostrategie werden Handelsgeschäfte nur in folgendem Rahmen getätigt:

- Im Handelsbuch werden keine Geschäfte getätigt.
- Im Anlagebuch werden Geldmarktgeschäfte zur Liquiditätssteuerung getätigt, ebenso Zins-, Aktien- und Fondsgeschäfte als Eigenanlagen (zur Liquiditätssteuerung). Des Weiteren werden Zinsswaps im Rahmen des Managements der Zinsänderungsrisiken bzw. des Bilanzstrukturmanagements im Anlagebuch abgeschlossen.
- Handelsgeschäfte dürfen nur in Produkten und Märkten getätigt werden, die im vom Vorstand genehmigten Produkte- und Märkte-Katalog enthalten sind.

5.3.1. Adressenrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Des Weiteren legte die Sparkasse Volumenslimite für Risikoklassen (in Abhängigkeit von Länder- und Emittentenrisiko sowie der Art der Besicherung) fest. Die Begrenzungen für Adressenrisiken aus Handelsgeschäften schließen die in Spezialfonds geführten Papiere ein. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (129,8 Mio. EUR), den Wertpapierspezialfonds (192,1 Mio. EUR), sowie sonstige Investmentfonds (84,8 Mio. EUR), siehe auch Kapitel 5.3.2. Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen nahezu vollständig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf oder sind nicht geratet. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich überwiegend um Anteile an Investmentfonds. Für die im Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie bei Rentenfonds die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostrategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Spezial- und Publikumsfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Wertpapiere	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	395.931
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	369.990
EU	15.788
Sonstige	10.153
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	43.490
Investmentfonds	266.142
Privatpersonen	
Öffentliche Haushalte*	75.993
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	10.306
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	
- Verarbeitendes Gewerbe	
- Baugewerbe	
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	10.281
- Grundstücks- und Wohnungswesen	
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	25
Organisationen ohne Erwerbszweck	
Sonstige	
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	15.827
1 Jahr bis 5 Jahre	58.206
> 5 Jahre bis unbefristet	321.898
<p>Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.</p>	

Die von der Sparkasse direkt und über Spezialfonds (Anteile an Sondervermögen größer 10 %) gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poors	Tageswerte 31.12.2015 in %	Tageswerte 31.12.2016 in %
Exzellente, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	32,7	29,1
Sehr gut bis gut	Aa1 – Aa3	AA+ - AA-	19,5	17,9
Gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	10,1	9,4
Befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	3,7	7,6
Mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,0	0,0
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 – B3	B+ - B-	0,0	0,0
ohne Rating			34,0	36,0
Summe			100,0	100,0

Quelle: SimCorpDimension-System

Bei den Emittenten ohne Rating handelt es sich zu 59 % um Investmentfonds-Anteile und zu 41 % um Rentenwerte (100 % öffentliche Emittenten).

Der Schwerpunkt der Wertpapieranlagen der Sparkasse (incl. Anlagen in Spezialfonds) liegt bei Pfandbriefen und Anleihen von Banken (34,6 %), allein die deutschen Landesbanken haben einen Anteil von 8,7 % bzw. rd. 35 Mio. EUR am Gesamtdepot. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Auf 15,5 % wurde der Anteil der Unternehmensanleihen am Gesamtdepot gegenüber dem Vorjahr (9,1 %) ausgebaut.

Die Wertpapieranlagen bestehen zu rd. 30 % aus Papieren ausländischer Emittenten. Die Sitzländer dieser Emittenten wurden zum überwiegenden Teil mit dem Rating AA+/Aa1 und besser bewertet.

Zum 31.12.2016 beträgt der Buchwert unserer Finanzanlagen bei PIIGS-Staaten 1,5 Mio. EUR. Hierbei handelt es sich um einen italienischen Pfandbrief.

Im Rahmen der Risikoberichte wird der Vorstand vierteljährlich über das Ausfallrisiko aus Handelsgeschäften schriftlich unterrichtet. Die Quantifizierung des Adressenrisikos erfolgt auf Grundlage eines Value-at-Risk-Ansatzes (Credit Portfolio View). Als Risikoszenario wurde das 99 %-Konfidenzniveau mit 250 Tagen Haltedauer festgelegt.

Die Adressenrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der von der Sparkasse vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf die überwiegend guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland bewegt sich das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft in überschaubarem Rahmen.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, und Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostrategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Tages-/Termingelder u.ä.	0,0	0,0
Schuldverschreibungen und Anleihen	129,8	150,1
Aktien	0,0	0,0
Spezialfonds	192,1	192,1
Sonstige Investmentfonds	84,8	74,7
Insgesamt	406,7	416,9

Quelle: Bilanz

Der Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften erfolgt bei Rentenpapieren vierteljährlich in Form einer additiven Betrachtung der Risikoarten ‚Zinsänderungs- und Spreadrisiken‘ auf Einzelpapierebene. Die Risikoauswirkungen verschiedener Zinsschockszenarien (Parallelverschiebungen des Zinsniveaus für alle Papiere) werden hierbei um einen zusätzlichen Spread erhöht, indem Wertpapieren unterschiedlicher Anlageklassen und Bonitätseinschätzungen entsprechende Creditspreads zugeordnet werden. Die Auswirkungen der Zinsänderungs- und Spreadrisiken werden für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung addiert. Anpassungen bei verkürzten Zeiträumen zur Überleitungsrechnung auf den Bilanzstichtag erfolgen analog zur Berechnung des Zinsspannenrisikos. Der Ansatz für den Umfang der Zinsschocks beruht auf Grenzszenarioberechnungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Die angesetzten Creditspreads beruhen ebenfalls auf DSGV Zeitreihenberechnungen (Value-at-Risk-Ermittlungen mit 250 Tage Haltedauer und 99 %-Konfidenzniveau) auf Basis von Zeiträumen steigender Zinsen. Sie werden quartalsweise aktualisiert.

Die Messung des Aktienrisikos erfolgt mittels Value at Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Jahr. Die relative Bestimmung des VaR erfolgt auf Basis langer Zeitreihen, in denen die Auswirkungen krisenhafter Ereignisse berücksichtigt sind. Derzeit ist als Risiko ein Marktwertrückgang von 45 % für den Euro Stoxx 50 festgelegt.

Die Messung des Immobilienrisikos erfolgt auf Basis der Wertentwicklung offener Immobilienfonds in Auflösung. Für geschlossene oder in Liquidation befindliche Fonds wird ein Marktwertverlust von 25,0 % verwendet, für die übrigen ein Verlust von 12,5 %.

Zum Stichtag beträgt das Marktpreisrisiko im Depot A bei einem Zinsschockszenario von +200 BP bei Rentenpapieren 15,4 Mio. EUR. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handlungsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Darüber hinaus wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt.

Die Berechnungen von Marktpreisrisiken werden im Rahmen des eigenständigen Systems für das Wertpapiercontrolling, SimCorpDimension (SCD), durchgeführt, welches von der Finanz Informatik (FI) betreut wird. Die Kursversorgung erfolgt über Reuters. Hier ist es möglich, auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte durch die Vorgabe verschiedener Parameter theoretische Kurse zu ermitteln.

Die Höhe der Risikoansätze zur Berechnung des Marktpreisrisikos wird jährlich überprüft.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird in der Abteilung Gesamtbanksteuerung unter Beachtung der Funktionstrennung zum Handelsbereich wahrgenommen.

Limitüberwachung der Adressen- und Marktpreisrisiken

Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenrisiken und die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften innerhalb der vorgegebenen Limite bewegen. Bei Überschreitung der Limite ist geregelt, dass der Vorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Risiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich über das Bewertungsergebnis und monatlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse unterrichtet.

Die Adressenrisiken und Marktpreisrisiken aus den Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der von der Sparkasse vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit abgestimmten Grenzen. Es wurde bei keinem Wertpapier das Volumenslimit überschritten.

5.3.3. Gegenparteiausfallrisiken

Das Kontrahentenrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

Im Rahmen ihrer Zinsänderungsrisikosteuerung geht die Sparkasse derivative Adressenrisikopositionen in Form von Swapgeschäften ein. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuchs. Die Swapgeschäfte werden ausschließlich mit als zentrale Gegenparteien fungierenden Instituten des S-Finanzverbundes abgeschlossen. Das Volumen beträgt zum Jahresende 2016 nominal 81,1 Mio. EUR. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für derivative Finanzinstrumente des Anlagebuchs nach Artikel 273 CRR erfolgt nach der Ursprungsrisikomethode gemäß Artikel 275 CRR. Der Risikopositionswert für eine derivative Adressenausfallrisikoposition ergibt sich durch Multiplikation des Nominalwertes mit einem von der CRR vorgegebenen (laufzeitabhängigen) Prozentsatz.

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatemärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungsstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien ab-

gewickelten Derivaten. Die Sparkasse erfüllt alle bislang aus EMIR resultierenden Anforderungen.

Derivate	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	7.507
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	7.507
EU	
Sonstige	
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	7.507
Investmentfonds	
Privatpersonen	
Öffentliche Haushalte*	
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	
- Verarbeitendes Gewerbe	
- Baugewerbe	
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	
- Grundstücks- und Wohnungswesen	
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	
Organisationen ohne Erwerbszweck	
Sonstige	
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	
1 Jahr bis 5 Jahre	
> 5 Jahre bis unbefristet	7.507
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.	

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Im Rahmen der Umsetzung der Marktpreisrisikostrategie wurde im Laufe des Jahres 2016 durch regelmäßige Transaktionen von Aktienindex-Fonds (EuroStoxx 50) eine strategische Aktienquote sukzessive aufgebaut. Direktanlagen in Aktien bestehen nicht.

5.3.5. Währungsrisiken

Währungsrisiken bestehen im Bestand der Wertpapiereigenanlagen nicht. Währungsrisiken im Kundengeschäft werden seitens der Sparkasse nicht eingegangen sondern als Botengeschäft an die 'S-International-Westfalen' weitergeleitet. Weitere Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt primär in periodenorientierter Sicht, zur Zusatzinformation und Unterstützung der Asset Allocation auch auf wertorientierter Basis. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Im Rahmen der periodischen Betrachtung werden anhand verschiedener Szenariobetrachtungen, u. a. im Rahmen von Stresstests, für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Die Berechnung des Value-at-Risk beruhen auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die Zeitreihe für die historische Simulation erstreckt sich auf einen Zeitraum von 1988 bis 2015. Die negative Abweichung der Performance innerhalb eines Jahres (Haltedauer) von diesem statistischen erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen bzw. Absicherungen.

Der ermittelte Risikowert wird im Rahmen einer vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen mit weiteren Risikoarten im Rahmen eines Korrelationsmodells zum Gesamtrisiko der Sparkasse gerechnet.

Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand monatlich unterrichtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2016 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 19,67 % und lag damit unterhalb der Meldeschwelle von 20%. Dies wurde im Rahmen der vierteljährlichen Meldung der BaFin und der Deutschen Bundesbank angezeigt. Das Prüfkriterium der BaFin wurde eingehalten.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 BP)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	-46.618	21.726

Quelle: Marktpreisrisikobericht (S-DIS)

Zur Einhaltung von Limiten und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken wurden in 2016 Festzinszahler-Swaps abgeschlossen.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1. 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Das Zinsänderungsrisiko wird vom Vorstand als vertretbar eingeschätzt.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleis-

tet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 1,82 und 2,62. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Seit dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60% abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote eingehalten. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase.

Die Sparkasse hat ein "einfaches Kostenverrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5) auf Basis homogener Teilportfolien implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Risikostrategie und internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Über einen "Internen Liquiditätsgrundsatz" wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sichergestellt. In die tägliche Berechnung des internen Liquiditätsgrundsatzes fließen ausgewählte Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen ein. Ihr Fokus liegt auf Zahlungsmitteln, die über eine hohe (Markt-)Liquidität verfügen. Bei der Disposition werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Die Sparkasse hat ihre individuelle Risikotoleranz festgelegt. Diese stellt eine Verknüpfung zwischen dem Liquiditätsrisiko und der strategischen Positionierung der Sparkasse dar. Die Risikotoleranz bezieht sich für die Sparkasse aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Refinanzierungsrisikos auf das Zahlungsunfähigkeitsrisiko. Die Festlegung der Risikotoleranz erfolgt mit der Maßgabe, wann ein Liquiditätsrisiko für die Sparkasse "akzeptierbar" oder "nicht akzeptierbar" ist. Unter diesem Aspekt definiert sich der Liquiditätsengpass über die Survival Period. Die Survival Period beschreibt dabei den Zeitraum, in dem die Sparkasse unter Heranziehung des Liquiditätspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt. Die Sparkasse legt als Risikotoleranz fest, ab welchem Schwellenwert ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass (gelber Bereich) die Regelungen des Notfallkonzepts in Kraft setzen.

Als Schwellenwert hat die Sparkasse das Unterschreiten einer Survival Period von unter 3 Monaten festgesetzt. Im Risikofall beträgt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag 6 Monate. Des Weiteren wird als Risikotoleranzgrenze die Erfüllung des gesetzlichen Mindeststandards der LCR zuzüglich eines Puffers von 15 % definiert.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht. Zusätzlich stehen täglich verfügbare

freie Kreditlinien bei Landesbanken zur Verfügung. Darüber hinaus hält die Sparkasse weitere refinanzierungsfähige Wertpapiere, die bei der EZB hinterlegt werden können.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 1,0 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist sowohl in der handelsrechtlichen als auch der wertorientierten Betrachtung gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2016 eingehalten. Das von der Sparkasse zur Verfügung gestellte Risikodeckungspotential war am 31.12.2016 mit 69,9 % (bezogen auf das fusionierte Institut) beansprucht. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 16,41.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen- und Risiken

Die Prognose der Chancen und Risiken des nächsten Jahres wurde für die mit der Sparkasse Fröndenberg fusionierte Sparkasse UnnaKamen vorgenommen. Die Angaben für das Jahr 2017 beruhen hierbei auf den Budgetberechnungen 2016/2017 für das fusionierte Institut.

7.1. Geschäftsentwicklung

Die mäßige konjunkturelle Aufwärtsbewegung im Euro-Raum – gestützt von der expansiven Geldpolitik – wird sich zunächst fortsetzen. Da die positiven Realeinkommenseffekte des Ölpreisverfalls und die exportsteigernden Abwertungseffekte allmählich auslaufen, dürften die Wachstumsraten im kommenden Jahr jedoch wieder zurückgehen. Nach 2,0 % im Jahr 2015 ist für die Jahre 2016 und 2017 ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im Euro-Raum von 1,6 % bzw. 1,4 % zu erwarten. Die Inflationsrate wird infolge des nachlassenden Ölpreiseffekts nach 0,2 % in diesem Jahr auf voraussichtlich 1,3 % im Jahr 2017 ansteigen.

Für das Jahr 2017 ist ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 1,3 % zu erwarten. Der Rückgang der Zuwachsrates gegenüber dem Jahr 2016 um 0,6 Prozentpunkte stellt jedoch keine deutliche Verlangsamung des Wachstumstempos dar, sondern ist im Wesentlichen auf den Kalendereffekt zurückzuführen: Im kommenden Jahr fallen mehr Feiertage in die Arbeitswochen, was die gesamtwirtschaftliche Produktion dämpft. Insgesamt setzt sich der Aufschwung demnach fort. Hauptantriebskräfte der Konjunktur bleiben die privaten Konsumausgaben und die Wohnungsbauinvestitionen. Die Aussichten für den privaten Konsum bleiben günstig. Der Arbeitsmarkt stellt sich weiter robust dar; die Arbeitslosenquote wird – wie im Vorjahr – voraussichtlich 6,1 % betragen. Dies dürfte den weiteren Anstieg der verfügbaren Einkommen stützen. Außerdem trägt die Rentenanpassung zur Jahresmitte 2016 zu einer deutlichen Erhöhung der monetären Sozialleistungen im Jahr 2017 bei. Insgesamt ist für das kommende Jahr mit einer Zunahme des privaten Verbrauchs von 1,3 % zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund der Wirtschaftslage plant die Sparkasse UnnaKamen als Marktführer der Region ein Kreditwachstum von 65 Mio. EUR, wobei für das gewerbliche Kreditgeschäft im Jahr 2017 ein Bestandswachstum von 36 Mio. EUR und im Privatkundenbereich eine Erhöhung um 29 Mio. EUR geplant wird. Gleichzeitig wird der Bestand der Eigenanlagen (Depot A) um 66 Mio. EUR abgebaut.

Unter Berücksichtigung eines besonders verschärften Wettbewerbs plant die Sparkasse einen Zuwachs von 47 Mio. EUR im Einlagengeschäft sowie einen Nettoabsatz im Depot B von 10 Mio. EUR, so dass sich hieraus eine positive Geldvermögensbildung von 57 Mio. EUR ergibt.

Die genannten Planungen zur Entwicklung des Kredit- und Einlagengeschäfts sowie die Planungen der Eigenanlagen und der Geschäfte mit Kreditinstituten werden insgesamt zu einer Verringerung der Bilanzsumme um 6 Mio. EUR (rd. -0,2 %) auf etwa 2.512 Mio. EUR im Jahr 2017 führen.

Einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit wird 2017 das Provisionsgeschäft darstellen. Hier planen wir eine Erhöhung um ca. 0,5 Mio. EUR (+3,1 %).

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2017 sind keine größeren Investitionen geplant. Die Liquiditätskennziffer betrug zum Jahresende 1,91 und wird nach heutiger Einschätzung auch im nächsten Jahr nicht unter den Mindestwert von 1 sinken.

7.3 Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wiederum wird stark durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zinsstrukturkurve, die sich im Vergleich zu 2016 nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen geringeren Möglichkeit zur Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Die Europäische Zentralbank hat bereits angekündigt, zur Erhöhung der Inflationsrate das Zinsniveau weiterhin auf niedrigem Niveau zu belassen.

Unter dieser Prämisse eines unverändert historisch niedrigen Zinsniveaus erwarten wir einen Rückgang der Zinsspanne um -0,08 %-Punkte auf 1,94 % der DBS (Verbandsdurchschnitt: -0,12 %-Punkte auf 1,94 % der DBS). Die negativen Zinsen werden hierbei das Zinsergebnis nur unmerklich belasten.

Demgegenüber erwarten wir aufgrund der konsequenten vertrieblichen Ausrichtung auf die individuellen Kundenbedürfnisse ein gegenüber dem Vorjahr höheres Provisionsergebnis von 17,2 Mio. EUR.

Hinsichtlich der Verwaltungsaufwendungen planen wir einen geringen Anstieg um 0,2 Mio. EUR auf 40,7 Mio. EUR, wobei die Personalkostensteigerungen hierbei unter Berücksichtigung von Tarifabschlüssen und Pensionsrückstellungen nahezu konstant bleiben (+48 TEUR).

Die Gesamtaufwandsquote (CIR) liegt 2017 voraussichtlich bei rd. 61,8 %.

Zusammengefasst planen wir für das Jahr 2017 ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rd 25,1 Mio. EUR.

Auf Jahressicht ist das Bewertungsergebnis sowohl im Wertpapier- als auch im Kreditgeschäft nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Unter vorsichtiger Einschätzung gehen wir in den Planungen für 2017 daher wieder von einem im Vergleich zum Vorjahr negativen Bewertungsergebnis für das Kredit- und Wertpapiergeschäft aus.

Unsere Limits für Marktpreisrisiken und Adressenrisiken bilden aus unserer Sicht einen ausreichenden Puffer für schwankende Marktentwicklungen beziehungsweise die notwendige Abschirmung von Adressenrisiken.

Im Ergebnis wird der Jahresüberschuss nach Steuern im Jahr 2017 rd. 2,1 Mio. EUR betragen.

4.3 Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH i.L.

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Bahnhofstraße 37 59423 Unna	Telefon: 02303/ 104-200 Telefax: 02303/ 104-372	Gesellschaftsvertrag vom: 28.12.2000

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb, die Baufreimachung, die Veräußerung von unbebauten und bebauten Grundstücken, Teilen von Grundstücken sowie von grundstücksgleichen Rechten im Bereich der Bebauungspläne im Bereich „Hellweg-Kaserne“.
Nach dem erfolgreichen Abschluss der Vermarktung war die Gesellschaft nicht mehr operativ tätig. Aus diesem Grund haben die Gesellschafter mit Beschluss vom 15.12.2014 die Auflösung der Gesellschaft zum 01.01.2015 beschlossen. Die Auflösung ist am 04.02.2015 ins Handelsregister eingetragen worden und wurde am 18.02.2015 im Bundesanzeiger veröffentlicht.
Die Auskehrung des Gesellschaftsvermögens erfolgte im Jahr 2016. Aus diesem Grund wird die Liquidationsbilanz zum 30. September 2016 mit dargestellt. Die endgültige Löschung erfolgt im Jahr 2017.
Auf Grund der Liquidation der Gesellschaft wird aus Wesentlichkeitsgründen auf eine Darstellung verzichtet.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	33,33	125.000,00
Sparkasse UnnaKamen	66,66	250.000,00
	100,00	375.000,00

Organe der Gesellschaft
Liquidatoren
Gesellschafterversammlung

Liquidatoren
Herr Werner Kolter
Herr Klaus Moßmeier

Gesellschafterversammlung		
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:		
Fraktion	Lfd. Nr.	Ordentliches Mitglied
SPD	1.	RM Bernd Dreisbusch
SPD	2.	RM Hans-Jürgen Scheideler
CDU	3.	Holger-Joachim Wiese
Grüne	4.	RM Ines-Carola Nieders-Mollik
	5.	1. BG Karl-Gustav Mölle

Anzahl der Mitarbeiter
Die Gesellschaft beschäftigt keine Arbeitnehmer.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	30.09.2016	2015	2014
	in €	in €	in €
Aktiva:			
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	-	-	-
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	-	43	80
III. Kassenbestand	359.372	369.587	382.322
Summe Umlaufvermögen	359.372	369.630	382.402
Summe Aktiva	359.372	369.630	382.402
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	375.000	375.000	375.000
III. Gewinn-/Verlustvortrag	- 12.773	- 713	20.373
IV. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	- 2.855	- 12.059	- 21.086
Summe Eigenkapital	359.372	362.228	374.287
B. Rückstellungen	-	7.212	7.322
C. Verbindlichkeiten	-	190	793
Summe Passiva	359.372	369.630	382.402

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2016	2015	2014
	in €	in €	in €
sonstige betriebliche Erträge	565	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 3.421	- 12.222	- 21.389
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	162	302
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	1	1
Ergebnis nach Steuern	- 2.855	- 12.059	- 21.086
Sonstige Steuern		- 7.477	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	- 2.855	- 19.536	- 21.086

